

Die moderate Reformerin

Gerheid Widrich. Landesrätin in Salzburg 1989-1994



Veröffentlichungen der
Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
Band 17



Veröffentlichungen der
Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Band 17

Die moderate Reformerin

Gerheid Widrich

Landesrätin in Salzburg 1989 - 1994

Im Auftrag der
Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
herausgegeben von
Hans Spatzenegger

Salzburg 2014

ISBN 978-3-200-03739-7

Gedruckt mit Unterstützung des Landes Salzburg,
der Landeshauptstadt Salzburg,
des ÖVP-Landtagsklubs
und der Salzburger ÖVP

© Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft
im Eigenverlag
5020 Salzburg, Pfeifergasse 14, Österreich
Tel./Fax +43 662 844652
E-Mail: office@lechner-forschungsgesellschaft.at
www.lechner-forschungsgesellschaft.at

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Layout und Umschlaggestaltung: KONZEPT 74 Werbeagentur, Anthering

Umschlaggestaltung unter Verwendung einer Zeichnung von
Thomas Wizany (1992): Landesrätin Gerheid Widrich mit ihren Ressorts
Gesundheit, Frauen, Familie, Kinderbetreuung und Naturschutz.

Druck:

Inhalt

Vorwort (Hans Spatzenegger)	9
Die moderate Reformerin (Herbert Dachs)	11
Vorbemerkungen	11
Einstieg in die Landespolitik	14
Ein ambitionierter Anlauf zur Reform der Landesspitäler	22
Die Salzburger Psychiatrie-Reform	55
„Pflegerotstand“ – Finanzprobleme – Medizin „Innergebirg“	62
Naturschutzgesetz 1992	74
Naturschutz hautnah – ausgewählte Konflikte	84
Frauenpolitik	99
Familienpolitik	112
Ausklang und resümierende Schlussbemerkungen	117
Anmerkungen	124
Fünf Jahre bei Landesrätin Gerheid Widrich (Rosmarie Drexler)	134
An der Seite von Landesrätin Gerheid Widrich (Michael Nake)	145
Gerheid Widrichs Ressorts und Initiativen	156
Lebenslauf	161
Anhang	164
Die Autoren	164
Fotonachweis	164
Veröffentlichungen der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft	165





Gerheid Widrich

Landesrätin in Salzburg 1989 - 1994



Vorwort

Die vorliegende Veröffentlichung der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft versteht sich als Ergänzung der grundlegenden Darstellung „Übergänge und Veränderungen. Salzburg vom Ende der 1980er Jahre bis ins neue Jahrtausend“ (hgg. v. H. Dachs, Chr. Dirninger, R. Floimair, Wien/Köln/Weimar 2013). Und zwar befasst sie sich eingehender mit dem Wirken von Gerheid Widrich als Landesrätin mit den Ressorts Familie, Frauen, Kindergärten, Kleinkinderbetreuung, Gesundheit und Naturschutz – zugleich die erste Frau in einer Salzburger Landesregierung (1989 - 1994).

Angeregt hat diese Sonderpublikation Peter Mittermayr, als Kuratoriumsmitglied der „Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft“; gefördert (und mit Fotos aus dem „Lechner-Archiv“ versehen) wurde sie vom Vorsitzenden Michael Neureiter, Zweiter Landtagspräsident a.D.

Der anerkannte Politikwissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs, ausgewiesen durch zahlreiche Forschungen zur Salzburger Politik und Zeitgeschichte, beginnend mit der Ära Franz Rehr, durchmisst Widrichs Politikfelder und schildert dabei höchst anschaulich, was es in der Praxis mit dem viel zitierten „Bohren harter Bretter“ auf sich hat; konkret hinterfragt er etwa auch die lapidare Feststellung im oben erwähnten Buch (S.540): „Liegen geblieben sei nur die Spitalsreform ...“ – Viel Hintergründiges, in beiderlei Wortsinn.

Widrichs engste Mitarbeiter in ihrem Beamtenstab, Rosmarie Drexler und Michael Nake, frischen ihrerseits Erinnerungen aus diesen Jahren im Regierungsbüro auf. „Gerheid Widrichs Ressorts und Initiativen“ und ein detaillierter Lebenslauf runden Darstellung und Analyse dieses politischen Engagements ab, das Gerheid Widrich „mit Leidenschaft und Augenmaß“ (um noch einmal Max Weber zu zitieren) ihrer ärztlichen Karriere angefügt hat.

Insgesamt ein dankenswerter und erhellender Beitrag zur Salzburger Zeitgeschichte; auch zur Würdigung der Frauen in der Politik, wie wir glauben.

Hans Spatzenegger

Herbert Dachs

Die moderate Reformerin

Gerheid Widrich. Landesrätin in Salzburg 1989-1994

Vorbemerkungen

Kommt die Rede auf Politiker und deren Gestaltungsmöglichkeiten, Verdienste und Qualitäten, so oszillieren die in Medien, Leserbriefen und in der Bevölkerung geäußerten Meinungen meist zwischen den beiden Extrempolen Omnipotenz einerseits und völliger Machtlosigkeit andererseits. Die einen trauen dem Politiker also (über-)große Gestaltungsmöglichkeiten zu, während ihn andere als von Interessengruppen und den herrschenden Verhältnissen Getriebenen einschätzen. Tatsächlich ist damit die grundlegende Problematik des Verhältnisses bzw. der Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft thematisiert, d.h. in unserem Zusammenhang die Frage, ob man das Wirken einer in der Öffentlichkeit stehenden Persönlichkeit hinreichend erfassen könne, wenn sie *allein* in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt wird und man das gesellschaftliche und politische Umfeld ausblendet.

In der Geschichts- und Politikwissenschaft finden wir diesbezüglich zwei Grundpositionen: Die eine hebt die – positiv oder negativ – bemerkenswerte „große Persönlichkeit“ in ihrer vermeintlichen Besonderheit dermaßen hervor, dass sie „das handelnde Individuum seiner sozialen Bedingtheiten entkleidet und individualistisch reduziert“¹. Hier steht also die Einzelpersönlichkeit im Vordergrund und das Geschehen wird daher vor allem aus dem

Handeln dieser Personen zu erklären versucht. Die strukturgeschichtliche Betrachtungsweise hingegen ist auf überindividuelle Entwicklungen und Prozesse fokussiert: „...sie lenkt den Blick eher auf die Bedingungen, Spielräume und Möglichkeiten menschlichen Handelns in der Geschichte als auf individuelle Motive und Entscheidungen selber“.² Diese Betrachtungsweise schaut also vor allem auf politische Institutionen und Verfassungsregeln, auf politisch-kulturelle Einstellungen (wie Konsens- versus Konfliktdemokratie) und Herrschaftsformen, auf informelle Regeln und Gewohnheiten, auf Freund-Feind-Konstellationen, Gruppeninteressen und regionenspezifische Besonderheiten. Die einzelne Person (und ihr Handeln) wird vor allem als Resultante und Funktion dieser Strukturen verstanden.

Wir meinen nun, dass man beide Sichtweisen – wenn auch nicht in ihrer extremen Ausprägung – zu berücksichtigen hat. In der Politikwissenschaft wird ja der komplexe Begriff „Politik“ in zumindest drei Dimensionen ausdifferenziert: In „polity“ (=politische Rahmenbedingungen, rechtliche Vorgaben und strukturelle Entwicklungen), „policy“ (=politische Sachthemen und Politikfelder) und schließlich „politics“ (=Art, Inhalt und Stil des in Demokratien naturgemäß konflikthaften Wettbewerbs der Parteien und Interessenträger und deren Handlungslogiken) und jede Analyse politischer Entwicklungen und Entscheidungen hat diese drei Dimensionen im Auge zu behalten.

Für jede politische Funktion bzw. insbesondere ein Regierungsamt sind genau definierte Kompetenzen und politische Rahmenbedingungen vorgegeben. Die politikwissenschaftliche Regierungsforschung spricht daher von sog. „Handlungskorridoren“, welche politische Handlungsträger zumindest zunächst vorfinden und die mit entsprechendem Geschick und Dynamik auch ausgeweitet werden können.³ *Wie* nun der/die Einzelne die vorgefundenen Möglichkeiten nutzt, *wie* und mit welchen Erfolgen/Misserfolgen er/sie sich in den jeweiligen Handlungskorridoren bewegt und vor allem auch *was* er/sie zum bevorzugten Thema macht, das ist weitgehend dem

Individuum aufzurechnen. Rekonstruiert und analysiert man also das Handeln einzelner politischer Exponenten, so kann man neben der Einschätzung der persönlichen Qualitäten auch genauere *allgemeine Einsichten* in die Politikmuster und die jeweiligen Politikfelder und das Agieren der dortigen Akteure und der „Mechanik“ der Politikgestaltung gewinnen.

Damit sind wir schließlich beim Thema dieser Studie: Indem wir das Agieren von Dr. Gerheid Widrich, erste Landesrätin in einer Salzburger Landesregierung (1989 - 1994), rekonstruieren und analysieren, sollte es auch möglich sein, nicht nur zu einer Einschätzung ihres *Wollens* und *Tuns* zu gelangen, sondern auch die damals in den fraglichen Politikfeldern (v.a. Gesundheits- und Frauenpolitik sowie Naturschutz) relevanten *thematischen Vorstellungen* und die dabei beobachtbaren *Politikstile* zu skizzieren. Im Sinne der vorhin unterschiedenen Politikdimensionen geht es also im Folgenden vor allem um *policy* und *politics*.

Einstieg in die Landespolitik

In die Landesregierung wurde die praktische Ärztin Dr. Gerheid Widrich über Vorschlag des (in dieser Funktion ebenfalls neuen) Landeshauptmannes Dr. Hans Katschthaler in der konstituierenden Sitzung des Salzburger Landtages am 3. Mai 1989 gewählt. Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer sen. hatte die bis dahin parteiungebundene Ärztin fünf Jahre zuvor (auf Empfehlung des Wirtschaftsbundes) dazu eingeladen, für den Landtag zu kandidieren. (Für den Wahlkampf hatte ihr Haslauer geraten: „Dirndl, red` im Wahlkampf nicht über Politik, davon verstehst du noch nichts. Red` über die Gesundheit: die interessiert jeden!“⁴ Dort engagierte sie sich für sozial-, familien- und gesundheitspolitische Fragen. Aufgrund ihres standespolitischen Engagements (bei der 1973 gegründeten opposi-



*Landeshauptmann Wilfried Haslauer ehrt den Gründer des Arbeitskreises für Vorsorge-
medizin, Univ. Prof. Primar Dr. Franz Kainberger. Rechts im Bild Gerheid Widrich.*

tionellen Gruppe „Freie Ärzte“) wurde sie 1986 u.a. in den Kammervorstand der Salzburger Ärztekammer gewählt. Zuvor schon war sie dem VP-Wirtschaftsbund beigetreten, ohne sich aber in dieser Teilorganisation sonderlich zu profilieren.⁵ Trotz dieser und anderer Aktivitäten konnte man Gerheid Widrich Ende der 80er Jahre als politisch „unverbrauchte“ – weil auch noch weniger bekannte – „Quereinsteigerin“ taxieren. (Wilfried Haslauer sen. hatte ja in den Jahren davor mehrmals mit seinem Bemühen, neben und gegen etablierte Parteigranden politisch profilierte Persönlichkeiten in die Partei zu holen, die Geduld seiner Partei bzw. wohl besser die diverser Spitzenfunktionäre bis an die Grenzen des für sie Erträglichen strapaziert).

Diese Neo-Landesrätin – die erste Frau in einer Salzburger Landesregierung übrigens – trat nun zu einem Zeitpunkt in die Regierung ein, da sich die Salzburger Landespolitik in einer Phase tiefgreifender Umorientierung befand: Die Landtagswahlen vom 12. März hatten klare Nachteile für ÖVP (Verlust der absoluten Mandatsmehrheit) und SPÖ (Verlust eines Regierungssitzes) und deutliche Gewinne für die FPÖ (Wiedereinzug in die Regierung) gebracht und mit der Bürgerliste schaffte es erstmals eine grünalternative Gruppierung, in das Salzburger Landesparlament einzuziehen.⁶ Von dieser – obzwar zahlenmäßig noch kleinen Gruppe (zwei Mandate) – konnte erwartet werden, dass sie mit medialem Rückenwind zu einer relevanten kritischen Stimme im öffentlichen Diskurs werden würde. – Ebenso konnte man gespannt sein, wie sich künftig die in Bund wie Land wieder erstarkte FPÖ zwischen den beiden Extrempolen Präsenz in der Landesregierung (damit verbunden konsensgeprägtes exekutives Agieren) und der von Jörg Haider propagierten „Fundamentalkritik, wo immer nur möglich“ positionieren würde.⁷ Der neue FPÖ-Landesrat Volker Winkler gelobte zwar bei der Konstituierung des Landtags am 3. Mai noch den Willen zur Zusammenarbeit, indem er ein „Bekanntnis zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit“ mit allen im Landtag vertretenen Parteien ablegte. Er sprach sich gegen Politshows und für den Weg der „politischen Sacharbeit“ aus. Diese sei zwar oft unbedankt,

aber mittelfristig erfolgreicher.⁸ Klare Worte zwar, aber die Verhältnisse in der FPÖ konnte der schon damals auch in die Länderparteien zunehmend brachial hinein regierende Haider rasch ändern, wie man bald auch in Salzburg sehen sollte.

Auch in der durch die Wahlniederlage schwer verunsicherten SPÖ bahnte sich eine deutliche Kurskorrektur an. Wolfgang Radlegger hatte schon im Wahlkampf deutlich wie nie zuvor versucht, die Unterschiede zur ÖVP herauszustellen, um von der in den 80er Jahren stark ausgeprägten Harmoniefixierung (sog. „Salzburger Klima“) wegzukommen und so allen medial ironisierten Wortspielen wie „Haslegger“ und „roter Ziehsohn“ den Boden zu entziehen.⁹ Auch sein Nachfolger Gerhard Buchleitner versuchte diesen Kurs der Profilierung vor allem gegenüber der ÖVP durch die Akzentuierung eigener Inhalte und Schwerpunkte fortzusetzen und positive Berührungspunkte auch mit anderen Parteien demonstrativ herauszustellen. Auch verweigerte man daher dem neuen Landeshauptmann, trotz breiter sachpolitischer Übereinstimmungen mit der VP, im Mai 1989 eine gemeinsame Regierungserklärung. Man finde auch – so Buchleitner gelegentlich – mit der Bürgerliste (BL) teilweisen Konsens und zwar in Fragen der Sozial-, Frauen- und Verkehrspolitik.¹⁰ Ein Verweis, der wohl die nach wie vor mit absoluter Regierungsmehrheit ausgestattete ÖVP verunsichern sollte.

Das Jahr 1989 hatte also für die Salzburger Landespolitik eine Zäsur gebracht, und zwar nicht nur deshalb, weil bisher prägende politische Akteure ihre Positionen abzugeben gezwungen waren (W. Haslauer, W. Radlegger und Bürgermeister Josef Reschen, um nur die wichtigsten zu nennen), sondern weil klar sichtbar wurde, dass das immer wieder gebetsmühlenartig wiederholte Lob des „Salzburger Klimas“ und das Hohelied des Aushandelns und des Elitenkompromisses nicht mehr in dem Maße überzeugte, wie noch wenige Jahre zuvor. Wahlerfolge konnten ab nun offenbar auch dadurch errungen werden – Bürgerliste und Bundes-FPÖ führten das vor –, dass man sich dem als „faul“ abqualifizierten Kompromiss demonstrativ ver-

schloss und damit die erprobten Regeln des Aushandelns und der Machtteilung aggressiv in Frage stellte, dass man polemisch attackierte und die darin involvierten Akteure auch gelegentlich mit pauschalen Verdächtigungen überzog.¹¹ Das versprach für politische Entscheidungsträger und insbesondere Regierungsmitglieder ein unruhiges Umfeld, das stärker als früher von offenen Konflikten, von Spannungen auch in der Regierung, von vermehrter Kontrolle und wohl auch von versuchten Winkelzügen geprägt sein konnte und damit also schwerer kalkulierbar schien. Wohl mit Recht konnte daher der damalige Klubobmann der ÖVP rückblickend von „gravierenden Veränderungen“ im Salzburger Politiklima sprechen.¹² Damit waren freilich die konkordanz-demokratischen Politikmuster noch lange nicht zur Gänze obsolet, aber immerhin geschwächt.

In der ÖVP haben die Wahlen vom 12. März die wohl tiefsten Spuren hinterlassen: Der die Salzburger Politik und seine Partei jahrelang souverän und fast unumschränkt dominierende Wilfried Haslauer war nach dem Verlust von 6,2% der Stimmen und drei Landtagssitzen prompt zurück getreten und als dessen Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter Dr. Hans Katschthaler nominiert. Mit 44% der Stimmen und der absoluten Mehrheit in der Regierung (vier Sitze) blieb die ÖVP aber die deutlich stärkste Kraft. Katschthaler verstand sich – wie er bald deutlich machte – im Gegensatz zu seinem Vorgänger (dessen ebenso entschiedener wie impulsiver Politikstil nicht selten in drastischen einsamen Entscheidungen gipfelte), was den Führungsstil anlangte, quasi als Kontrastprogramm. Er wollte – wie es auch seinem Naturell entsprach – die Dinge bedächtiger angehen, mit den Betroffenen ausführlich reden und diese auch nach Möglichkeit einbinden. „Es macht nichts“ – so Katschthaler im Originalton –, „wenn wir für die Durchsetzung bestimmter Ziele länger brauchen, dafür die Menschen jedoch das Gefühl der Sicherheit bekommen.“¹³

Für die nach der Wahlniederlage anstehenden Personalfragen war aber rasches Entscheiden angesagt: Die Regierungspositionen von Dr. Arno

Gasteiger (Finanzen und Wirtschaft) und Bertl Göttl (Landwirtschaft) waren nach Rückfragen Katschthalers bei den entsprechenden Bündeorganisationen fix. Auch die Position des Landeshauptmannes war geklärt, blieb noch die offene Frage, wer den vierten Regierungssitz einnehmen sollte. Dabei wollte der neue Landeshauptmann – nachdem er mit Gasteiger und Göttl sozusagen „altes“ Personal übernommen hatte (womit er hinreichend Kontinuität signalisierte) – eine Person seiner Wahl, wenn möglich weiblich, nominieren. Wie vor Personalentscheidungen üblich schwirrten auch damals mehrere Vorschläge durch die Kulissen: genannt wurden u.a. Dr. Christian Menzel (Ärztlicher Leiter des Landeskrankenhauses), der Walser Bürgermeister Ludwig Biringer, der im Nationalrat sitzende Landesschulratspräsident Mag. Gerhard Schäffer und der Landespartei sekretär Dr. Franz Schausberger (vom scheidenden Landeshauptmann ins Spiel gebracht, er wurde dann Klubobmann). Ernsthaft „angefragt“ dürfte nur Dr. Helga Rabl-Stadler (Präsidentin der Wirtschaftskammer) worden sein. Diese lehnte aber aus verschiedenen nachvollziehbaren Gründen ab und so kam die bisher in der Öffentlichkeit noch weniger bekannte Ärztin Dr. Gerheid Widrich ins ernstere Spiel.¹⁴ Damit waren auch die Wirtschaftsbündler zufrieden, konnten sie doch damit – auch nach dem Ausscheiden Haslauerers – in der Regierung zwei Positionen besetzen.¹⁵

Auch im sozialistischen Parteiblatt wurde bald gemunkelt, dass die Nominierung einer Frau „nicht auszuschließen“ wäre¹⁶ und die bekannte und noch immer populäre Stadt-Salzbürger Kommunalpolitikerin Martha Weiser hielt in der erweiterten VP-Parteileitungssitzung ein vehementes Plädoyer „gegen die weitere Unterdrückung des sozialen Elements in der Politik der ÖVP“ und für die Berufung einer Frau in die Regierung.¹⁷ Tatsächlich wurde dann bereits wenige Tage nach der Wahl Gerheid Widrich als Landesrätin designiert und Katschthaler war es damit gelungen, ein deutliches Zeichen zu setzen bzw. eine Ansage für einen in Teilen anders akzentuierten Kurs in der ÖVP zu wagen. Manfred Perterer brachte das Kalkül der

VP auf den Punkt, wenn er vermutete, dass man von der „sozial engagierten Mutter dreier Kinder“ für die ÖVP neue Akzente in jenen Bereichen erwarte, „in denen sich die Volkspartei in den vergangenen Jahren ein Defizit eingehandelt hat. Es geht um die Gebiete Soziales, Gesundheit und Lebensqualität. Hier hat die ÖVP in der Vergangenheit den Sozialisten nahezu kampflos das Feld überlassen. Das soll sich jetzt ändern“.¹⁸ Man wolle damit – so Hans Katschthaler in einer Pressekonferenz – neue Wählerschichten ansprechen und wenn möglich auch gewinnen. Prompt giftete die SPÖ – gegen die diese Überlegungen gerichtet waren – scharf zurück: Die „arrogante“ ÖVP provoziere damit einen „Politkrach“, weil man die neue Landesrätin „munter über Ressortwünsche plappern“ (sic!) lasse, dass sie diese „natürlich“ im Sozial- und Gesundheitsbereich suchen werde.¹⁹ Für Wolfgang Radlegger aber wäre das ein „casus belli“, denn die Sozial- und Gesundheitsagenden waren seit 1945 schon Herzstücke sozialistischer Regierungsverantwortung und man denke nicht daran, davon abzurücken.²⁰



Die ÖVP-Regierungsriege: Katschthaler, Gasteiger, Widrich, Göttl

Solcherart positioniert ging es dann in die Parteiengespräche, die unter strengem Stillschweigen der Beteiligten abliefen und gegen Ende April abgeschlossen wurden. Die neue Geschäftseinteilung dürfte die frisch gekürte Landesrätin dann mit gemischten Gefühlen entgegen genommen haben. Obwohl sich der Landeshauptmann in den Wochen davor für die Zusammenführung verwandter Kompetenzen in kompakte Ressorts stark gemacht hatte (um gegenseitige Blockademöglichkeiten gering zu halten), umfasste Widrichs Portefeuille verschiedenartige Materien und – insbesondere bei den Gesundheitsagenden – Überschneidungen mit anderen Ressorts. Sie war also ab sofort politisch verantwortlich für die Materien Krankenanstalten, Gesundheitsplanung, Familie und Kinderbetreuung, Frauenangelegenheiten und Naturschutz.²¹



Die Salzburger Landesregierung: LH-Stv. Wolfgang Radlegger, LR Bertl Göttl, LR Othmar Raus, LH Hans Katschthaler, LR Volker Winkler, LH-Stv. Arno Gasteiger, LR Gerheid Widrich

Die bisher in politischen Leitungsfunktionen noch unerfahrene Gerheid Widrich (unterstützt von den beiden Referenten Dr. Rosmarie Drexler – für Frauenfragen und Naturschutz – und Dr. Michael Nake – für Gesundheits-

fragen) fand natürlich in ihrem neu zusammengezimmerten Ressort bzw. in den einzelnen Politikfeldern thematisch nirgends eine tabula rasa vor.

Vorhin sprachen wir von den „Handlungskorridoren“, die nun genutzt werden wollten. Hatte doch der Landeshauptmann in seiner Antrittsrede bei der Konstituierenden Sitzung des Landtages am 3.5. schon ganz konkrete Vorhaben angesprochen, die in den Kompetenzbereich von Widrich fielen²², nämlich: eingebettet in den von Katschthaler stark akzentuierten ökologischen Politikansatz die Ankündigung, dass das Naturschutzgesetz aus dem Jahr 1977 zu novellieren wäre; zudem sollte die Führung der Krankenanstalten vermehrt gestrafft und mit größerer Verantwortlichkeit ausgestattet werden und schließlich sollte die Stellung der Frau in der Gesellschaft und ihre Einbindung in den politischen Gestaltungsprozess verbessert werden. Damit waren die wichtigsten Punkte der politischen „Hausaufgabe“ benannt, welche die Politikerin Gerheid Widrich in den kommenden fünf Jahren in Atem halten sollten: *Reform der Krankenanstalten – Naturschutz – Frauenfragen*. Wir wollen nun im Folgenden versuchen, aus diesen drei Bereichen Initiativen und innovative Reformanläufe herauszulösen und exemplarisch abzuhandeln. Mit anderen Worten, uns interessieren weniger die administrative Routine (um diese darzustellen würde hier auch der Platz fehlen), sondern die Versuche, bisherige Regelungen und Haltungen zu reformieren und die Reaktionen der betroffenen Gruppen darauf (also policy und politics).

Ein ambitionierter Anlauf zur Reform der Landesspitäler

Die ersten öffentlichen Auftritte der frisch gekürten Landesrätin Gerheid Widrich gestalteten sich harmonisch und sympathisch: Bei einer Zeugnisverleihung an Krankenschwesterschülerinnen sagte sie u.a., Vorkommnisse wie in „Lainz“ (in der dortigen Geriatrie hatten vier Stationshelferinnen seit 1983 zahlreiche alte und bettlägerige PatientenInnen zu Tode gebracht, sie waren erst am 7. April 1989 verhaftet worden) wären in Salzburg unmöglich, denn hier habe man keine Monsterstationen und es gebe eine enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Schwestern²³ und wenig später gab sie – ebenfalls in Reaktion auf „Lainz“ – bekannt, dass es ab sofort mehr Geld für Supervision in Kliniken gäbe. Wer eine solche wünsche, bekomme sie auch.²⁴ Tatsächlich gelang es mit der ausgebauten Supervision in Salzburg die Situation wieder zu beruhigen. Sobald sie aber erste tastende Absichtserklärungen in Richtung Reform der landeseigenen Krankenhäuser unternahm, wurde das mediale Klima kühler und reagierten die betroffenen Personen und Gruppen unmissverständlich direkt und überwiegend misstrauisch und ablehnend.

Bevor wir uns nun diesem – überwiegend unschönen – Hauen und Stechen zuwenden, einige grundsätzliche Überlegungen zur Problematik von „Reform“ und Politik vorneweg: Unabdingbare Grundvoraussetzung für das Gelingen von tiefreichenden Veränderungen von Regeln, Gepflogenheiten und Machtverhältnissen (von Reformen also) ist eine möglichst weit verbreitete Überzeugung, dass die bisher gültigen Regeln den veränderten Anforderungen nicht mehr genügen und Veränderung daher dringend vonnöten wäre. Dabei kommen die Nutznießer des Bestehenden zu anderen Urteilen als die Benachteiligten. Die vom Status quo mehr oder weniger deutlich profitierenden Personen und Gruppen entwickeln – wie Christian Graf von Krockow zutreffend formuliert – „...konservative Interessen und

Ideologien der Selbstrechtfertigung; sie reagieren... auf drohende Veränderungen mit defensiver oder aggressiver Gegenwehr. Sie fungieren dabei als Vetogruppen umso erfolgreicher, je mehr es ihnen gelingt, als die 'Insider' – die sie ja sind – ihr Urteil als das der allein Sachverständigen, der Experten auszugeben und jede von außen oder 'unten' andrängende Kritik als das unverantwortliche, bloß gefühlsbestimmte Gerede von Laien, wenn nicht von Böswilligen, von 'subversiven Kräften' abzuwerten...²⁵ Jede Änderung bringt natürlich Unsicherheit und ein mehr oder weniger großes Maß an Unkalkulierbarkeit mit sich, selten ändern sich daher Institutionen aus eigenem Antrieb von sich aus. Es zählt daher zu den hervorragenden Aufgaben der Politik – trotz aller Tendenzen des Beharrens – die notwendigen Veränderungsprozesse anzustoßen und diese transparent zu gestalten. Reform als politisches Prinzip muss daher darauf abzielen: „... das Bestehende in Teilschritten (zu) verändern – um es vor der Erstarrung zu bewahren, die am Ende zum katastrophenartigen Zusammenbruch...“ führen kann.²⁶

Auch das Reformdrama um die Salzburger Krankenhäuser sollte wesentliche Merkmale des eben Beschriebenen aufzeigen. Schwierig schon der Beginn: die Zahl der deklarierten und entschiedenen Befürworter einer grundlegenden Reform war überschaubar. Der stärkste Druck kam von verantwortungsbewussten Politikern, welche einerseits die Egoismen diverser Primarii mit Sorge beobachteten, die Ineffizienz in der überwiegend nach landespolitischen Regeln laufenden Verwaltung registrierten und die vor allem kein Rezept dagegen wussten, wie man die Jahr für Jahr überdurchschnittlich ansteigenden Defizite in den Griff bekommen sollte. Wilfried Haslauer hatte vor einigen Jahren einen halbherzigen und daher erfolglosen Reformversuch gestartet (ihm wurde ja – wohl mit einigem Recht – allzu großer Respekt vor den Primarii nachgesagt) und Hans Katschthaler hatte daher nun der Gesundheitslandesrätin den Auftrag gegeben, durch eine gründliche Organisationsreform die Effizienz zu steigern und – so hoffte man, ohne es zunächst lauthals zu verkünden – auch die Kosten zu

senken. SPÖ- und FPÖ-Vertreter hielten sich bei dieser ebenso brisanten wie undankbaren Materie insgesamt „vornehm“ zurück, während die Vertreter der Bürgerliste und auch einige SPÖ-Landtagsabgeordnete die beiden für Krankenanstalten und Personal verantwortlichen Regierungsmitglieder (Widrich für Krankenanstalten und Katschthaler für Personal) durch zahlreiche Anfragen auf Trab zu halten versuchten.



Dr. Gerheid Widrich mit Ordinationsassistentin Grete Novak

Die neue Gesundheitslandesrätin näherte sich der brisanten Materie vorsichtig. So erstellte sie im Mai 1990 für einen kleinen inneren Kreis von ÖVP-Politikern (u.a. Katschthaler, Gasteiger, Schreiner) eine kritische Zusammenstellung von eklatanten Schwachstellen in den Landeskrankenanstalten samt Vorschlägen für mögliche Verbesserungen.²⁷ Diverse allgemein gehaltene Absichtserklärungen in der Öffentlichkeit wie, „das Spital

muss vielmehr als Unternehmen gesehen werden und weniger als Amt²⁸ und dass man eine organisatorische Ausgliederung aus der Landesverwaltung prüfen sollte, wurden von misstrauischen Kritikern gleich zum Gespenst einer „Privatisierung“ hoch stilisiert. So landete z.B. bereits Ende Juli 1990 ein in drohendem Ton gehaltenes Schreiben vom ärztlichen Direktor der Landesnervenklinik Primar Dr. H. E. Diemath auf Widrichs Schreibtisch, wonach man eine Privatisierung „absolut und entschieden“ ablehne. Eine finanzielle Sanierung sei allein durch einen geänderten Finanzmodus erreichbar. Strebe man aber „Einsparungen“ an, werde sich das negativ aufs Personal und die Qualität auswirken. Sollte daher eine „Privatisierung“ aufgezwungen werden, dann solle man wissen, „dass wir alle unsere demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte ergreifen werden, um eine Verschlechterung der Patientenversorgung zu verhindern.“ Unterschrieben war der geharnischte Brief, der im Grunde auf ein Denkverbot auf Seiten der Politik hinaus lief, von der kompletten Führungsriege der Landesnervenklinik (LNK). – Die so frontal angegriffene Landesrätin blieb in ihrer Antwort kurz und sachlich. U.a. hielt sie fest, dass sie sich „weder durch die Weitergabe des Briefes an die Kronenzeitung, noch durch den Hinweis auf das Ergreifen demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte hindern lasse, über Verbesserungen unseres Krankenhaussystems nachzudenken. A priori Festlegungen erschweren jedoch sicherlich die Gesprächsbasis...“²⁹

Wenige Tage später kam es zu einer Aussprache zwischen der Landesrätin und Vertretern des Angestelltenbetriebsrats der Landeskrankenanstalten. Dabei informierte sie darüber, dass gerade eine Arbeitsgruppe damit begonnen habe, „verschiedene Organisationsmodelle im In- und Ausland zu recherchieren und zu vergleichen“, um festzustellen, „ob diese oder Teile daraus geeignet sind, für die Salzburger landeseigenen Krankenanstalten zu einer Verbesserung der Organisation bzw. der Betriebsführung beizutragen“. Sobald diese Analyse vorliege, würden natürlich die Belegschaft und der Betriebsrat in den breit anzulegenden Meinungsbildungsprozess

eingebunden.³⁰ Trotzdem ging der Betriebsrat in einem wenige Tage später publizierten Informationsblatt voll auf Konfrontationskurs. Die Kernsätze daraus: „Unzureichende Finanzierung (der Krankenhäuser, H.D.) kann durch Änderung der Rechtsträgerschaft nicht gelöst werden!“ Die bisher anderswo bereits ausgegliederten bzw. privatisierten Krankenanstalten zeigten deutlich: „Die bessere Wirtschaftlichkeit war mit Leistungseinbußen für die Bevölkerung und mit Verschlechterungen für das Personal verbunden.“ Man fordere daher: „Keine wirtschaftliche Ausgliederung der Landeskrankenanstalten. Kein Salzburger Modell einer Betriebsgesellschaft. Keine Ausgliederung aus dem Öffentlichen Dienst.“³¹ – Darauf konterte Widrich: Es müsse doch möglich sein, über organisatorische Verbesserungen nachzudenken, auch bleibe das Land natürlich Rechtsträger und dienstrechtliche Schlechterstellungen seien „keinesfalls zu befürchten“ und im Übrigen könnten derart schwierige Fragen nur in sachlichen Verhandlungen „keinesfalls aber über Presseerklärungen“ gelöst werden. Der Stil solcher Aussendungen wären daher für sie „nicht akzeptabel“, weil sie jede sachliche Diskussion erschwerten.³²

Dieser erste offen ausgetragene Schlagabtausch zwischen Reformbefürwortern (einstweilen allein personifiziert in der Ressortchefin) und ihren entschiedenen Verächtern, zeigt schon die Grundpositionen und die verschiedenen Stile, die in den folgenden Jahren noch heftig aneinander geraten sollten. – Die Reihe an besorgten und vor angeblich drohender Privatisierung warnenden Interventionen setzte sich im Herbst des gleichen Jahres fort. Dabei wandte man sich teilweise – wohl um den Druck auf die Landesrätin zu erhöhen – an den (für Personalangelegenheit zuständigen) Landeshauptmann direkt, der sich übrigens z.B. am 12. September unter Assistenz hoher Beamter mit mehreren Vertretern des Zentralbetriebsrats für Anstalten und Betriebe beim Amt der Salzburger Landesregierung traf, die dabei ihrerseits drastisch ihr Missfallen über die befürchteten Reformen zum Ausdruck brachten. Die Antwort seitens der Politik darauf war – so

wie auf zahlreiche andere ähnliche Anfragen und Initiativen – immer die gleiche: Es werde noch gesammelt, das Land bleibe in Verantwortung, die personelle Situation werde natürlich immer mitbedacht, organisatorische Verbesserungen und Innovationen seien aber dringend notwendig und all-fällige Änderungen würden partnerschaftlich umgesetzt werden.³³

Auch die SPÖ spielte in diesen Wochen das „garstige“ (weil Befürchtungen und Ängste weckende) Lied von der angeblich bevorstehenden Privatisierung der Landeskrankenanstalten mit. So stellten die SP-Abgeordneten Ricky Veichtlbauer, Inge Stuchlik und Klaus Firlei am 24. 10. im Landtag Fragen an Widrich zur Krankenhausreform („Privatisierung“), welche diese am 17. Dezember beantwortete. Sie stellte dabei einige Dinge richtig und verwies auf die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, deren Ergebnisse im Frühjahr zu erwarten wären.³⁴ Nachdem aber LHStv. Gerhard Buchleitner sich im Jänner 1991 erneut und entschieden gegen eine angeblich von der ÖVP geplante Privatisierung ausgesprochen hatte³⁵, provozierte das Widrich dann zu einer –inhaltlich mit dem Landeshauptmann akkordierten – Presseaussendung, in der sie die von der SPÖ „konsequent aufgestellte Behauptung“ als „falsch“ zurückwies. Die gegenwärtig z.B. vorhandene Zersplitterung der Krankenhauskompetenzen auf nicht weniger als vier Regierungsmitglieder mache eine Effizienzsteigerung dringend nötig. Die SPÖ erweise sich aber als „strukturkonservativ“ und zentralistisch. Dabei müsse es doch darum gehen, „im Gesundheitsbereich die Eigenverantwortung zu stärken und die Schlagkraft des Managements zu verbessern“.³⁶

Im Mai lag dann endlich der von einem Experten der Abteilung 15 (Dr. Alois Grüner) erstellte Bericht vor, in welchem die verschiedenen Organisationsformen an österreichischen Krankenhäusern verglichen wurden. Abgesehen von methodischen Schwierigkeiten einer derartigen vergleichenden Analyse, zeigten sich, wie Widrich an den Landeshauptmann berichtete, rein den Zahlen nach, „keine besonderen Signifikanzen, welche eine

Priorität für ein Modell ergeben würden“.³⁷ Darüber hinaus seien aber an umorganisierten Krankenanstalten doch deutliche Vorteile in den folgenden – in Salzburg noch vorhandenen Defizitbereichen – festzustellen: Hier bestehe nach wie vor eine „mangelnde Übereinstimmung von Kompetenz und Verantwortung“; die starke Zersplitterung der Kompetenzen behindere eine optimale Betriebsführung; der Personalbereich sei durch starre Bestimmungen geprägt und auch im Baubereich und bei Anschaffungen könnten durch größere Entscheidungsspielräume bessere und kostengünstigere Ergebnisse erzielt werden.³⁸



Gerheid Widrich mit ihrem Mitarbeiter Michael Nake und Architekt Wilhelm Holzbauer (links im Bild).

In der Regierungssitzung am 1. Juli 1991 wurde dann der entsprechende Amtsbericht zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit der Entwicklung einer neuen Führungs- und Organisationsstruktur wurde die Firma HUMANOMED Krankenhaus Management Ges.m.b.H. beauftragt (dem hatte zuvor auch der in dieser Hinsicht in alle wesentlichen Schritte ein-

gebundene Finanzlandesrat Arno Gasteiger zugestimmt), laut Widrich das einzige österreichische Unternehmen mit einschlägigem Erfahrungshintergrund. Ausdrücklich hielt die ressortführende Landesrätin in der Sitzung fest, dass das Land Eigentümer bleibe und es zu keiner Verschlechterung fürs Personal kommen werde. Zudem hoffe man, die explosionsartige Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen.³⁹ Immerhin war das Defizit von 1988 auf 1989 um 7,65 % gestiegen und von 1989 auf 1990 um 15,4%!⁴⁰

Als bezeichnend für die latente Aggression und die qualitätsarme Distanzlosigkeit, die seit längerem schon insbesondere von Vertretern der Landesnervenklinik an den Tag gelegt wurden, mag ein Brief des Leiters des Angestelltenbetriebsrats Johann Brunner vom 17. Juli 1991 gelten. Darin warf er der Landesrätin vor, dass er von den geplanten Änderungen aus der Zeitung erfahren habe und er drohte ihr daher mit einer Klage beim Arbeits- und Sozialgericht wegen Verletzung der Informationspflicht. Widrich konterte erstaunlich gelassen, dass der Zentralbetriebsrat von den bevorstehenden Schritten umgehend informiert worden sei. „Ich muss Sie aber schon bitten, dass Sie sich, bevor Sie solche mahnende Schreiben versenden, beim Vorsitzenden des Zentralbetriebsrates informieren und eine funktionierende Kommunikation aufrecht erhalten“.⁴¹ Das Arbeitsverfassungsgesetz sei also in keinem einzigen Punkt verletzt worden!

Ende August wandte sich dann die Landesrätin mit einem Flugblatt an alle MitarbeiterInnen der landeseigenen Krankenanstalten, um mit den bekannten Argumenten für die ihrer Meinung nach notwendigen Reformen zu werben und unbegründete Ängste zu zerstreuen. Ein eben eingesetztes Projektteam – so teilte sie mit – solle eine Strukturreform erarbeiten, die optimal auf die Salzburger Erfordernisse abgestellt sein werde.⁴² Das angesprochene „Projektteam“, das in den kommenden Monaten eine zentrale Rolle spielen sollte, bestand aus neun Personen: Dr. Christian Menzel (ärztlicher Direktor des Landeskrankenhauses und Primar), Dr.

Wolfgang Aulitzky (ärztlicher Mittelbau), Sr. Kathi Eisl (Pflegedienst), Dkfm. Friedrich Gruber (Verwaltungsdirektor der Landesnervenklinik), Bernhard Treschnitzer (Zentralbetriebsrat), Mag. Julian Hadschieff (HUMANOMED) und drei Experten aus der Beamtenschaft (Dr. Berghammer, Dr. Grüner und Dr. Nake). Damit war das Projekt sozusagen „auf Schiene“ und alle harrten der Dinge, die da kommen sollten bzw. befürchtet wurden.

Am 23. September war die Gesundheitslandesrätin zu einer Aussprache in die Primärärzte-Kurie geladen. Auch bei dieser Gelegenheit betonte sie erneut, dass sich diese Reform nicht gegen die Spitäler richte, sondern diesen nützen werde. Insbesondere würden mehr Kompetenzen und damit auch Verantwortlichkeiten ins Spital und besonders in die Abteilungen und damit zu den Primarii hin verlagert. Diese Pläne sollten also die Position der ärztlichen Leiter aufwerten. – Ob dieses Gespräch beruhigend gewirkt hat, wissen wir nicht. Jedenfalls gelang es der versammelten ärztlichen Prominenz, mit Primar Dr. Oskar Böckl einen zusätzlichen Vertreter in das Projektteam hinein zu reklamieren.⁴³ Bis Mitte November hatte die Projektgruppe neun Mal getagt und verhandelt (u.a. über Unternehmensziele, Bewertungskriterien, Ist-Analyse der Salzburger Situation, mögliche Modelle) und ein abschließendes Gutachten wurde für Ende des Jahres versprochen. Widrich konnte aber schon am 3. Dezember in den Beratungen des ÖVP-Klubs berichten, dass alle Salzburger Landeskliniken zu einem selbständigen Wirtschaftskörper zusammen gefasst werden sollten. „Gleichzeitig soll eine starke Dezentralisation durch Stärkung der medizinischen Abteilungen im personellen und finanziellen Bereich erfolgen; es soll ein kleiner, schlagkräftiger Overhead vorhanden sein, mit kurzen Entscheidungswegen und kleineren Leitungsspannen“.⁴⁴

Das endgültige Gutachten wurde Mitte Dezember vorgelegt.⁴⁵ Darauf aufbauend einigten sich dann bei einem sog. „Spitalsgipfel“ die drei von dieser Materie betroffenen Regierungsmitglieder (Katschthaler, Gasteiger

und Widrich) auf die Grundzüge einer neuen Führungs- und Organisationsstruktur: Demnach sollte das Land – wie schon erwähnt – Eigentümer des aus der Landesverwaltung auszugliedernden selbständigen Wirtschaftskörpers bleiben und die Mitarbeiter behalten ihren Status als Landesbedienstete. Durch die deutliche Aufwertung der medizinischen Abteilungen sollen Entscheidungen „direkter, näher an den Betroffenen und somit auch mitarbeiterfreundlicher getroffen werden können.“ Ein kollegialer Vorstand besorgt die Gesamtleitung, die bisherigen ärztlichen Direktionen werden dadurch überflüssig. – Zudem wurde versprochen, dass es in den kommenden Jahren für das Gesundheitswesen mehr Geld vom Land geben werde und das neue Modell sollte in den kommenden Wochen mit allen betroffenen Gruppen ausführlich diskutiert werden.⁴⁶ Damit war also die „Katze“ sozusagen offiziell aus dem Sack und die folgenden Monate sollten die heftigsten Reaktionen zeigen, wobei die vom Landeshauptmann und vor allem von Widrich in unzähligen Antwortschreiben und Briefen formulierte Empfehlung, sich vorher genau zu informieren und erst dann zu protestieren, wenig Widerhall fand. – Wir können im Folgenden nur auf die wichtigsten Positionen eingehen und diese pars pro toto beschreiben und analysieren.

Der erste massive Einwand kam – wenig überraschend – aus der Landesnervenklinik (LNK). Der Betriebsratsobmann Brunner forderte den Landeshauptmann unverhohlen dazu auf, dieses geplante „Monsterprojekt“ zu verhindern. Man erwarte davon eine Verschlechterung für die Personalsituation und da die LNK ohnehin gut funktionierten, solle man deren „bestehenden Strukturen beibehalten“ und man erwarte daher vom Landeshauptmann, „eine Führungsstruktur ohne Zusammenschluss der ganzen Anstalten und Betriebe zu finden und damit die Eigenständigkeit der LNK zu gewährleisten“.⁴⁷ – Damit war der – in den kommenden Wochen vielfach variierte – Grundakkord der LNK-Reformgegner angeschlagen: Lob des Bestehenden und angebliche Zufriedenheit mit dem Status Quo – Angst

vor Verschlechterungen für das Personal – Aversion gegen angebliche „Monsterorganisation“ – daher Beharren auf Selbständigkeit, weil – das wurde freilich nicht offen angesprochen – Angst vor Verlust an Einfluss und Macht.

Der Betriebsrat der LNK versuchte dann seiner Hauptforderung – der organisatorischen Selbständigkeit – durch eine mit 570 Unterschriften (darunter auch die des ärztlichen Leiters Primar Diemath) versehene Protestresolution Nachdruck zu verleihen. Durch diese Pläne – so Diemath vor der Presse – drohe eine „Angliederung“⁴⁸, die es unbedingt zu verhindern gelte. – Widrich entgegnete u.a., sie sei verwundert, „dass zu einem Zeitpunkt, zu dem über das vorgeschlagene Modell noch keine Information vorliegt, schon eine Resolution verfasst und unterschrieben wird, die sich dagegen ausspricht“⁴⁹.

Gerheid Widrich und die Reformbefürworter befanden sich in dieser Phase in einem strategischen Dilemma: Ihrer Meinung nach sollte die Regierung vorher eine Grundsatzentscheidung darüber fällen, ob man das vorgeschlagene Modell weiter verfolgen solle und erst dann könnte man in die Phase der Detailregelungen eintreten. Genau diese Festlegungen im Detail wurden aber von den einzelnen Interessengruppen vehement schon jetzt, also vorher, gefordert, wie Widrich in einem Zwischenbericht Mitte Februar an den Landeshauptmann festhielt. Die Ausgliederung an sich sei breit akzeptiert, Widerstand gebe es noch gegen die Zusammenführung der einzelnen Krankenhäuser (hier werde die Beibehaltung der einzelnen Direktionen gewünscht), aber die größten Widerstände konzentrierten sich eben auf diverse Detailfragen. „Es ist der Wunsch dieser Gruppen, vor allem des Pflegedienstes, aber auch der Primärärzte, schon jetzt Garantien in die eine oder andere Richtung über die künftige Gestaltung abzugeben“, die man jetzt aber noch nicht geben könnte.⁵⁰ – Der Landtagspräsident Helmut Schreiner – selbst seit vielen Jahren ein entschiedener Befürworter

einer Ausgliederung der Landeskrankenanstalten – empfahl hingegen den anderen Weg, nämlich „zuerst Verständigung über die Inhalte der wichtigsten noch immer offenen Fragen zu suchen und dann einen Grundsatzbeschluss zu fassen“. Seiner Beobachtung nach „bröckelt die Zustimmungsbereitschaft“ immer mehr und diese wieder „unter einen Hut zu bringen, heißt wohl im Klartext nichts anderes, als jedem das von ihm Gewünschte zu gewähren“ und das würde die Sinnhaftigkeit des ganzen Vorhabens in Frage stellen.⁵¹ – Andererseits: Die gewünschten Antworten auf die heftig eingeforderten Detailfragen mussten je nach Gesamtmodell unterschiedlich ausfallen...ein Dilemma eben.

Welche Einwände waren das nun? Einige seien exemplarisch skizziert: Fundierte Argumente kamen vom Wirtschaftsdirektor des Landeskrankenhauses Dkfm. Horst Bittner. Er zweifelte am Modell insgesamt und monierte Detailregelungen und schloss seinen Brief mit einer an Verschwörungstheorien gemahnenden Vermutung, dass nämlich die Firma Humanomed, die ja sonst Privatsanatorien betreibt und damit in Konkurrenz zu öffentlichen Krankenhäusern stehe, diese vorsätzlich schädigen wolle. „Mit der Schaffung eines ganz unpraktikablen Modells für die Salzburger öffentlichen Spitäler werden diese veruntüchtigt. Auf diesem Boden wird die Errichtung von Sanatorien zur Abdeckung von Marktlücken begünstigt“.⁵² – Spitalschef Primar Christian Menzel begrüßte zwar den Kompetenzzuwachs für die Primärärzte grundsätzlich. „Das bedeutet zwar viele Rechte, aber mindestens so viele Pflichten. Und wenn ich da nur an den Alltag einer mittleren Abteilung denke, kann einer das nie und nimmer alleine schaffen“.⁵³

Die Vereinigung der Primärärzte (unter Vorsitz von H. E. Diemath) formulierte gleich 14 Fragen, die sich vor allem auf die geplante Stellung der Primärärzte im Detail bezogen und für die man eine schriftliche und verbindliche Beantwortung einforderte. Man ließ deutlich drohend durchblicken, dass eine derart weitreichende Strukturänderung „gegen die Primärärzteschaft

kaum durchsetzbar sein wird.“ Notfalls werde man ein eigenes Konzept vorlegen.⁵⁴ – Die Leiterin des Pflegedienstes an der LNK forderte dringend eine starke Berücksichtigung und klare Positionierung der Pflege. Man sei aber gegen die Bildung einer Großklinik. Auch sei „die starke Ausweitung der Kompetenzen der medizinischen Abteilungsleiter bei Unterstützung von Wirtschaftsassistenten...ein äußerst bedenklicher Rückschritt, der allen Anlass zur Sorge gibt“.⁵⁵ – Die Primarii Ernst Rainer und Rainer Danzinger an den beiden Psychiatrischen Abteilungen der LNK hingegen stellten sich zu einer Ausgliederung grundsätzlich positiv, erwarteten sie sich doch davon vermehrte Möglichkeiten, ihre fachlichen Reformen in die Tat umzusetzen (was sie gegenwärtig wegen administrativer und bürokratischer Hindernisse seitens der Klinikleitung als „mühsam bis unmöglich“ erlebten).⁵⁶ – Auch die Vereinigung der Assistenz- und Oberärzte unterstützte die Idee einer Ausgliederung samt den notwendigen Strukturanpassungen „prinzipiell“, stellten aber als Bedingung die Sicherstellung der Mitsprache auf Abteilungs- und Vorstandsebene.⁵⁷

Erstmals wurde auch deutlicher Widerstand in Teilen der Beamtenschaft – vor allem im Referat 15/02 (Wirtschaftliche Angelegenheiten der Anstaltenverwaltung) – sichtbar. Musste diese doch damit rechnen, dass im Falle einer Ausgliederung aus der Landesverwaltung bzw. der Realisierung des Humanomed-Konzepts, wesentliche Teile ihrer bisherigen Aufgaben wegfallen und sie sozusagen eingespart werden könnten.⁵⁸ Aus großen Teilen der Abteilungen 15 und 6 sollte ja eine neue Gesundheitsabteilung gebildet werden. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch eine vernichtende Analyse über den Endbericht der Fa. HUMANOMED, verfasst vom Leiter des Referats 15/02 Mag. Gerald Heitzenberger, zu sehen.⁵⁹ Er bat aber gemeinsam mit den vier Mitarbeitern des Referats gleichzeitig darum, mit gleicher Verwendung (Wirtschaftsaufsicht) in die neu zu schaffende Struktur übernommen zu werden.⁶⁰ – In jenen Tagen hatte auch Dr. Alois Grüner, Leiter des Referats 15/01 und seit längerem als Spitalsexperte im Amt

profiliert, seine kritischen Einwände abgeliefert. Wesentliche Teile seiner Kritik sollten dann in den Amtsbericht einfließen, den Hofrat Erwin Krohn (Leiter der Abteilung 15) als Stellungnahme zum Bericht des Projektteams ablieferte. Dieses umfangreiche Schriftstück enthält – gemessen an den in der Regel zurückhaltend formulierten amtlichen Schriftstücken – deutlich akzentuierte Aussagen: Schon die Ist-Analyse des Abschlussberichts bestehe demnach aus „dürftigen, oberflächlichen und unbewiesenen Behauptungen, deren Autor offensichtlich mit der Führung und dem Betrieb von Krankenanstalten in fachlicher Hinsicht wenig vertraut ist.“ Sie enthalte „nichts als unbewiesene und unbelegbare Schlagworte, die offenbar dazu dienen sollen, die in weiterer Folge in Vorschlag gebrachte radikale Strukturänderung als unbedingt notwendig erscheinen zu lassen.“ Zudem sei das Faktum unterschlagen worden, dass von zwei Mitgliedern des Projektteams (Dkfm. Friedrich Gruber von der LNK und Dr. A. Grüner) ein Minderheitenbericht verfasst worden sei, aber im Projektteam war „ausschließlich die Diskussion über Ausgliederungsmodelle zugelassen...“ Nach einer umfangreichen Detailkritik kommt der Amtsbericht dann zur Empfehlung, dass vor einer erforderlichen Überarbeitung und „Revision bzw. Klärung der offen gebliebenen grundsätzlichen Fragen und einer konkreten Ausformung wesentlicher Funktionsbereiche... ein Grundsatzbeschluss über die Annahme oder Ablehnung des vorgeschlagenen Modells nicht gefasst“ werden sollte.⁶¹

Das war starker Tobak! Offenbar wurden aber diese und andere Einwendungen von der Ressortführung als Meinungsäußerungen unter anderen eingestuft, auf die man nun in der dritten Phase konkrete Antworten suchen wollte. Der im März dann vorgelegte überarbeitete Endbericht wurde zwar an einigen Stellen ergänzt, er konzentrierte sich aber auftragsgemäß auf die nähere Beschreibung des vom Projektteam vorgeschlagenen Modells.⁶² Nach Phase I (Grobkonzeption) und Phase II (Informations- und Diskussionsphase, in der u.a. auch die Landesrätin gemeinsam mit einem Vertreter

von HUMANOMED in acht Meetings mit betroffenen Gruppen das neue Konzept zu erklären versucht hatte) sollten nun in einem dritten Schritt die konkreten Umsetzungsmaßnahmen zur Implementierung der neuen Führungs- und Organisationsstruktur für die Salzburger Landeskrankenhäuser erarbeitet werden. Um diese komplexe Aufgabe bewältigen zu können, sollte wieder ein Projektteam die zahlreich zu bildenden und von kompetenten Betroffenen getragenen themenorientierten Arbeitsgruppen koordinieren. Zusätzlich sollten auch die zuständigen Fachabteilungen zur Mitarbeit eingeladen werden.⁶³ Damit trat das Reformprojekt also in die entscheidende Phase. Die Zeit des Vertröstens auf spätere Feinarbeit war vorbei. Nun musste es gelingen, ein auch im Detail überzeugendes und funktionierendes Konzept zu entwickeln, welches möglichst viele der im Vorfeld schon artikulierten Ängste, Erwartungen, Ablehnungen und Sonderwünsche berücksichtigte. Ein, ob der ungeheuren Komplexität, geradezu herkulisches Unterfangen!

Die Landesregierung beauftragte dann am 6. April per Umlaufbeschluss, die schon bisher tätige Firma HUMANOMED mit der Organisation und der inhaltlichen Ausformung dieser letzten Reformphase.⁶⁴ Während man nun daran ging, die vorgesehenen Arbeitsgruppen zu konstituieren, war die Diskussion der folgenden Wochen einerseits vom immer drängender vortragenen Wunsch geprägt, die Landesnervenklinik in ihrer Selbständigkeit zu belassen und andererseits wurden zwei Konkurrenz-Konzepte vorgelegt. Das eine von einer Expertengruppe um den LNK-Chef und Vorsitzenden der Primärärzte Dr. Diemath und Dkfm. Horst Bittner (Verwaltungsdirektor der LNK) und das andere von den Primärärzten selbst. Ohne hier allzu sehr ins Detail gehen zu wollen, so viel: Das erstgenannte sah die Einführung einer sog. „Betriebsführungsgesellschaft“ vor, die eine mit übergeordneten Aufgaben betraute Geschäftsführung bestellen sollte. Die einzelnen Krankenhäuser sollten diesem Modell nach in ihrem Bestand unangetastet bleiben, kollegial geführt und insgesamt kräftig aufgewertet werden.⁶⁵

Das von der Generalsversammlung der Primärärzte am 24. 4. 1992 einstimmig beschlossene Konzept glich dem eben beschriebenen in vielen Punkten. Deutlicher herausgestellt wurden hier Gruppeninteressen, etwa dass die „Dominanz der ärztlichen Führung“ auf allen Ebenen zu fixieren wäre. Abgelehnt wurden Primararztbestellungen auf Zeit und jede Zunahme der administrativen Arbeit, die bisherige Sondergebührenverordnung müsse in Geltung bleiben und zudem wäre eine Mitbestimmung bei der Besetzung der Geschäftsleitung sicher zu stellen, und schließlich die zentrale Aussage: eine Zusammenlegung von Krankenanstalten bringe „keine Vorteile, die nicht auch unter Beibehaltung der vorhandenen Strukturen erreichbar wären“.⁶⁶

Die durch diese Gegenvorschläge sozusagen „herausgeforderte“ Projektgruppe reagierte mit der Erarbeitung einer detaillierten vergleichenden Gegenüberstellung der beiden Grundmodelle (sog. „Betriebsführungsmodell“ gegenüber dem bisher favorisierten „Dezentralisierungsmodell“)⁶⁷ und kam zu einem klaren Ergebnis: das Projektteam schlug „ohne Gegenstimme die Umsetzung des Dezentralisierungskonzepts“ vor, wie die vermutlich erleichterte Gerheid Widrich Ende Juli den Medien gegenüber bekannt gab. In diesem Team saßen immerhin gesundheitspolitische Schwergewichte wie Christian Menzel, Friedrich Gruber (Verwaltung LNK) und die Betriebsratsvorsitzenden Bernhard Treschnitzer und Johann Brunner.⁶⁸ Dem in dieser Phase gewichtigen Projektteam gehörten folgende – größtenteils schon aus der Phase – bekannte Mitglieder an: die Ärzte Böckl, Menzel und Aulitzky, die Verwaltungsexperten Deutinger und Gruber, die Vertreterinnen der Pflege Eisl und Hader, der Zentralbetriebsrat Treschnitzer und die Beamten Berghammer, Grüner und Nake. In einer Anfragebeantwortung an Dr. Hochreiter/ Dr. Burtscher (Bürgerliste) wurden auch die Mitglieder der personell breit aufgestellten Arbeitsgruppen namentlich vorgestellt. – Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen – so Widrich im Landtag – nehme sie „als Empfehlungen, denen ich, wenn nicht schwer-

wiegende Bedenken gegen einzelne Punkte bestehen, grundsätzlich folgen werde.“ Erste definitive Ergebnisse erwarte sie für den Herbst.⁶⁹

In dieser Phase konnte die Gesundheitslandesrätin in ihren zahlreichen beruhigenden Briefen auf die – ihr in den Einzelheiten angeblich nicht bekannten – Detailberatungen in den Arbeitsgruppen verweisen (z.B. gegenüber einem umfangreichen Vorschlag aus der Abteilung 6 über die künftige Organisation von Bauprojekten⁷⁰ oder eine kritische Studie über die Besorgung der Technischen Dienste an der LNK⁷¹) bzw. auch übertriebene Ängste kalmieren, dass man die zahlreichen Absenzen in der Urlaubszeit dazu nutzen könnte, vollendete Tatsachen zu schaffen (entsprechende Antworten z.B. an Vorstand der Landeskrankenanstalten Anfang August⁷² und an den Zentralbetriebsrat⁷³)



Landeshauptmann Hans Katschthaler überreicht das Dekret zu dem vom Bundespräsidenten verliehenen Titel „Medizinalrätin“, 1992

Mitte August 1992 schien eine optimistische Gesundheitslandesrätin das Gefühl zu haben, das Gesetz des Handelns wieder zurück erobert zu haben. In einem Zwischenresümee an Finanzlandesrat Arno Gasteiger, einer der Reformbefürworter, meinte sie, „dass der Widerstand gegen Reformen schwächer wird, der ärztliche Mittelbau hat deutliche Zustimmung signalisiert und auch der Pflegedienst geht von seiner vorsichtigen Skepsis ab und ist dabei, mitzuarbeiten und auch das Ergebnis mitzutragen.“ Einzelne „Querschüsse“ werde es immer geben. „Auch die Medien haben bisher sachlich berichtet und eher gutes Wetter gemacht“.⁷⁴ Auch versuchte man in der Phase der von vielen Vermutungen begleiteten Beratungen in den Arbeitsgruppen den Schleier des Geheimnisvollen insofern etwas zu lüften, indem das Projektteam begann, sogenannte „Reforminfos“ herauszugeben. Darin sollten Zwischenergebnisse bekannt gegeben und damit die Debatte versachlicht werden.⁷⁵

War Widrichs vorsichtig optimistische Einschätzung verfrüht? Irgendwann kamen jedenfalls die wichtigsten Player in diesem Machtspiel aus dem Urlaub zurück und gingen unverzüglich daran, den Druck auf die Politik wieder zu erhöhen. Den Auftakt besorgte der Betriebsratsvorsitzende der Landesnervenklinik Johann Brunner, der am 20. August die Landesrätin mit „unumstößlichen Forderungen“ konfrontierte. Sollte sie diese nicht erfüllen, werde man erneut eine Unterschriftenaktion starten. An oberster Stelle – wie zu erwarten – die Forderung nach voller Eigenständigkeit der LNK, die Ausgliederung wird grundsätzlich begrüßt und in den kollegial zu organisierenden Direktionen der einzelnen Krankenhäuser wären u.a. eine Pflegedienstleitung vorzusehen, welche die ihr zugeordneten Aufgaben „eigenverantwortlich“ zu besorgen hätte.⁷⁶ Nach diesem martialischen Auftakt wurde dann ab September die Mobilmachung der LNK-Verteidiger in voller Breite in Szene gesetzt. Das Richtmaß dafür gab wieder einmal der Direktor der Landesnervenklinik und scheinbar zu allem entschlossene Mastermind aller Reformgegner Primar Diemath vor, indem er am

7. September in einem von mehreren leitenden Personen seines Krankenhauses unterzeichneten Brief unverblümt forderte, die Selbständigkeit der LNK „muss in der bisherigen Form nicht nur *erhalten bleiben*, sondern noch *wesentlich verstärkt* werden“ (Hervorhebung H.D.)⁷⁷

Immerhin ließ sich Widrich trotz ihres sonst langmütig-geduldigen Tons diesmal zu der spitzen Bemerkung verleiten, dass ihr bisher noch keine gegen das Reformkonzept sprechenden Gründe genannt worden seien, „außer pauschale Feststellungen, dass gut funktionierende Strukturen zerschlagen würden und eine fragwürdige Selbständigkeit der Landesnervenklinik (welche?) verlorenginge.“⁷⁸ Bezeichnenderweise schienen die Primarii der beiden psychiatrischen Abteilungen in dieser Fronde nicht auf (sie erlebten ja die angeblich „gut funktionierenden Strukturen“ ganz anders und sie erwarteten sich ja von mehr Selbständigkeit vermehrte Handlungsspielräume, doch davon später). Massiv präsent waren aber der LNK-Direktor und andere leitende Personen (diese Ebene sollte durch die Reform eingespart werden und damit drohte Verlust an Macht und Einfluss) und die Betriebsräte (die neben allgemeinen Ungewisheiten vor allem die Angst vor einer Abänderung des sog. „Radldienstes“ – aufgrund der damit verbundenen Freizeitregelungen gut für Nebenbeschäftigungen geeignet – und eventuell drohender schärferer Pragmatisierungs-Praktiken umgetrieben haben dürfte.)

Am 15. September kam es dann zu einer offenbar turbulent verlaufenen Betriebsversammlung der LNK im Brunnauer Zentrum, bei der u.a. LHStv. Gerhard Buchleitner sprach (Reform sei grundsätzlich notwendig, er kenne aber keine Details, die Argumente der LNK wären abzuwägen) und Betriebsräte die Hauptforderung nach Selbständigkeit wiederholten. Den Vogel schoss dabei wieder einmal Diemath ab, der sich – wie in einem Aktenvermerk formuliert wurde – „in äußerst polemischer Weise und jenseits jeder Sachlichkeit“ ausdrückte. Dabei fielen auch „persönliche Beleidigungen

gegen die ressortführende Landesrätin“ und das Projektteam und zudem rief er zum wiederholten Male dazu auf, „demokratische Mittel“ zur Durchsetzung der Forderungen einzusetzen. – Die dadurch erzeugte Stimmung machte es dann den ebenfalls anwesenden Vertretern der Projektgruppe unmöglich, ernsthaft und sachlich ihre Sicht der Dinge darzulegen.⁷⁹

In den folgenden Wochen konnte dann beobachtet werden, dass sich sogar die einzelnen Fraktionen innerhalb der Betriebsräte darin zu überbieten begannen, wer entschiedener und heftiger gegen eine Fusion der drei Krankenhäuser argumentiere. So verabschiedete sich z.B. am 28.9. der Obmann des Zentralbetriebsrats und Chef der ÖAAB Betriebsgruppe und Mitglied der Projektgruppe B. Treschnitzer von seiner bisherigen Befürwortung einer Fusion. Die in der Verwaltung dadurch wahrscheinlichen Zusammenlegungen von Betriebsstätten usw. ließen Nachteile erwarten, so begründete er seinen Positionswechsel.⁸⁰ Eine Meinungsänderung, welche von der Sozialdemokratischen Fraktion mit Süffisanz kommentiert wurde.⁸¹

Angesichts dieser massiven sichtbar gemachten Ablehnungen und der vermutlich auch intern heftig laufenden Interventionen sah sich die Politik dann offenbar doch gezwungen, durch einen – freilich wesentlichen – Schritt zurück, zu beruhigen. Die Landesrätin teilte nämlich am 30. September dem Landeshauptmann (und der Öffentlichkeit) mit, dass sie wegen der „immer stärker werdenden Ablehnung“ der sogenannten Fusion der Krankenanstalten „sofort eine Maßnahme“ gesetzt habe und zwar wurde das Projektteam mit der Ausarbeitung einer Variante beauftragt, „die die Selbständigkeit der Landesnervenklinik, von St. Veit und auch der Landeskrankenanstalten in einem größeren Ausmaß als bisher berücksichtigt“.⁸² Dies teilte sie auch dem bei ihr vorsprechenden Betriebsrat der LNK mit.⁸³ Die weiteren Beratungen in den kommenden Wochen mussten nun zeigen, was dieses sehr allgemein formulierte Entgegenkommen für das Gesamtkonzept bedeuten würde. Die wenig zuvor publizierte

„Reforminfo Nr. 2“ hatte noch heftig für die Aufwertung der Abteilungen (als Keimzelle jeglicher medizinischer, wirtschaftlicher und organisatorischer Tätigkeit = „Dezentralisierungsmodell“) argumentiert und sich klar gegen zusätzliche Führungsebenen aus Direktionen (diese würden die Abteilungen schwächen, wären teuer = „Alternativkonzept“) ausgesprochen.⁸⁴

Wenig freundlich ging es auch in der Klausur des ÖVP-Landtagsklubs am 9. Oktober zu. Hier wurde in der Diskussion um die Krankenhausreform u.a. bemängelt, dass es der Firma HUMANOMED bzw. „seitens des Ressorts nicht gelinge, das Anliegen des Projekts über die Bühne zu bringen“ und dass vor allem ein „fundiertes Zahlenwerk“ vorgelegt werden müsste. Landtagspräsident Schreiner und Finanzreferent Gasteiger formulierten mehrere Kriterien, denen die Reform – sollte man ihr zustimmen – zu genügen hätte (u.a. Klärung möglicher Mindereinnahmen durch die Reform, wirkt die Reform kostendämpfend, was kostet sie überhaupt, kann man den politischen Tageseinfluss fernhalten, werden Betriebsabläufe verbessert usw.). Der Landeshauptmann schloss sich dem an und ergänzte, es müsse gelingen, Synergie-Effekte zu mobilisieren und die Verantwortlichkeit der unteren Ebene zu stärken (diese Verantwortung müsse „anfassbar“ sein) und es müsse schließlich „ein Durchgriff vom Management auf die Abteilung erfolgen können“ und natürlich wäre „ein klares und nachvollziehbares Zahlenwerk“ vorzulegen. Nur unter diesen Bedingungen werde man der Arbeit in den Arbeitsgruppen zustimmen können.⁸⁵ – Damals dürfte also auch in der ÖVP schon eine sehr reservierte Stimmung gegenüber der Krankenhausreform vorgeherrscht haben. Die lautstark vorgetragenen Angriffe der Reformgegner, die ihre meist emotional formulierten Aussendungen und kritischen Briefe ja stets mit breiten Verteilern versahen und auch den Medien zuspielten und so große Breitenwirkung erzielten, trieben offenbar die politischen „Kosten“ dieses Reformvorhabens deutlich in die Höhe. Andererseits ist das Argumentieren *für* eine Reform, die wesentlich auf *qualitative* Verbesserungen und Synergien abstellt, schwer mit finanzia-

ellen Argumenten zu verteidigen. Zu viele Einzelheiten schienen in dieser frühen Phase noch in Schwebelage und daher schwer quantifizierbar. Widrich bemühte sich in einer schriftlichen Antwort Ende November redlich, die bei der Klubklausur aufgeworfenen Fragen zu beantworten: Ja, der Vorstand könne „weisungsfrei und von politischen Einflussnahmen unabhängig“ agieren; ja, „insgesamt“ werde das Modell auch kostendämpfend wirken, die Betriebsabläufe würden deutlich verbessert (würden doch viele bisher vom Amt der Landesregierung – u.a. Bau- und Personalangelegenheitenbesorgte Aufgaben künftig vom Vorstand wahrgenommen), wobei die geplanten Entscheidungsstrukturen durch das sog. „Zusatzmodell“ (=erzwungene Beibehaltung der einzelnen Krankenanstalten samt Direktionsebene) aufgeweicht würden, weil hier – so Widrich – eigene Interessen im Vordergrund stehen und die Durchsetzung übergeordneter Interessen erschwert werden könnte.⁸⁶

Die Arbeiten in den Arbeitsgruppen wurden unterdessen zügig vorangetrieben (immerhin beteiligten sich daran über 50 Mitarbeiter aus den Krankenanstalten und der Beamtenschaft) und der Ergebnisbericht wurde dann in einer abschließenden Sitzung des Projektteams am 1. Dezember 1991 einstimmig gebilligt. Der Abschlussbericht fasste die Ergebnisse zusammen und benannte auch jeweils die Vor- und Nachteile des „Dezentralisierungsmodells“ und des sog. „Zusatzmodells“ (welches, wie schon erwähnt, auf die Zusammenführung der einzelnen Krankenhäuser verzichtete und die gesonderten Direktionen beibehalten wollte). Die Präferenz im Projektteam für die erstgenannte Variante war mit einem Abstimmungsergebnis von 10:3 sehr deutlich! Während das Dezentralisierungsmodell einen Vorstand mit drei bis vier Personen bekommen sollte (Arzt, Verwaltung, Bau, Pflege) hatte man nach dem Zusatzmodell für den Vorstand – wegen der geringeren Aufgaben (die Direktionen sollten ja weiter bestehen) weniger Personen vorgesehen. So ergab sich hier insbesondere für den Pflegebereich der Nachteil, nicht mehr in der obersten Ebene vertreten zu sein.

Zur Absicherung der Eigenständigkeit der Pflege sollte aber zumindest die Mitwirkung bei Budget- und Stellenplanentscheidungen garantiert werden. Daher hatten die Vertreterinnen des Pflegedienstes bei den Beratungen das Zusatzmodell klar abgelehnt. Genau diese Problematik sollte in den kommenden Monaten noch die Gemüter bewegen.

Im Schlussbericht wurde auch nachdrücklich hervorgehoben, dass die vorgeschlagene Reform nur gelingen könne, wenn die Umsetzung durch diverse interne und externe Personen konsequent begleitet werde und zudem bedürfe es einer „massiven und konsequenten Unterstützung durch die Landesregierung“. Angeregt wurde auch noch mehrheitlich, „das Zusatzmodell als zeitlich gesehene Übergangslösung hin zum Dezentralisierungsmodell in reiner Form zu definieren“.⁸⁷ Die Fusionsgegner dürften also misstrauisch und wachsam geblieben sein, wie wir gleich sehen werden...

Im letzten Moment suchte noch H. E. Diemath im Namen der Primärärztervereinigung die Gelegenheit zu nutzen, wieder mehrere für seine Kurie vorteilhafte Punkte als Bedingung für eine Zustimmung zur Reform zu lancieren. Widrich antwortete ausführlich und in vielen Punkten entgegenkommend (offenbar hatte es diesbezüglich zuvor schon eine mündliche Aussprache gegeben)⁸⁸, was dazu führte, dass die Generalversammlung der Vereinigung der Primärärzte am 19.12. dem „Zusatzmodell“ ihre einhellige Zustimmung aussprachen, allerdings gebunden an weitere (für sie vorteilhafte) Bedingungen!⁸⁹

Ende Jänner 1993 – knapp vor der Regierungssitzung – gab es also noch drei gewichtige offene Fragen: 1) Wegen des verkleinerten Vorstands nach dem Zusatzmodell wäre eben – wie schon erwähnt – die Pflege nicht mehr voll vertreten gewesen (was schon in einer von 700 Schwestern und Pflegern unterschriebenen Protestresolution massiv kritisiert worden war⁹⁰); 2) Die Landeskrankenanstalten als eigener Wirtschaftskörper sollten künftig ihre Bauagenden selber führen, wodurch die Hochbauabteilung des

Landes (Abteilung 6) befürchtete, bis zu drei Viertel ihrer Aufgaben zu verlieren, wogegen nicht nur die voraussichtlich betroffenen Beamten, sondern auch der ressortzuständige Landesrat Dr. Karl Schnell (FPÖ) heftig mobil machten⁹¹; 3) Umstritten war auch noch die künftige Trägerschaft für die Krankenpflegeschulen. Die Kritiker an der geplanten „Ausgliederung“ forderten, die Trägerschaft solle vom Land übernommen werden.



Familie Widrich 1987: Virgil, Theresa, Mechtild, Gerheid, Hans (Foto: Schaffler)

In der Regierungssitzung am 1. Februar nahmen die Erörterungen über die Reform der Landeskrankenanstalten offenbar breiten Raum ein. Schließlich wurde eine grundsätzliche Einigung dahingehend erzielt, dass die Umsetzung der Neustrukturierung gemäß dem von Humanomed bzw. der Gesundheitslandesrätin vorgelegten Abschlussbericht zügig fortgesetzt und die zuständigen Abteilungen die entsprechenden Gesetzesvorlagen ausarbeiten und die nötigen organisatorischen Schritte zu setzen hätten, sodass

der Landtag dann im Herbst die notwendigen Beschlüsse fassen konnte. Die neu zu gründende Gesellschaft sollte dann mit 1. Jänner 1994 ihre Tätigkeit aufnehmen können. Zu den erwähnten strittigen Punkten bemerkte Gerhard Buchleitner u.a., dass er (der nach eigenen Worten für eine „gewisse Eigenständigkeit“ der LNK eingetreten sei) die Reform grundsätzlich mittrage, aber nun für einen dritten Vorstand für das Pflegepersonal und die Trägerschaft des Landes für die Krankenpflegeschule eintrete (obwohl das zu einer finanziellen Mehrbelastung von 40 Millionen Schilling für das Land führen werde, wie der Finanzlandesrat dagegen hielt) und Karl Schnell erwartete noch Detailgespräche über die Frage der zukünftigen Bauabwicklung in den Landeskliniken.⁹²

Auch für diese offenen Fragen konnten dann in den folgenden Wochen Kompromisse gefunden werden: Die Pflege sollte künftig im Vorstand mit einem/einer Handlungsbevollmächtigten mit „Letztkompetenz in sämtlichen Pflegangelegenheiten“ vertreten sein; die Krankenpflegeschule blieb beim Land (die Betriebsabgänge sollten aber den Krankenanstalten eingerechnet werden)⁹³ und in Sachen Bauabwicklung sollte – einfach gesagt – der künftige Vorstand „die Bauherrnfunktion vollinhaltlich“ wahrnehmen (inklusive Kontrolle) und die Abteilung 6 würde unter voller Berichtspflicht für die Umsetzung sorgen.⁹⁴

Während also auf politischer Ebene die sachlichen Bemühungen um Feinabstimmungen voran getrieben wurden, versuchten Betriebsräte und Verwaltungsdirektoren und – natürlich fast unvermeidlich – Primar Diemath erneut Sand ins Getriebe zu streuen. Schon am 28. Jänner hatte der Wirtschaftsdirektor der LKA Dkfm. H. Bittner in einem geharnischten Brief an die Landesrätin das Modell der Ausgliederung (das sog. „Alternativmodell“, das er verächtlich als „Konsensmodell“ abqualifizierte) vernichtend kritisiert („zu teuer, zu träge“), weil es „als Summe aller Interessen einzelner Berufsgruppen ökonomisch nicht optimal arbeiten wird“. Schließlich wiederholte

er dann gegenüber der Firma Humanomed seine schon früher formulierten Vorwürfe, dass sie „eigens dazu gegründet worden ist, die letzten Reste erwerbswirtschaftlicher Möglichkeiten aus den öffentlichen Spitälern herauszufiltern, wie zum Beispiel in Wien, wo zwei Sanatoriumsbauten direkt neben öffentlichen Spitälern errichtet werden“.⁹⁵ – Der Verwaltungsdirektor der LNK Dkfm. Friedrich Gruber warnte wiederum in einem Schreiben an die Landtagsabgeordneten davor, wesentliche Wirtschaftskompetenzen von den einzelnen Krankenhäusern wegzunehmen und dem Vorstand zuzuweisen. Das gefährde die Eigenständigkeit der LNK. Sie zu erhalten, habe „weiterhin oberste Priorität“.⁹⁶ – Beide Autoren gaben ihre schriftlichen Verdikte an die Medien weiter.

Widrich reagierte darauf nach dem schon erwähnten Regierungsbeschluss knapp und für ihre Verhältnisse entschieden: Sie lasse sich ihre Spitalsreform nicht „scheibchenweise“ demontieren, ließ sie ausrichten.⁹⁷ Bei dieser Reform hätten Einzelinteressen keinen Platz und ihrer Meinung nach spiele „zur Zeit vor allem die Angst um eigene Positionen eine große Rolle“.⁹⁸ – Bittner rüffelte sie, weil er mit der Verbreitung seines Briefes das Dienstrecht verletzt habe, seine Ausführungen enthielten „weitgehend nicht bewiesene Behauptungen“ und sie wies ihn „ausdrücklich“ an, sich bei künftigen Eingaben „streng“ an den Dienstweg zu halten.⁹⁹ In einem Brief am 1.3. verschärfte Bittner seine Angriffe auf Humanomed und zeigte seine tiefe Enttäuschung darüber, dass er als seit je entschiedener Verfechter einer Ausgliederung im Projektteam nicht eingebunden worden war.¹⁰⁰ Humanomed hat Bittner dann gerichtliche Schritte angedroht, die er aber offenbar mit einer entsprechenden entschuldigenden Erklärung am 30.3. abwenden konnte.¹⁰¹

Mitte März meldete sich erneut der Erste Vorsitzende der Primärärzte Diemath mahnend zu Wort. Die Zustimmung der Primarii – so die Hauptbotschaft – hänge nach wie vor von der Erfüllung der schon Mitte Dezember

als Bedingung formulierten Forderungen ab! Diese würden „ausschließlich im Interesse unserer Patienten“ eingemahnt und – so wurde abschließend mit dem sprichwörtlichen Zaunpfahl gewunken – „ohne die Akzeptanz durch die Primärärzte“ könne man diese Reform ohnehin nicht durchführen.¹⁰² Ob diese selbstgefälligen Formulierungen nur der Fabulierkunst und dem Lebensgefühl des Ersten Vorsitzenden entsprungen waren oder dem Common sense dieser Gruppe entsprachen, können wir nicht beurteilen... – Die Primärärzte ließen also bei ihrem Bemühen, ihre dominante Position abzusichern, nicht locker und drängten darauf, erneut mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss des Landtags sprechen zu können. Prompt urgierete das Projektteam nachdrücklich, zu diesem Termin ebenfalls eingeladen zu werden, um sicher zu stellen, dass die komplexe Sachlage in allen Facetten und nicht einseitig dargelegt werde. Jede Berufsgruppe sei nämlich gezwungen, „von den eigenen Vorstellungen Abstriche zu machen“.¹⁰³ Ob es zu einem derartigen Treffen mit dem Landtagsausschuss gekommen ist, wissen wir nicht. Die weiteren Entwicklungen machten derartige Ambitionen ohnehin obsolet. Ende Juni betrachtete jedenfalls die zuständige Landesrätin die „Vorarbeiten seitens des Ressorts als abgeschlossen“ und nun war die Regierung am Zug. Offenbar wurde nur noch der Punkt mit der Pflegepräsenz im Vorstand als politisch strittig gesehen und zwar seitens der SPÖ.¹⁰⁴ Die Regierung kündigte dann für Oktober die Zuweisung einer entsprechenden Regierungsvorlage an den Landtag an, auch wurden schon externe Experten geladen, und Landtagspräsident Helmut Schreiner meinte gegenüber der Landeskorespondenz, „soweit ersichtlich sei, bestehe über die Ausgliederung der Landeskrankenanstalten zwischen den Regierungsparteien keine unterschiedliche Auffassung“.¹⁰⁵

Eine grobe Fehleinschätzung, wie sich Ende Oktober überraschend herausstellen sollte, denn FPÖ, Bürgerliste und vor allem die SPÖ verweigerten ihre Zustimmung! Letztere hatte – wie Buchleitner bestätigte – ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, dass die ÖVP ihrerseits auf die im

Tagesbetreuungsgesetz (dazu später) vorgesehene sog. „Bedarfsprüfung“ verzichtet (d.h. bevor eine Frau für ihr/e Kind/er eine von der Gemeinde zu finanzierende Tagesmutter bekommen konnte, musste der Gemeinde bzw. dem Bürgermeister gegenüber die Notwendigkeit der Betreuung nachgewiesen werden!). Zwar hatte sich Widrich für diesen, ihr Ressort tangierenden, Deal ausgesprochen, war aber in der eigenen Partei damit nicht durchgedrungen.¹⁰⁶

Demokratiapolitisch vermittelten diese Vorgänge eine geradezu verheerende Optik. Das problematische, ja skandalöse und rein machtpolitisch motivierte, sog. Junktimieren bzw. das Abtauschen zwischen verschiedenen, sachlich unzusammenhängenden Problemkomplexen – ohne auf deren Inhalte, Brisanz und Dringlichkeit mit sachlichen Argumenten ausreichend einzugehen – dürfte das ohnehin schlechte Image von Politik weiter abgewertet haben. Der schwarze (hier wohl besser, wegen der missglückten Packelei „rote“) Peter kam in diesem Falle eindeutig der SPÖ zu, was nicht heißen soll, dass ein ähnliches Politikmuster nicht auch der ÖVP zuzutrauen gewesen wäre. Möglicherweise kam dieses Platzen der ohnehin wenig geliebten Krankenhausreform auch dem einen oder anderen VP-Parteistrategen nicht ganz ungelegen. Wäre nämlich die Reform – wie geplant – mit 1.1.1994 in Kraft getreten, hätte die notwendige Feinabstimmung und Detailarbeit sicher noch länger für öffentliche Aufmerksamkeit und Unruhe gesorgt. – Mit einigem Recht konnte jedenfalls die FPÖ diese Vorgangsweise als versuchten „Kuhhandel“ und als „jämmerliches Schauspiel“ qualifizieren und auch der gewichtige Vorsitzende des Zentralbetriebsrats der Landeskrankenanstalten Bernhard Treschnitzer (er hatte ja auch im Projektteam mitgearbeitet) äußerte namens des Betriebsrats und von Teilen der Krankenhaus-Belegschaft seine Enttäuschung über die Entwicklung. Immerhin habe man mit viel Mühe zwei Jahre lang an einem „eivernehmlichen Papier“ gearbeitet und jetzt werde das nicht einmal im Landtag beraten.¹⁰⁷ – Dem engagierten Reformversuch war jedenfalls ein politisches Begräbnis dritter Klasse bereitet worden.

Vom Niveau her schwer zu unterbieten und von der aggressiven Arroganz schwer zu überbieten postwendend die Antwort Diemaths: Dieses „sogenannte Reformpapier (ist) der größte Mist..., der seit langer Zeit erzeugt wurde“, von einem „einvernehmlichen Papier“ sei schon lange keine Rede mehr, jedenfalls werde von den Primärärzten das sog. Reformpapier „grundsätzlich abgelehnt, sodass wir auch eine Behandlung im Landtag für überflüssig halten“.¹⁰⁸ – Eine derart angriffige Schreibe ging offenbar dem sonst auch nicht zimperlichen Betriebsratsvorsitzenden Treschnitzer über die berühmte Hutschnur und er bemühte sich in seiner Antwort gar nicht, aus seinem Herzen eine Mördergrube zu machen: „Ich sehe Sie“ – so Treschnitzer an Diemath – „seit Beginn der Diskussion als einen erklärten Gegner jeglicher Veränderungen und Reformen“. An der Formulierung des angeblich „größten Mist“ hätten auch zwei Primarii (Menzel, Böckl) mitgearbeitet, dass Teile der Primärärzte dagegen seien, wäre „durchaus verständlich. Befürchten sie doch Macht zu verlieren, dafür aber mehr Verantwortung zu tragen“ und „dass Sie sich so schwer tun, andere Sichtweisen zu akzeptieren und nur ihre Eigenen zählen lassen, nehme ich mit Bedauern zur Kenntnis“.¹⁰⁹ Mit diesem Hinweis auf den permanent verwendeten Trick, sich selbst und seine (Gruppen-) Interessen als Gemeinwohl zu deklarieren und damit gegen Kritik und Einwände zu immunisieren, hatte der Zentralbetriebsrat den Nagel genau auf den Kopf getroffen...

Damit war also ein sehr ambitionierter Reformanlauf zum Scheitern gebracht worden. Ohne nun hier alle Gründe für diese Entwicklung benennen zu können, haben nüchtern betrachtet die folgenden Elemente – im Zusammenwirken – eine Rolle gespielt: Die Dramatik des zu reformierenden Ist-Zustandes (Kostenexplosion, Qualitätseinbußen usw.) konnte (wohl auch aus politischer Rücksichtnahmen auf frühere Ressortverantwortliche) nie ausreichend drastisch und plausibel dargestellt werden und die Notwendigkeit für eine gründliche Reform überzeugte daher nur wenige. Die komplexe Thematik blieb daher wohl für viele technokratisch-abstrakt.

Auch kann der Reformier ja naturgemäß eine bessere Zukunft nur *in Aussicht* stellen und versprechen, aber zum ungemütlichen Zeitpunkt des Veränderns (mit all den damit verbundenen Unsicherheiten) *noch nicht beweisen*. – Die am Status quo orientierten und von diesem profitierenden Kräfte und Gruppen hingegen konnten an konkrete Befindlichkeiten und Ängste, aber auch an egoistische Beschränktheiten anknüpfen (wobei gelegentlich nicht klar war, wer jeweils wen instrumentalisierte), dabei sprang nicht selten eine Korrelation zwischen der Maßlosigkeit im Ton und in den Methoden und der bescheidenen Qualität bei den Inhalten ins Auge. Es ging im Kern um eine Neuverteilung der Macht. – Als erschwerend dürfte auch eine gewisse latente Geringschätzung seitens vieler Spitalsärzte gegenüber der „nur-praktischen“ Ärztin eine Rolle gespielt haben, welche die landeseigenen Spitäler umzukrempeln gedachte.

Aufgrund der Erfahrung, dass mit Reformen selten Wahlen gewonnen werden, war es auch für den sozialistischen LHStv. politisch ungefährlich bzw. vielleicht sogar opportun, diese sehr weit entwickelte Reform im letzten Moment auflaufen zu lassen. Vielleicht konnte damit ein doch möglicher Erfolg der politischen Gegenseite vereitelt werden



Das Ehepaar Gerheid und Hans Widrich 1992

Die Salzburger Psychiatrie-Reform

Die Umorganisation und Modernisierung der Psychiatrie in der Salzburger Landesnervenklinik war das zweite wichtige Thema, das auf der Reformagenda des Gesundheitsressorts ganz oben stand. Der verdiente Primar Univ.- Prof. Dr. Heimo Gastager war in den Ruhestand getreten (er hatte sich um die erste Psychiatriereform 1962 große Verdienste erworben), die Anforderungen hatten sich aber zwischenzeitlich drastisch geändert und die wissenschaftlichen Einsichten auf diesem Gebiet hatten neue Therapiekonzepte gebracht, die auch in Salzburg ihrer Umsetzung harrten. Bezeichnenderweise handelte eine der ersten Anfragen im Landtag (Dr. Hochreiter/ Dr. Burtscher, 24.5.1989) an Widrich von der sogenannten „Fortsetzung der Psychiatriereform“. Zwar wurden in den folgenden Monaten verschiedene Detailkonzepte ventiliert, bevor aber weitere wichtige Reformschritte gesetzt werden konnten (Anfrage der Bürgerliste vom 6.6.1990), wollte man die Regelung der Nachfolge Gastagers abwarten. Diese offene Personalie wurde Anfang 1991 mit der – gegen den Willen Diemaths erfolgten – Berufung von Primar Univ. Doz. Dr. Rainer Danzinger gelöst und nun kam plötzlich Bewegung in die ganze Sache.

Wir können und wollen nun im Folgenden die inhaltlichen Zielsetzungen und Konzepte nur grob skizzieren. Wichtiger ist uns, den Stil der Interessenskonflikte und die Rolle der Politik bzw. insbesondere der Ressortverantwortlichen heraus zu arbeiten. Bald wurde nämlich klar, dass es bei der bevorstehenden Reform bzw. ihrer versuchten Verhinderung weniger oder bei weitem nicht nur um medizinische Streitfragen, sondern vor allem um Machtfragen gehen sollte (letztere natürlich immer mit der schon bekannten Floskel von der „Sorge um das Patientenwohl“ camoufliert).

Ein bezeichnendes Schlaglicht auf das Amtsverständnis des ärztlichen Direktors der LNK Diemath warf ein heftiger Disput zwischen ihm und Widrich schon Mitte 1990: In einem geharnischten Brief verwahrte er sich damals vehement gegen einen angeblichen „Eingriff in innerbetriebliche Angelegenheiten“ (Dabei handelte es sich um strittige und von Diemath nicht akzeptierte Personalwünsche des Röntgeninstituts, welche Widrich von der Abteilung 15 auf ihre Stichhaltigkeit untersuchen lassen wollte). Sollte das – so Diemath – noch einmal vorkommen, werde er „an entsprechend wirksamer Stelle feststellen, dass eine Zusammenarbeit mit dem politischen Referat nicht mehr möglich ist“.¹¹⁰ Widrich ruhig, aber in der Sache eindeutig: Eine Entscheidung von ihr als übergeordnete Stelle sei immer dann vonnöten, „wenn eine Angelegenheit von der an sich zuständigen Ebene nicht in Ordnung gebracht bzw. erledigt wird“, das sei noch lange keine politische Einmischung. Zudem biete er mit seiner angedrohten Aufkündigung der Zusammenarbeit mit dem Ressort selber seine Kündigung an.¹¹¹ – Diemath hielt dagegen – unverhohlen drohend und die Argumente verdrehend: Falls Widrich seine Kündigung wünsche, solle sie das mitteilen. Er bezweifle aber, „ob die Kritik an einer politischen Einmischung ein Kündigungsgrund ist. Aber darüber werden allenfalls die Gerichte entscheiden und die Medien werden sich freuen“.¹¹² – Mit dieser Vorwärtsverteidigung (indem er gar in eine potentielle „Opferrolle“ schlüpfte) wollte sich der ärztliche Direktor der LNK offenbar stark positionieren, im Hinblick auf die bevorstehende Krankenhausreform bzw. auf die zu erwartenden Reformen in der Landesnervenklinik.

Zurück zur Psychiatriereform: Bereits im Februar legte Danzinger ein Grobkonzept „Psychiatrieplan Salzburg“ vor, in dessen Präambel klar und ungeschminkt der Status quo beschrieben wurde: Die LNK werde von einem Neurochirurgen geleitet, „der jedoch für psychiatrische Fragen weder Kompetenz noch Verständnis besitzt“. Das habe dazu geführt, dass die psychiatrischen Abteilungen bisher aus allen Management- und Budget-

beratungen „weitgehend ausgeschlossen waren und die Psychiatrie sozusagen `ausgehungert` wurde, während die Neurochirurgie, die Neurologie und eine zukünftige Geriatrie mit großem Aufwand ausgebaut wurden.“ Dieser Kurs werde fortgesetzt, mit der Konsequenz für die psychiatrischen Patienten, „die schon derzeit in Salzburg nahezu unter menschenunwürdigen Bedingungen einer `Schlangengrube` in zwei völlig abgelebten Gebäuden zusammengepfercht sind“, dass sich ihre Situation weiter verschlechtere. Damit bildeten sie – „abgesehen von der humanitären Unverantwortlichkeit“ – eine ständige Quelle für politische Skandale. An Sofortmaßnahmen forderte Danzinger daher u.a. eine eigene autonome psychiatrische Direktion, einen Psychiatrieplan, eine Abteilung für die Langzeitentwöhnung von Alkoholikern und regional gestreute komplementäre Dienste.¹¹³

Diese klar formulierte Analyse samt Konzept fand auch prompt politische Rückendeckung: So sicherten Katschthaler und Widrich Wohlwollen und Unterstützung allgemein und für den Ausbau der akuten Psychiatrie im Besonderen zu. „Das Anliegen, den Ärmsten der Armen zu helfen, hat Vorrang vor einer Neugestaltung der Klassestation von Diemath und Ladurner“, so Originalton Katschthaler im internen Telefonat. Eine eigene Direktion zu begründen wäre freilich schwierig, schlimmstenfalls müsse man aber die Psychiatrie alleine ausgliedern und mit eigener Budgethoheit versehen.¹¹⁴ – Die Bürgerliste unterstützte eine autonome Leitung (sie hielt die Zusammensetzung der Klinikleitung überhaupt für „fachlich absurd“¹¹⁵), auch Gerhard Buchleitner lobte das Gesamtkonzept und für Widrich hatte – wie sie versprach – die Psychiatrie-Reform „absoluten Vorrang“.¹¹⁶

Am 9. April 1991 legte Danzinger dann einen etwas modifizierten „Stufenplan zur Umstrukturierung der Psychiatrie an der Landesnervenklinik Salzburg“ vor. Gleichzeitig bedankte er sich im Begleitbrief ausdrücklich, mit über unverbindliche Floskeln hinausgehenden Worten für Widrichs Unter-

stützung (z.B. Dank „für Ihre bisherige wirklich engagierte und tatkräftige Unterstützung“).¹¹⁷ Nun warteten die Mühen der Ebene...

Eine wichtige Entscheidung fiel dann Mitte September. Bei einer Sitzung leitender ÄrztInnen der LNK teilte Primar Dr. Rainer (Psychiatrie II) mit, dass er – gemäß den beobachtbaren internationalen wissenschaftlichen Trends – dazu übergehen wolle, seine große Rehabilitationsstation zu verkleinern (von 230 auf 106 Betten) und die psychiatrischen Langzeitpatienten auszulagern in alternative Wohnmöglichkeiten, betreute Wohngemeinschaften u.ä.. Das dadurch frei werdende Gebäude könne man zur Beseitigung des Engpasses im akutenpsychiatrischen Bereich verwenden. Die anwesenden Ärzte begrüßten den Schritt (z.B. der sonst mit Diemath eng kooperierende Primar Ladurner sah den „Beginn einer sehr positiven Gesamtentwicklung“ im psychiatrischen Bereich), schwere Einwände kamen aber von der Verwaltung, die wegen des drohenden Wegfalls von Tagessätzen für Langzeitpatienten folgenschwere ökonomische Konsequenzen befürchtete. Jedenfalls war damit zunächst Raum gewonnen, den man für ein modernes Therapie- und Raumkonzept nutzen konnte.

Vor dieser Sitzung – das sei zur Erhellung des allgemeinen Gesprächsklimas noch erwähnt – hatte sich Hofrat Diemath peinlicherweise dafür zu entschuldigen, dass er bei einem früheren Treffen unqualifizierte Ausdrücke gegenüber Psychiatern und Alkoholkranken verwendet habe. Er versprach, sich künftig einer „gepflegteren Ausdrucksweise“ bedienen zu wollen, in der Sache wollte er nichts zurück nehmen.¹¹⁸

Wie sehr unterschiedliche Auffassungen über die Aufgaben einzelner medizinischer Disziplinen – sofern sie sich nicht in einem toleranten Kontext begegnen – das Klima in einem Krankenhaus vergiften können, war an einem exemplarischen Konflikt um die Verteilung der Fortbildungsgelder zu beobachten: Im Mittelpunkt – wieder einmal – der ärztliche Direktor der LNK Diemath. Er hatte gegen die einstimmige Meinung des Fortbildungs-

kuratoriums im Spital den Großteil der Mittel dem Bereich I (414.000.- Schilling für Neurochirurgie, Geriatrie, Röntgenabteilung usw. mit 214 Mitarbeitern) zugewiesen und die Psychiatrie mit 212 Mitarbeitern sollte nur 142.000.- Schilling bekommen. Den empörten Protesten hielt der Neurochirurg entgegen, er habe nach einem von ihm entwickelten angeblich „völlig objektivierbaren“ Punkteschlüssel entschieden, der neben der Zahl der Mitarbeiter und Patienten vor allem am Sonderkatalog für medizinische Spitzenleistungen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds (KRAZAF) orientiert sei, welcher vor allem chirurgische Leistungen berücksichtige. Auf die Psychiatrie – so laut SN Diemaths Argumentation in den „Salzburger Nachrichten“ – nehme eben die KRAZAF-Liste leider keine Rücksicht, weshalb sie in den Hintergrund geraten sei. Sollte auch die Psychiatrie künftig ihren Bedarf entsprechend „objektivieren“ können, dann wären die Relationen zu ändern.¹¹⁹ – Widrich setzte dann einige Tage später durch, dass die Verteilung der Mittel für 1992 zugunsten der Psychiatrie korrigiert wurde und für 1993 sollte gemeinsam mit den betroffenen Abteilungen in der LNK ein neuer Verteilerschlüssel nach allseits akzeptierten objektiven Kriterien ausgearbeitet werden.¹²⁰

Zurück zum mühsamen Ringen um die ersten konkreten Schritte in Richtung Umsetzung der vorhin angesprochenen Reform, mit der sich im Juni 1991 im Rahmen einer Psychiatrie-Enquete auch der Landtag befasst hatte. Nach einer kritischen Anfrage der Bürgerliste wurde dann in einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses von der Abteilung 15 berichtet, dass man eben dabei sei, die Anstaltsordnung gemäß den angepeilten Reformen in der Psychiatrie umzuarbeiten und für 1993 stünden 35 neue Dienstposten für die Umsetzung des Reformkonzepts bereit. – Aus dem Büro Widrichs wurde zudem bedauert, dass es von der Anstaltsleitung bisher keine Unterstützung für die Forderungen der Psychiatrie gegeben habe.¹²¹ – Für die dringend notwendigen Umbauarbeiten der vorhin angesprochenen desolaten Gebäude (für Therapieräume, Ergotherapie, Büros

und Zimmer) stünden zum Ausbau der Beobachtungsstation der Psychiatrischen Krankenabteilung zunächst nur fünf Millionen Schilling zur Verfügung, mindestens 25 Millionen würden insgesamt benötigt werden. An kurzfristige interne Umschichtungen war offenbar zunächst nicht zu denken. Die übrigen Abteilungschefs (insbesondere Diemath und Ladurner) beharrten auf die Einhaltung eines früher schon beschlossenen Zehn-Jahres-Programms für die LNK, bei dem insbesondere die Abteilungen der eben Genannten stark positioniert waren (z.B. 1992 mit 65 Millionen für den Neubau der Neuropsychogeriatrischen Abteilung und der Neurologischen Sonderstation¹²²). Neue Ansprüche und Wünsche hatten es daher schwer...



Mit Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz Dr. Michael Ausserwinkler

Starken Rückenwind erhielt dann das Reformkonzept auch vom „Wissenschaftlichen Beirat für Psychohygiene des Bundeslandes Salzburg“, der in

einem ausführlichen Gutachten eine deutlich formulierte positive Bewertung abgab. Schlussfolgernd wurde darin u.a. festgehalten, dass Konzepte quasi Schall und Rauch bleiben würden, „solange auch nicht von Regierungsseite erkennbar ist, dass die notwendigen Mittel tatsächlich bereitgestellt werden“ und die Klinikleitung hätte ein „umfassendes Strukturkonzept zu entwickeln, welches die oben angeführten Gesichtspunkte beinhaltet...“¹²³

Die – wie wir gesehen haben – ohnehin schon beträchtlichen Spannungen zwischen Klinikleitung (Diemath) und den beiden Psychiatrie-Primariaten haben dann im ersten Halbjahr 1992 neue Höhepunkte erreicht. Ende Februar beklagten Danzinger und Rainer, dass es von Seiten Diemaths „auch bei öffentlichen Veranstaltungen immer wieder zu heftigen pejorativen Bemerkungen über die Psychiatrie“ komme, was sich auch auf die Einstellung der PflegeschülerInnen negativ auswirke und zudem die notwendigen Veränderungen erschwere und verzögere.¹²⁴ – Diemath replizierte heftig und ausführlich, beklagte angebliche Eigenmächtigkeiten der Psychiatrie-Vertreter, beharrte auf seiner Verantwortlichkeit für das Gesamtwohl des Krankenhauses und monierte immer wieder die Rücksichtnahme auf die Finanzierbarkeit und eine Verunsicherung der Mitarbeiter stellte er entschieden in Abrede und er forderte seinerseits „ein bisher oft vermisstes Mindestmaß an Zusammenarbeit“¹²⁵ – Danzinger antwortete darauf sachlich und um Beruhigung bemüht.¹²⁶ – Inzwischen war aber der Konflikt auch in den Medien angekommen und Gerhard Buchleitner forderte die ressortverantwortliche Landesrätin auf, sie möge in der LNK umgehend für Harmonie sorgen und er selbst werde auch die Regierung mit diesem Thema befassen.¹²⁷ – Diese Entwicklung motivierte die Landesrätin, via Landeskorrespondenz zum wiederholten Male zu versichern, dass das Land die Psychiatriereform dringend brauche und diese auch im Zeitplan liege und sie (Widrich) „stehe nach wie vor und ungebrochen hinter dem Vorhaben und betreibe diese (die Reform, H.D.) vehement“.¹²⁸

Offenbar hat es dann eine Aussprache beim Landeshauptmann gegeben, bei der dieser von den Kontrahenten Kooperation eingefordert hatte. Die erhoffte Entspannung sollte sich aber dann doch nicht dauerhaft einstellen, denn schon am 22. Juli wandten sich die Primarii Danzinger und Rainer und der Oberarzt Manfred Biebl – alle drei nicht gerade als Heißsporne bekannt – erneut an Widrich: Seit vielen Jahre – so ihre Klage – sehe man sich von Seiten Diemaths „mit schwerst diffamierenden Entwertungen und Beschimpfungen hinsichtlich unserer Bemühungen konfrontiert. Diese pauschalen falschen Vorwürfe verunsichern politisch Verantwortliche, Personal und nicht zuletzt die uns anvertrauten Patienten.“ Die Aussprache beim Landeshauptmann habe die Lage nicht verbessert. „Durch untragbare, nicht wiederholbare Beschimpfungen wird das Klima zunehmend vergiftet, so dass eine vernünftige, fachlich orientierte Zusammenarbeit unmöglich ist“.¹²⁹

Diemath verwahrte sich gegen alle diese Vorwürfe und spielte den „Ball“ sozusagen an die Kritiker zurück, indem er in den meisten Punkten das Gegenteil behauptete. Eine ihm unterstellte „Psychiatriefeindlichkeit“ stellte er in Abrede, der psychiatrische Teil eines Krankenhauses solle doch vielmehr froh sein – so sein untergriffiges Gegenargument –, „wenn auf die objektive und unbefangene Kontrolle eines nichtpsychiatrischen Direktors hingewiesen werden kann“, um schließlich seinen Anspruch auf Letztkompetenz hervor zu streichen: „Eine vernünftige (sic!) und finanziell vertretbare Psychiatriereform wird von der Direktion nach wie vor befürwortet“.¹³⁰

Wie sehr hier nach wie vor mit Teilwahrheiten und sublimen Unterstellungen getrickst wurde, zeigt ein an sich unwesentliches Scharmützel um die Frage der Pflegeeinnahmen: Wir erinnern uns, dass ein früh erhobener Einwand gegen die in der Reform vorgesehene Verringerung der Langzeitpatienten darin bestanden hatte, dass der Klinik dadurch Einnahmen entgehen würden. Diemath beeilte sich dann schon Anfang Juli an die

Ressortchefin den „von mir vorausgesagten Einnahmenverlust“ zu vermeiden (zurück zu führen auf die Umorganisation in der Psychiatrie).¹³¹ Widrich wollte das aber genauer spezifiziert haben, worauf Diemath zugestehen musste, dass von den 9,3, Millionen Abgang nur rund fünf Millionen auf die Psychiatrie entfielen.¹³² Darauf wiederum Widrich: man dürfe doch nicht allein auf die entfallenen Einnahmen blicken, sondern müsste auch die durch die Reform gewonnenen Einsparungen und Qualitätsgewinne auf der Ausgabenseite berücksichtigen!¹³³

Trotz dieses teilweise extrem belasteten Kommunikationsklimas gingen die Dinge doch voran: Im Amtsbericht der Abteilung 15 vom 27.7.1992 wird u.a. betont, dass man wegen der komplizierten Materie und der Vielzahl der involvierten Akteure (z.B. neben den schon Genannten der Landtag mit seiner Enquete vom 12.6.1991, der Psycho-Hygiene-Beirat, der Krankenanstalten-Beirat, drei Abteilungen des Landes) etwas länger gebraucht habe, als von einer ungeduldigen Politik und der medialen Öffentlichkeit erwartet. Schon am 29.4. war es einer hochkarätig besetzten Arbeitsgruppe dann gelungen, sich auf ein einvernehmliches Konzept zu verständigen, dessen Realisierung schließlich vom Krankenanstalten-Beirat am 9.6.1992 „als medizinisch notwendig sowie wirtschaftlich und infrastrukturell vertretbar“ (Kostenrahmen zwischen 32 und 37 Millionen) gebilligt wurde.¹³⁴ Damit hatten sich inhaltlich – mit leichten und vor allem finanziell bedingten Modifikationen – die beiden Primare Rainer Danzinger und Ernst Rainer voll durchgesetzt! Die entscheidende erste Etappe war damit geschafft. Details über die Genese und die nächsten Schritte wurden von einer zufriedenen Gerheid Widrich – assistiert von Vertretern der Ärzte, der Pflege und der Beamenschaft – dann bei einem Pressegespräch Anfang August präsentiert. Mit „ein äußerst mühsamer Prozess“ kommentierte Alois Grüner (Abteilung 15) den zurückliegenden Verhandlungsmarathon¹³⁵ und die Pflegeleiterin der LNK Frieda Mohr räumte ein, dass Primar Danzinger – mit Ausnahme der Landesrätin – in der LNK bisher nur unzureichende

Unterstützung gefunden habe. „Wir sind für die Reform. Es geht uns viel zu langsam.“ Allerdings müsse man die Pflege bei der Umsetzung besser einbinden. Oberarzt Reinhard Fartacek räumte ein, dass hier zuletzt Fehler gemacht worden seien und er gelobte Besserung.¹³⁶

Damit war die Salzburger Psychiatrie-Reform sozusagen „auf Schiene“. Zwar waren immer wieder – vor allem aus finanziellen Gründen notwendige – Modifikationen vonnöten, das Grundkonzept war aber festgelegt und die Realisierung versprochen.¹³⁷ Tröstlich also: Die Reform-Karawane zog – obzwar phasenweise heftig verbellt – doch weiter!

„Pflegetotstand“ – Finanzprobleme – Medizin „Innergebirg“

Die versuchte – und letztlich gescheiterte – Organisationsreform der landeseigenen Krankenhäuser und die Psychiatriereform waren wohl die ambitioniertesten Initiativen aus dem Gesundheitsressort. Daneben gab es noch eine Reihe weiterer Problemfelder, denen man sich zu stellen hatte. Wir wollen im Folgenden einige Themen heraus nehmen und zumindest in ihrer Grundproblematik skizzieren.

Schon bald nach Amtsantritt der neuen Landesregierung eskalierte der schon länger schwelende Konflikt um die Sicherstellung der Pflege an den Landeskrankenanstalten. Die Neo-Landesrätin wurde daher bereits am 23. Mai 1989 im Rahmen einer Betriebsversammlung mit den Bediensteten der Landeskrankenanstalten hautnah mit den bewegten Klagen über bedrückende Personalknappheit in den einzelnen Stationen, sehr lange Dienstzeiten, zu viele Überstunden, Unterbesetzung vor allem in der Urlaubszeit und unzulängliche Bezahlung konfrontiert.¹³⁸ Diese nun zu einer Eskalation treibende Überlastung des Pflegepersonals und auch der Ärzte war laut Spitalschef Primar Dr. Christian Menzel einerseits auf Fortentwicklungen in der Medizin zurückzuführen (z.B. Einrichtung der Unfallchirurgie, Zunahme der Zahl an Intensivbetten, Sanierung der I. Medizin und die verstärkte Rolle der Neonatologie)¹³⁹ – andererseits auch auf falsche Akzente in der vergangenen Gesundheitspolitik, wie die Landesrätin kritisch anmerkte („Jahrelang wurde die Förderung des Berufsstandes der Krankenschwestern vergessen, man hat viele Apparate gekauft und dem Pflegepersonal übel mitgespielt“¹⁴⁰). Neben den naheliegenden Forderungen nach besserer Bezahlung, mehr Dienstposten, weniger Überstunden usw. wurde auch immer deutlicher der Wunsch nach einer erhöhten Wertschätzung der Pflege als eigenständigen und selbstverantwortlichen Beruf artikuliert. Institutionell sollte dem durch die Schaf-

fung einer eigenen Pflegedirektion entsprochen werden, welche die Anliegen dieses Berufsstandes gegenüber der Ärzteschaft vertreten sollte (wozu sich Widrich grundsätzlich positiv stellte).¹⁴¹

In diesem Polygon aus unterschiedlichen Interessen sollte nun in den folgenden Monaten auch manch persönliches Süppchen aufgekocht werden: Zwar reagierte die Landesregierung prompt, denn schon Mitte Juli teilte der für Personalangelegenheiten verantwortliche Landeshauptmann (nach Rücksprache mit der ressortzuständigen Landesrätin und dem Finanzlandesrat) mit, dass es bereits im kommenden Jahr 137 neue Dienstposten zur Verbesserung der Betreuung und der Pflegesituation in den Landesspitälern geben werde.¹⁴² Damit konnte aber – zumindest kurzfristig – die Situation nicht beruhigt werden, denn nun wurde der interessierten Öffentlichkeit zunehmend bewusst, dass qualifizierte Diplomschwesterinnen „Mangelware“ waren¹⁴³ und die neu bewilligten Dienstposten nicht ohne weiteres besetzt werden konnten. Wegen des Schwesternmangels sahen sich daher Abteilungen teilweise gezwungen, einen Teil ihrer Betten über einige Wochen nicht zu belegen, was insbesondere am Boulevard aufgeregte Schlagzeilen provozierte („Personalmangel: Station am LKH in Salzburg muss teilweise zusperren!“¹⁴⁴ „Unfallchirurgie vor der Schließung!“¹⁴⁵) und bei den Abteilungsvorständen auf Widerstand stieß, weil sie an der Auslastung ihrer Betten (inklusive der Sonderklassen) interessiert waren. Dazu kam noch verschärfend hinzu, dass ein Teil der kurz vor ihrem Abschluss stehenden Schwesternschülerinnen dem bekannten Stress am großen Salzburger Zentralkrankenhaus auszuweichen gedachte, indem sie Beschäftigungen an kleineren Krankenhäusern anstrebten. Zu einer dramatischen Zuspitzung kam es dann im April 1990, als an der besonders personalintensiven Unfallchirurgie gleich sechs Schwestern wegen pausenloser Arbeitsüberlastung ihre Kündigung in Aussicht stellten. (Damit hätte vorübergehend zumindest die Sonderklasse gesperrt werden müssen). Um dem zu begegnen, wurde kurzfristig mit dem Salzburger Unfallkrankenhaus ein Koopera-

tionsabkommen geschlossen.¹⁴⁶ Der Großteil dieser Schwestern blieb aber dann doch auf der Klassestation der Unfallchirurgie, nachdem man sich auf einen Stufenplan zur Entlastung des Pflegepersonals geeinigt hatte, der u.a. vorsah, dass nur 11 der 14 Betten belegt werden, solange nicht alle Planposten wieder besetzt wären.¹⁴⁷



Besuch im Kinderspital bei der Chirurgin Primaria Irene Oesch-Hayward

In dieser emotional sensibilisierten Stimmung in jenen Monaten war es offenbar schwer, sich in der öffentlichen Debatte mit nüchternen Zahlen Gehör zu verschaffen. Während nämlich der Zentralbetriebsratsobmann am Salzburger Landeskrankenhaus Bernhard Treschnitzer (ÖAAB) mitteilte, dass angeblich immer mehr Schwestern auf öffentliche Kampfmaßnahmen drängten¹⁴⁸, versuchte Widrich diesem Trend insofern entgegen zu halten, dass der beklagte Schwesternmangel zu relativieren sei, weil gegenwärtig

nur zwei Prozent der Stellen unbesetzt wären.¹⁴⁹ Gar nicht gut – weil offenbar nicht in das damalige „Erregungsschema“ der Medien passend – kam auch der Einwand des ausgewiesenen Krankenhausexperten aus der Abteilung 15 Dr. Alois Grüner an, der einen „Beitrag zur Versachlichung der Diskussion“ dadurch zu leisten versuchte, indem er auf „einen Widerspruch zwischen dem subjektiven Empfinden einiger Schwestern an den Landeskrankenanstalten und der objektiven Anzahl an erbrachten medizinischen Leistungen an Patienten“ hinwies, denn 1989 hätte es einen Rückgang der Krankenpflegetage und eine Zunahme an Dienstposten gegeben. Für eine „Hysterie“ bestehe daher auf Grund der objektiven Zahlen kein Anlass.¹⁵⁰ Widrich relativierte diese Schlussfolgerung etwas, indem sie den Schwestern zugestand, dass die Anforderungen an sie wegen der kürzeren Verweildauer von verstärkt pflege- und ansprachebedürftigen Patienten gestiegen seien und dem permanenten Schwesternmangel wollte sie mit einem Bündel an Maßnahmen begegnen (u.a. Entlastung von Bürokratie, Erprobung attraktiverer Dienstteilungen, Werbekampagne).¹⁵¹



Im Büro mit Dr. Alois Grüner

Über eine ebenfalls seit längerem dringend geforderte Erhöhung der Bezüge hatte eine vom Landeshauptmann eingesetzte Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Landesregierung, der Landeskrankenanstalten, des Betriebsrats und der Gewerkschaft beraten. Wenige Tage vor der geplanten Demonstration der Schwestern stellte die Arbeitsgruppe ihre Empfehlung für durchwegs deutlich spürbare Lohnerhöhungen vor (z.B. für Diplomierete 2.000.-öS einmalig und pro Monat 1.000.- öS Erhöhung).¹⁵² Damit hatte man zumindest fürs Erste den Mitte Mai protestierenden Schwestern den Wind ein wenig aus den Segeln genommen. Ca. 500 marschierten dann doch vom Schloss Mirabell zum Alten Markt und Gerheid Widrich, welche in einer kurzen Rede um Verständnis für die Budgetnöte des Landes warb, wurde – wie zu erwarten – ausgepiffen.¹⁵³

Die Situation auf dem Pflegesektor blieb aber angespannt und immer wieder kam es vor, dass sich an einzelnen Abteilungen langjährig aufgebaute Spannungen, nicht selten auch durch ignoranten Verhalten seitens der Ärzte verstärkt, entluden und die Funktionsfähigkeit ganzer Abteilungen gefährdet schienen. So schrieben etwa fünf Schwestern von der „Ersten Chirurgie Männer“ in einem Brief an die Klinikleitung, dass sie aufgrund der Personalnot „die Verantwortung für die Patienten nicht mehr übernehmen“ könnten, weil eine „menschengerechte Pflege“ unmöglich geworden sei. Der Grund: es fehlten auf dieser Station fünf Diplomschwestern und der Primar Oskar Böckl hatte offenbar trotzdem einer Bettenreduktion nicht dezidiert zugestimmt. Darauf hin griffen die acht verbliebenen und doppelt belasteten Schwestern zur Selbsthilfe und begannen zehn der 33 Chirurgie-Betten nicht mehr nach zu belegen, worauf die Ärzte oft mit Unverständnis negativ reagierten, was wiederum die Schwestern endgültig verprellte und sie kündigten oder ließen sich bestenfalls an eine andere Abteilung versetzen.¹⁵⁴

Die Problematik „Schwesternmangel“ war also diffizil und vielschichtig und reichte über Fragen der Postenvermehrung und Bezahlung hinaus und berührte grundlegende Probleme der Kommunikation und der Wertschätzung sowie der Hierarchie am Krankenhaus. Darauf spielte auch Landeshauptmann Hans Katschthaler in seiner Radiorede am 17. Juni 1990 an, wenn er ausführte: „Schon lange brodeln es im Pflegedienst, schon lange protestierten, und nicht nur bei uns, die Krankenschwestern“, von denen man sich nach landläufiger Vorstellung „Einfühlen und Einfügen, Hingabe und ständiges Zur-Verfügung-stehen“ erwartet und man vergesse ganz, dass sie vielfach an „den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gedrängt werden können...Viele Verantwortliche haben zu lange gewartet, um mit den Schwesternschaften zu reden, und ihre Anregungen in die gesamte Spitalplanung einzubeziehen“.¹⁵⁵ Katschthaler zählte dann eine Reihe der schon vorhin angesprochenen Reformschritte auf, welche unter Federführung der ressortzuständigen Landesrätin im letzten Jahr gesetzt worden seien und die Landesregierung habe zudem erst jüngst die Einsetzung eines/er Pflegedirektors/in sowie eines Organisationsassistenten mit beratender Funktion beschlossen.¹⁵⁶

Über die in vielerlei Hinsicht prekäre Situation der Krankenpflege wurde in jenen Jahren in ganz Österreich kritisch diskutiert. Die Ereignisse im Wiener Krankenhaus in Lainz wirkten als Katalysator und lange verschleppte Defizite und Versäumnisse wurden unter dramatischen medialen Begleitönen in der politischen Agenda weit nach oben gepusht. Gefordert waren zunächst vor allem die politischen Eliten und am Beispiel Salzburgs konnten wir zeigen, dass hier in relativ kurzer Zeit im Pflegebereich einiges in Bewegung gebracht und verbessert werden konnte. Die Zeit für quantitative Zuwächse schien also günstig (eine Verbesserung der Qualität und der Organisation sollte ja mit der parallel anlaufenden Krankenhausreform gelingen) und es verwundert daher nicht, dass z.B. der ärztliche Leiter des Landeskrankenhauses Primar Christian Menzel am

Beginn der Verhandlungen für das Krankenhausbudget 1991 die große Offensive versuchte. Angekündigt hatte er diesen härteren Kurs schon im April, als er meinte, dass nun endlich der in den 80er Jahren „kaputtgesparte“ Pflegebereich saniert werden müsse. „Ich stelle mich nicht mehr hinter irgendwelche Kompromisse, ab sofort werden die Personal-Anforderungen des Pflegedienstes eins zu eins ans Land weitergegeben.“ Für 1991 benötigte das Landeskrankenhaus nicht weniger als 150 neue Pflegeposten!¹⁵⁷ Zu Beginn der Verhandlungen im August wurde dann die Latte noch einmal höher gelegt, verlangten doch die Vertreter des LKH und der LNK nicht weniger als 500 Dienstposten! Finanzlandesrat Arno Gasteiger hielt dagegen, das Land könne höchstens 88 Posten finanzieren, worauf die Mediziner erwiderten: wenn das Land die beste medizinische Versorgung fordere, koste das eben Geld und Personal und wenn das nicht ausreichend gegeben werden könne, müsste die Politik die Verantwortung dafür übernehmen, dass einzelne Abteilungen zugesperrt würden.¹⁵⁸ Die ressortführende Landesrätin spielte bei diesem Tauziehen zwischen Gasteiger und Menzel keine Hauptrolle, sie versuchte vielmehr nach Möglichkeit zu vermitteln. Nach – wie die Beteiligten betonten – „sehr harten Verhandlungen“ wurde dann folgender Kompromiss vereinbart: 153 neue Mitarbeiter für das Jahr 1991 und weitere 65 Dienstposten für das Folgejahr. Damit sollte – wie Widrich hoffte – in den Krankenhäusern des Landes weiterhin eine „moderne und humane“ Praxis möglich sein.¹⁵⁹ Zwar wurde auch in den folgenden Jahren immer wieder mit dem Schreckgespenst des Zusperrens einzelner Abteilungen hantiert, tatsächlich war es aber doch gelungen, einen Gutteil des Problemdrucks wesentlich zu mildern. Auch in den Folgejahren gab es dann moderate Zuwächse im Personalbereich, sodass Landesrätin Widrich im Frühjahr 1993 im Zuge der Österreich weit geführten Diskussion über die Spitalsmisere mitteilen konnte, dass man in Salzburgs landeseigenen Krankenanstalten seit 1989 insgesamt 684 neue Planstellen (davon 114 für Ärzte) geschaffen habe.¹⁶⁰

Die Vermehrung von Pflege-Dienstposten war nun die eine Sache, aber die konkrete Besetzung derselben war eine andere. Bald stellte sich nämlich heraus, dass viele Schwestern zwar an einer Arbeit in Salzburgs Spitälern interessiert waren, sie aber von den hohen Wohnungspreisen in der Stadt abgeschreckt wurden und daher in andere Bundesländer wechselten.¹⁶¹ Nolens volens musste also die Politik auch darauf reagieren: Mit Stichtag 30. November 1992 standen dem Pflegedienst 493 Dienstwohnungen zur Verfügung, mehr als 100 Bewerberinnen standen auf der Warteliste (Tendenz steigend) und die Landespolitik kurbelte daher in der Folge unter der Federführung Widrichs mehrere gemeinnützige Wohnbauprojekte an, welche dann für Pflegekräfte in den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt wurden, was diese Knappheit dann wesentlich milderte.¹⁶²



Mit dem Rektor der Paris-Lodron-Universität Univ. Prof. Dr. Adolf Haslinger

Schließlich sei noch ein Konflikt erwähnt, der den Blick auf die diffizile und nicht unproblematische Situation der sog. Gemeindekrankenhäuser außerhalb der Landeshauptstadt lenken kann. Zwar wurden diese Krankenhäuser (z.B. Mittersill, Tamsweg, Hallein, Zell a. See) vom Land (u.a. mit Bundesgeldern) finanziell stark unterstützt, letztlich blieben aber die Gemeinden als Rechtsträger politisch und finanziell verantwortlich. Hinsichtlich der medizinischen Schwerpunkte waren sie an die landesweit gültige Landeskrankenanstalten-Ordnung gebunden. Genau davon handelt nun der Konflikt zwischen dem Bürgermeister von Zell am See und der ressortzuständigen Landesrätin. Mag. Walter Thaler (SPÖ), Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Zell, bat Widrich Mitte Mai 1991 in einem Brief, das Land möge sich an den hohen Kosten beteiligen, die bei den Operationen zur Implantation von Totalendprothesen bei Coxarthrosen (Hüftgelenksprothesen) entstünden. Um die medizinische Versorgung des Pinzgaus zu verbessern, werde nämlich diese Operation seit einiger Zeit vom unfallchirurgischen Departement in Zell angeboten. Auf eine entsprechende Operation im LKH (das als Zentralkrankenhaus des Landes dafür eigentlich zuständig sei) müsse man bis zu 14 Monate warten und im Interesse einer zeitgemäßen medizinischen Versorgung solle man daher das KH Zell am See in dieser Frage finanziell unterstützen.¹⁶³

Der im Landeskrankenhaus Salzburg für die Orthopädie zuständige Primar Hans Hofer reagierte auf den Umstand, dass in Zell am See Endprothesen-Operationen von Unfallchirurgen vorgenommen würden, mit scharfem Widerspruch („unbedingt abzulehnen“). Diese Operationen müssten aus medizinischen Überlegungen (Ausbildung des Personals, spezielle Erfahrungen, genaue Kenntnisse über zu verwendende Materialien) unbedingt in Händen von Orthopäden bleiben und wenn diese Eingriffe von Unfallchirurgen vorgenommen würden, handle es sich dabei um fachüberschreitende Eingriffe, welche im Ärztegesetz keine Deckung fänden und die Wartezeiten (Frauen 12, Männer 14 Monate) wären in Salzburg

ähnlich lange wie in den meisten anderen Bundesländern auch, teilweise sogar kürzer.¹⁶⁴ – Die Landesrätin machte sich in einem längeren Antwortbrief diese medizinischen Argumente zu eigen und argumentierte darüber hinaus gesundheitspolitisch. Der Krankenanstaltenplan des Landes aus 1976 hätte nämlich für Zell am See eine urologische und eine orthopädische Abteilung vorgesehen, welche beide aber nicht realisiert wurden. Erst im Dezember 1989 wurde von Zell für die Zeit ab 1994 die Errichtung einer urologischen Abteilung beantragt und der Wunsch nach einer Orthopädie sei daher völlig neu. Laut Krankenanstalten-Plan sei für das Land Salzburg ein orthopädischer Zusatzbedarf von fünf Betten errechnet worden und dieser werde ab 1992 durch eine Teilumwidmung der Sportunfallabteilung im Krankenhaus Oberndorf abgedeckt werden. Zudem könne das Land die Abgangsdeckung für spezielle Operationen nicht übernehmen, das würde nämlich das Finanzierungswesen der Krankenanstalten völlig durcheinander bringen. Das Land sei ja ohnehin zur Abgangsdeckung von 48% verpflichtet, der Gemeinde verblieben 20%.¹⁶⁵ – Mit dieser Antwort waren natürlich weder der Leiter der Zeller Unfallchirurgie Univ. Doz. Dr. Ernst Orthner (er sah den impliziten Vorwurf der „fachlichen Inkompetenz“, dabei habe er schon an die 50 Hüften erfolgreich eingesetzt¹⁶⁶) noch der Zeller Bürgermeister einverstanden. Thaler attackierte im Gegenzug die Landesrätin scharf (er ortete bei ihr „gesundheitspolitische Unwilligkeit“) und betonte, dass er sich schon seit 1986 – vergeblich – um eine Orthopädie für Zell bemüht habe und zudem würden auch anderswo Unfallchirurgen die fragliche Operation durchführen.¹⁶⁷ In einem großen „Offenen Brief an Dr. Gerheid Widrich“ breitete dann Thaler in den Pinzgauer Nachrichten seine bisher schon verwendeten Argumente noch einmal aus (mit besonderem Nachdruck auf die für Patienten belastenden großen Entfernungen nach Salzburg und den hohen Bedarf), um dann mit den Sätzen zu enden: „Was ich in Ihrem Schreiben besonders vermisse, ist die menschliche Komponente dieses Problems. Es wird der Versuch unternommen, ein bestehendes System zu rechtfertigen.“ Es könne nicht die Aufgabe von allein zwei Ge-

meinden (Zell und Mittersill) sein, „die umfassende Krankenversorgung dieser Bezirke sicherzustellen“, das Land müsse die orthopädische Versorgung in den südlichen Landesgauen so oder so verbessern.¹⁶⁸ – Das war also nicht mehr die feine Klinge, hier wurden sachliche Argumente und Zwänge mit persönlichen Qualifizierungen vermischt. Der Konflikt füllte jedenfalls im Jahr 1991 locker das politische Sommerloch. Die angegriffene Landesrätin spielte ihrerseits in einem sachlich gehaltenen offenen Brief den Ball an den Bürgermeister zurück, indem sie ihm – neben anderen Argumenten – implizit Untätigkeit vorwarf, denn Zell habe die erwähnten Möglichkeiten nicht nur nicht genutzt, sondern das Krankenhaus habe ihr mit Schreiben vom 14. Dezember 1989 ausdrücklich mitgeteilt, „dass ab 1994 lediglich die Errichtung einer urologischen Abteilung beantragt wird. Da also keine Bereitschaft Ihrerseits in Sicht war, das notwendige Angebot für die Patienten zu erstellen, habe ich mich zu einer Ausweitung der Orthopädie in Salzburg entschlossen.“¹⁶⁹ – Thaler reagierte darauf zunehmend gereizt und ortete bei Widrich „gesundheitspolitische Fehleinschätzungen“ („...so einfach kann man sich als Landesrätin nicht aus der übertragenen Verantwortung herausschwindeln“)¹⁷⁰ und im Zusammenhang mit der gerade laufenden Debatte um den Entwurf für einen neuen Krankenanstalten-Plan könne man – nach Thalers Einschätzung – den Eindruck „einer mangelnden Übersicht und eines fehlenden Willens zur Abdeckung der tatsächlichen Patientenbedürfnisse“ gewinnen.¹⁷¹

Diese scharfe Kontroverse zog sich dann bis in den beginnenden Landtagswahlkampf 1994 hin und mündete in einem wenig diffizilen Schlagabtausch in Form von Wahlkampf-Inseraten: So stellte der Zeller Bürgermeister, der sich hier zum Sprecher der Gebirgsgaue aufschwang, „Fünf Fragen an Dr. Widrich“: Neben der schon erwähnten Orthopädie urgierte er für den Pinzgau eine geriatrische Abteilung, eine psychiatrische Station für die südlichen Landesteile und die fixe Stationierung eines Rettungshubschraubers (zumindest für die Wintermonate).¹⁷² – Widrich erwiderte darauf

– ebenfalls mit Inserat –, dass das Zeller Krankenhaus „bisher nicht bereit war, die von Ihnen geforderten Abteilungen für Orthopädie, Geriatrie oder Psychiatrie einzurichten.“ Die bedarfsgerechte Versorgung mit Rettungshubschraubern sei gesichert und im Übrigen gelte: „Konstruktive Taten statt großer Worte sind gefragt!“¹⁷³ – Thaler diagnostizierte dann am 19. August in den Pinzgauer Nachrichten in der medizinischen Versorgung ein „Nord-Süd-Gefälle“, worauf Widrich natürlich wenige Tage später replizierte und u.a. vorrechnete, dass das Land z.B. für den Ausbau des Zeller Krankenhauses insgesamt 101,5 Millionen Schilling (=38,6% der Investitionen) übernommen habe und sich mit dem gleichen Schlüssel an der Sanierung der Krankenhäuser Mittersill und Tamsweg beteilige und wenn man noch das finanzielle Engagement für das Krankenhaus Schwarzach hinzu rechne, „erscheint es geradezu rätselhaft, wie man zur Schlussfolgerung gelangen kann, dass es im Bundesland Salzburg ein medizinisches Nord-Süd-Gefälle gebe“.¹⁷⁴



Bei der Angelobung von Grundwehrdienern des Österreichischen Bundesheeres

Naturschutzgesetz 1992

Neben den nun ausführlich beschriebenen Aktivitäten und Konflikten im Gesundheitsbereich bzw. in den landeseigenen Krankenanstalten, die wohl den Löwenanteil an Zeit und Energie der Landesrätin Widrich gebunden haben dürften, war sie auch für einen Teil des Geschäftsbereichs der Abteilung 16 verantwortlich, nämlich für den Naturschutz (der Umweltschutz fiel in die Verantwortung von Dr.Othmar Raus-SPÖ).¹⁷⁵ Mit dieser Thematik konnte man nun in den 80er Jahren im öffentlichen Meinungsklima durchaus mit wohlwollendem Interesse, aber auch mit hohen Erwartungen rechnen. Hatte doch in vielen Ländern Europas der Diskurs über Ökologie an Bedeutsamkeit und Dynamik gewonnen und die innovative und optimistische Formel von der „ökologischen Modernisierung“ weckte Hoffnungen, dass man die verschiedenen gegeneinander laufenden Dynamiken von Entwicklung, Wachstum und Naturverbrauch irgendwie harmonisieren könnte.¹⁷⁶



Besuch der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie Dr. Maria Rauch-Kallat in Salzburg

Auch die Salzburger Landespolitik konnte sich dieser Bewegung nicht entziehen, ganz im Gegenteil: neue politische Gruppen (Bürgerinitiativen und Bürgerliste) setzten Fragen der Ökologie – ob nun von der offiziellen Politik gewollt oder nicht – nachdrücklich auf die öffentliche Agenda und obzwar Wilfried Haslauer sen. allgemein als „Mann der Wirtschaft“ (mit wenig Geduld und Sympathie für Natur- und Umweltschutz) apostrophiert worden war, setzte er andererseits mit der Förderung des Nationalparks Hohe Tauern und der Verhinderung des Baus eines Großkraftwerks im Nationalparkbereich doch wesentliche und folgenreiche Akzente in diesem Politikfeld.¹⁷⁷ Umso mehr mussten die radikal geänderten Prioritäten überraschen, die nun der neue Landeshauptmann Hans Katschthaler mit seiner Regierungsmannschaft ankündigte. Er setzte in seiner Antrittsrede „Ökologie – Umwelt, Naturschutz, Verkehr, Raumordnung“ an die erste Stelle, womit er „die Wertskala der künftigen Landespolitik zum Ausdruck“ bringen wollte. „Für die Landesregierung ist die Bewältigung der Umweltprobleme vorrangige Aufgabe... Natur- und Umweltschutz galten vor nicht allzu langer Zeit noch als alternative Werte. Heute gehören sie zum weithin anerkannten Werte- und Normbereich. Wir verstehen heute den Eigenwert der Natur, wir bekennen uns dazu, dass die `Orientierung des Habens´ durch eine `Orientierung des Seins´ abgelöst wurde.“¹⁷⁸ Als ein konkretes Vorhaben in diesem Bereich kündigte er u.a. die Novellierung des Naturschutzgesetzes von 1977 an.

Welch´ ein Entree für die für Naturschutz zuständige Landesrätin! Ausgestattet mit so vielen ökologischen Segnungen sollte und konnte sie gleich loslegen, wobei sie sich das Sachwissen in diesem Feld – wie sie später eingestand¹⁷⁹ – erst erarbeiten musste. Jedoch gaben das Tempo zunächst ohnehin die verschiedenen Interessenträger vor, denn bereits wenige Wochen nach Amtsantritt brachten vier SPÖ-Abgeordnete im Landtag einen ausführlichen Antrag auf Novellierung des Salzburger Naturschutzgesetzes aus dem Jahre 1977 ein.¹⁸⁰ Man habe ja schon im Juli 1986 einen ähnlichen Antrag eingebracht – so wurde betont –, diesen aber wieder zurückgezogen,

um den ersten Erfahrungsbericht der damals neu etablierten Landesumweltanwaltschaft abzuwarten. Dieser liege nun vor und es wurde im Antrag gleich eine Reihe von Einzelforderungen formuliert, die bei der allseits gewünschten Novellierung berücksichtigt werden sollten. Die wichtigste Neuerung sollte darin bestehen, dass eine lange Liste von die Natur betreffenden Maßnahmen, die bisher lt. § 20 des alten Gesetzes¹⁸¹ nur „anzeigepflichtig“ waren (d.h. die Naturschutzbehörde konnte in diesen Fällen bisher innerhalb von drei Monaten per Bescheid untersagen = sog. „Anzeigepflicht mit der Möglichkeit der Untersagung“), die sollten nun „bewilligungspflichtig“ werden, was auf eine deutliche Verschärfung hinaus lief.

Trotz dieser frühen Initiative sollte es dann mehr als ein Jahr dauern, bis Gerheid Widrich einen ersten Entwurf für ein neues Gesetz vorlegte. Um den ursprünglich wesentlich strenger formulierten Beamtenentwurf hatte es – wie die Landesrätin gestand – schon ein internes Ringen mit Vertretern der Bauern und der Wirtschaft gegeben, worauf zahlreiche Bestimmungen abgemildert worden seien. Sie komme halt – wie Widrich um Verständnis heischend ihren begrenzten innerparteilichen Handlungsspielraum eingestand – aus einer Partei, „der die Bauern und die Unternehmer nahestehen“ und so habe man z.B. die Bewilligungspflicht nur auf die „schweren Brocken“ beschränkt, nämlich auf die Anlage oder Erweiterung von Steinbrüchen, Sand-, Kies-, oder Schottergruben, auf Abbau von Bodenschätzen, die Errichtung von Camping-, Golf- und Flugplätzen, von Skiliften und Skipisten usw.. Für kleinere Maßnahmen sollte nur die „Anzeigepflicht“ gelten (damit spare man auch Kosten und Bürokratie). Wer Natur quasi ständig „verbraucht“ (Abbau von Schotter o.ä., Energiegewinnung aus Wasser, Schneekanonen, nicht aber Skilifte), werde mit einer Naturschutzabgabe belegt, die den Landwirten für naturnahe Bewirtschaftung oder für einen Nutzungsverzicht zu gute kommen soll („Vertragsnaturschutz“).¹⁸² Der zuletzt genannte Punkt wurde vor allem von Vertretern der Bauernschaft begrüßt, befürchtete man doch die drohende Gefahr, dass

die Gesellschaft angesichts der zunehmenden Urbanisierung – so etwa ein Autor im „Salzburger Bauer“ – „...über Naturschutzgesetze sich im ländlichen Raum eine heile Umwelt erhalten will, im eigenen Wirtschafts- und Lebensbereich aber kaum zu Einschränkungen zugunsten der Umwelt bereit ist.“ Eine Zunahme des aufgezwungenen „hoheitlichen“ Naturschutzes bedrohe so grundsätzlich die bäuerliche Existenz und die Erweiterung des auf Freiwilligkeit beruhenden „Vertragsnaturschutzes“ (ähnlich wie in Holland, der Schweiz, in Vorarlberg und jüngst auch in Oberösterreich). Dieser könne dem entgegen wirken und die Motivation der Betroffenen erhöhen.¹⁸³ Um insbesondere unter den von diesem Gesetz am unmittelbarsten betroffenen Bauern möglichst breite Informationen zu streuen und zu werben, wurden vom Landespressebüro gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer in den einzelnen Gauen gut besuchte Podiumsdiskussionen organisiert (besetzt neben Widrich mit wechselnden Mitdiskutanten), bei denen auch kritische Einwendungen und Bedenken thematisiert werden konnten.¹⁸⁴

Schließlich wurde die Regierungsvorlage am 3. Juli 1991 dem Landtag zugewiesen, sodass diese im Herbst im zuständigen Ausschuss beraten werden konnte. Bereits zu diesem Zeitpunkt war allen Interessierten klar, dass mit dieser Vorlage noch lange nicht das Ende der Debatte erreicht sein würde. Schon bei der Vorlage des ersten Entwurfs im Juli 1990 hatte Josef Bruckmoser in einer SN-Glosse auf ironische und leicht spöttische Weise darüber reflektiert, dass hier offenbar „die `harten Männer´ der Wirtschaft...den Blumengarten ihrer `grünen´ Wirtschaftsband-Frau Gerheid Widrich ganz schön gerupft“ hätten. Die gelernte Ärztin hätte daher manch „gutes Rezept zur Heilung der wunden Wiesen und Wälder“ wieder „im Arzneischrank ihrer beamteten Naturschützer verschwinden lassen“. Die Begutachtung werde daher – so vermutete der Schreiber – für die Wirtschaft wohl noch ein paar „zusätzliche Wermutstropfen“ bringen. Vielleicht hoffe Widrich „sogar insgeheim selbst auf verschärfende Gesetzeszutaten aus den anderen Landtagsfraktionen. Denn dass der Natur mit einem Placebo nicht mehr zu helfen ist, weiß die Doktorin der Medizin nur allzu gut.“¹⁸⁵

Tatsächlich hatte sich bis zur Vorlage des Regierungsentwurfs z.B. in der zentralen Streitfrage Bewilligungspflicht versus Anzeigepflicht (mit oder ohne Untersagungsmöglichkeit) eine starke Gegengruppe formiert: SPÖ, Landesumweltanwaltschaft, Bürgerliste, Arbeiterkammer und alle im Naturschutz tätigen Organisationen forderten strikt, dass künftig alle die Natur beeinträchtigenden Maßnahmen bewilligungspflichtig werden sollten. Wirtschaft, Bauernvertreter (aus Angst vor überbordenden hoheitlichen Eingriffen) und auch die Landesrätin (Warnung vor überwuchernder Bürokratie und damit Zeitverlust) konnten diesen Ambitionen weniger abgewinnen bzw. es war klar, dass es im Landtag darum gehen würde, in detaillierten Verhandlungen (bei denen Experten volles Rederecht haben sollten) erträgliche und praktikable Kompromisse zu finden. Für die Hauptstoßrichtung – Schutz der Natur – war ein breiter Konsens anzunehmen.

Wenige Tage vor Beginn der Ausschussberatungen Mitte Oktober setzte dann das obligate Säbelrasseln ein. Die sich als ökologische Speerspitze verstehende Bürgerliste versprach ein besonders hohes Engagement und reichlich forsch – zumindest in verbaler Hinsicht – gingen es auch die SPÖ-Abgeordneten Ricky Veichtlbauer und Ing. Ernst Längauer in einem Pressegespräch am 14. Oktober an: Widrichs Vorlage sei ein „Flop!“. Der vorgelegte Entwurf für ein neues Naturschutzgesetz schütze weniger die Natur, „sondern die Ressortchefin vor Heckenschützen in den ÖVP-nahen Interessenvertretungen“. Unbedingt müsste die Liste der bewilligungspflichtigen Maßnahmen deutlich verlängert, der Vertragsnaturschutz ausgeweitet und finanziell besser dotiert werden und die Großverbraucher von Natur wie „Schotterbarone“, Liftgesellschaften und Energieproduzenten wären – wie ja ursprünglich vorgesehen – über eine Naturschutzabgabe finanziell in die Pflicht zu nehmen. Insgesamt betrachte man – so die beiden Abgeordneten – die Vorlage als ein „fast bis zur Unkenntlichkeit abgeräumtes Skelett eines Gesetzes, das eigentlich Natur und Landschaft, nicht das parteiinterne politische Überleben der Naturschutzlandesrätin schützen sollte!“¹⁸⁶

Am 16. Oktober beschloss dann der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss des Landtags einstimmig, wegen des Umfangs und der Kompliziertheit der Materie einen eigenen Unterausschuss einzusetzen und die Fraktionen gingen nun mit Verve daran, sich an der Regierungsvorlage abzuarbeiten bzw. möglichst große Teile der eigenen Vorstellungen in das kommende Gesetz hinein zu reklamieren: So plädierte z.B. Christian Burtscher für „eine grundlegende Umschreibung“ des seiner Meinung nach in dieser Form abzulehnenden Entwurfs und er stellte 60 bis 70 Abänderungsanträge in Aussicht; die SPÖ wünschte sich – neben den schon erwähnten Forderungen – vor allem eine kräftige Naturschutzabgabe und auch die FPÖ stellte zahlreiche Abänderungsanträge in Aussicht und verwahrte sich u.a. gegen die im Gesetzesentwurf vorgesehene Möglichkeit, kompensatorisch Abstandszahlungen zu leisten, denn das könnte auf einen „ökologischen Ablasshandel“ hinauslaufen und die ÖVP wies schließlich auf die zu erwartenden wesentlichen Verbesserungen hin, warnte vor ständig steigenden bürokratischen Belastungen (im Falle einer zu starken Ausweitung der bewilligungspflichtigen Materien) und bei der Naturschutzabgabe sei man ohnehin geschäftsbereit.¹⁸⁷

Ende Februar 1992 schloss der Unterausschuss nach insgesamt acht Verhandlungstagen (mit insgesamt 45 Sitzungstunden) und der Behandlung von 108 Abänderungsanträgen (62 BL, 38 SPÖ, je vier von FPÖ und ÖVP) seine Beratungen ab. Trotz sachlicher Differenzen waren offenbar alle Beteiligten um ein „sehr tragfähiges, konstruktives Klima bemüht“, wie die Landesrätin erleichtert feststellte. Es sei ihr gelungen, drei wesentliche Ziele durchzusetzen, nämlich akut gefährdete Lebensräume zu schützen, mehr Partnerschaft durch eine starke gesetzliche Verankerung des Vertragsnaturschutzes und weniger Bürokratie. Erweitert wurden die bewilligungspflichtigen Maßnahmen, verbessert wurde der Biotopschutz (als Voraussetzung dafür war ein Biotopkataster zu erarbeiten) und insgesamt sollte es höhere Förderungen geben. Eingeführt wurde nun doch eine Schmalspur-

version von „Naturschutzabgabe“ (§ 56), über deren Dimension bis zuletzt hart gefightet wurde. Bei der Festsetzung der Höhe (1.- Schilling pro Tonne Schotter, 4.- pro Kubikmeter Torf) hatten sich VP und FP gegenüber SP und BL durchgesetzt. Diese wollten höhere Beträge vorschreiben. Einstimmig beschlossen wurde im Unterausschuss auch die parallel diskutierte Aufwertung der Landesumweltschutzbehörde, die nun bei naturschutzbehördlichen Verfahren Parteienstellung erhielt und die ab nun auch den Verwaltungsgerichtshof anrufen konnte.¹⁸⁸



Mit Landesrat Bertl Göttl, 1990

So verlief auch die Debatte im Landtag über die Naturschutzgesetz-Novelle 1992¹⁸⁹ insgesamt relativ friedlich, nur die Bürgerliste war enttäuscht und schlug schärfere Töne an: Nachdem die ressortzuständige Landesrätin die Zusammenarbeit gelobt hatte und stolz vermeldete:

„...wir können dieses Gesetz herzeigen. Es gibt in ganz Österreich kein besseres“¹⁹⁰, stimmte auch der SPÖ-Redner (Längauer) – obzwar gedämpft – in das Lob ein (der früheren Vorlage hätte man keinesfalls zustimmen können), um sich im gleichen Atemzug scharf gegen Burtscher zu stellen, der ihm vorgehalten habe, dass er 35 Anträge gestellt und diese aber alle wieder zurück gezogen hätte. So laufe eben konstruktive und pragmatische Arbeit – so Ernst Längauer – im Gegensatz zum fundamentalistischen Verhalten der Bürgerliste. Diese sehe nur das Grundsätzliche und nicht das Machbare.¹⁹¹ – Zufrieden auch Dr. Robert Thaller von der FPÖ: Sei es doch gelungen, den Kern dieses Naturschutzgesetzes, „der zwischen die Mühlsteine der ÖVP geraten war, wieder mit neuem Fruchtfleisch zu umgeben, Frau Landesrätin und Sie lachen jetzt mit Recht über das ganze Gesicht. Das wichtigste Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses war (sic!), dass die Verteilung der Lasten des Naturschutzes eine gerechte ist“.¹⁹² – Grundsätzlich unversöhnlich allein die Bürgerliste, denn dieses Gesetz – so Burtscher – hätte sich nicht darin erschöpfen dürfen, das eine oder andere Biotop zu schützen, sondern Ziel müsse sein, „eine weitest mögliche Rücksichtnahme auf die Natur insgesamt und eine naturnahe Bewirtschaftung auf der gesamten Fläche unseres Bundeslandes. Davon allerdings sind wir weit, sind wir sehr weit, entfernt.“ Zwar wurde manche Verbesserung erzielt, klar abzulehnen wäre aber z.B. die Höhe der Schotterabgabe, „die von ihrer Dimension her eine glatte Provokation für jene ist, die von Naturschutz etwas verstehen.“ In Vorarlberg z.B. wäre sie bedeutend höher.¹⁹³

Erik Loos, Leiter des Referats für Naturschutzrecht beim Amt der Salzburger Landesregierung bezeichnete die Novelle hingegen als „Quantensprung“, der dem unter einem besonderen Siedlungs- und Nutzungsdruck stehenden Bundesland adäquat wäre.¹⁹⁴ Die von der Landesrätin und auch der Landeskorrespondenz geäußerte Meldung, dass der Vertragsnaturschutz in Salzburg als erstem Bundesland gesetzlich verankert worden sei¹⁹⁵, dürfte etwas über das Ziel hinausgeschossen haben. Laut Loos fanden sich damals

schon vergleichbare Ansätze und Bestimmungen in den Zielparagrafen der einschlägigen Gesetze in Vorarlberg, Kärnten und Bayern¹⁹⁶, offensichtlich aber nicht so detailliert und elaboriert wie in Salzburg.

Dass die Umsetzung bzw. gewisse Bestimmungen des neu gefassten Naturschutzgesetzes in den folgenden Jahren auch auf Kritik stießen, sei nur der Vollständigkeit halber noch angeführt. So fanden sich immer wieder besorgte Stimmen, die davor warnten, sich allzu sehr auf den vielgelobten Vertragsnaturschutz zu verlassen. Dieser könne eine aktiv betriebene Naturschutzpolitik nicht ersetzen, sondern bestenfalls ergänzen.

Besonders heftig umstritten sollte dann z.B. anlässlich der Konflikte um ein Steinbruchprojekt in Fuschl der § 48, Abs. 2 sein, der im Falle von ökologisch problematischen Vorhaben die Möglichkeit von „Ausgleichsmaßnahmen“ vorsah. Obzwar diese Möglichkeit per Gesetz an Kriterien gebunden wurde (die Ausgleichsmaßnahmen müssten eine Verbesserung bringen, welche „die nachteiligen Auswirkungen der beabsichtigten Maßnahmen erheblich“ überwiegen), tauchte in diesem Zusammenhang – zu Recht oder Unrecht – der Verdacht von drohendem „Ablasshandel“ auf dem Rücken der Natur auf und die Befürchtung, dass man sich Ausnahmen „kaufen“ könne. Manfred Perterer brachte im Zug der Debatten um den erwähnten Steinbruch in Fuschl das Grundproblem auf den Punkt: „Eine falsche Maßnahme wird auch durch Abgeltung nicht richtiger. Das heißt: Wenn es falsch ist, einen Steinbruch mitten in eine Erholungslandschaft zu setzen, dann ist es einfach falsch.“¹⁹⁷

Die Landesrätin für Naturschutz war jedenfalls ein Jahr nach Einführung des Vertragsnaturschutzes in Salzburg mit der Entwicklung sehr zufrieden: das Land wende dafür pro Jahr 13 Millionen Schilling auf, überwiegend für „Mähprämien“ (d.h für extensive Bewirtschaftung von Feuchtfeldern und Magerwiesen) und die Erhaltung von Feuchtbiotopen und auch alten Obstgärten und bereits jeder elfte Salzburger Bauer habe schon einen Vertrag!¹⁹⁸



Mit Dipl.Ing. Friedrich Mayr-Melnhof beim Ameisenschutz

Naturschutz hautnah – ausgewählte Konflikte

Die Beratungen um das Naturschutzgesetz waren also von einem hohen Maße an Pragmatismus und Konsenswillen geprägt gewesen. Um nun einen Eindruck darüber zu vermitteln, wie heftig jedoch Konflikte um Ökologie und Naturschutz ausgefochten wurden, wenn es um die praktische *Umsetzung* ging, seien einige Streitfälle aus jenen Jahren etwas näher betrachtet.

Einer der zeitlich am weitesten zurückreichenden Konflikte war der um das berühmte Rotsternige Blaukehlchen im Hundsfeldmoor am Obertauern. Das Vorkommen dieser sonst nirgends mehr in Mitteleuropa nachweisbaren seltenen Vogelart wurde im Jahr 1975 entdeckt und seit 1981 bemühten sich u.a. die Alpenschutzkommission des World Wildlife Fund, der amtliche Naturschutz, der Österreichische Naturschutzbund und die Umweltschutzgesellschaft den Lebensraum dieses seltenen Vogels zum Naturschutzgebiet zu erklären. Das ökologisch wertvolle und teilweise noch Eiszeitrelikte aufweisende Hundsfeldmoor liegt aber inmitten eines intensiv genutzten Fremdenverkehrsgebietes und Spannungen und Konflikte zwischen gegenläufigen Nutzerinteressen waren daher unvermeidlich, die zu einem zähen Ringen zwischen Naturschutz und Wirtschaftsinteressen, zwischen den Gemeinden Tweng und Untertauern und der Landespolitik führten. Die Salzburger Landesregierung fasste dann 1984 einen Grundsatzbeschluss, dem Schutz des Lebensraums dieses seltenen Vogels Vorrang gegenüber anderen Interessen einzuräumen. Das rief damals eine Unzahl an Zuschriften aus dem In- und Ausland hervor, die diesen Schritt begrüßten und auch andere, die emotionale Kritik an der Beschränkung des Fremdenverkehrs übten. Schließlich wurde das Hundsfeld 1991 zum Naturschutzgebiet erklärt.¹⁹⁹ Dafür hatte sich der als Landesrat früher für den Naturschutz zuständige und jetzige Landeshauptmann Hans Katschthaler massiv eingesetzt.



Nachschau im Naturschutz: Mit Gertrude Friese und Büroleiterin Rosmarie Drexler (von links)

Zuvor war es noch Widrichs Aufgabe gewesen, unterstützt von ihren Fachbeamten, die konkrete Ausdehnung des Naturschutzgebietes festzulegen. Nach eineinhalb jährigen Verhandlungen sei es ihr gelungen „in hartem Ringen“ – so Widrich – erfolgreich „die Abgrenzung des Naturschutzgebietes auszuhandeln“.²⁰⁰ – Die konkrete Probe aufs Exempel sollte aber bald folgen: Die Fremdenverkehrs-Anlagen-Gesellschaft plante nämlich eine Erweiterung der bestehenden Sporthalle und wollte daher im Hundsfeld etwa 20 Meter in den Moorbereich hinein bauen. Die Landesrätin gab sich zunächst „aufgeschlossen“. Wenn die Halle für Obertauern „eine absolute Notwendigkeit“ darstelle und „die Natur nicht allzu arg in Mitleidenschaft gezogen wird, kann eine Ausnahme erteilt werden“. Nach der Abwägung der Interessen sei das Bauen auch in Naturschutzgebieten möglich. Sie werde aber ihren Experten nicht vorgreifen und sich die Sache persönlich anschauen.²⁰¹ Schließlich folgte aber Widrich den schwerwiegenden Argumenten ihrer Fachbeamten und erteilte nach einem Lokalausweis dem Hallenprojekt eine klare Absage.²⁰² Das war nun eine Entscheidung, die bei den Betroffenen teilweise auf heftigste Ablehnung stieß. Besonders

brachial und untergriffig gerierte sich ein Komm. Rat Kirchner – seines Zeichens Hotelier in Obertauern und zudem hoher Funktionär des ÖVP-Wirtschaftsbundes –, der Widrich öffentlich vorwarf, sie sei gegen die Wirtschaft aufgetreten und hätte sich um deren Interessen nicht gekümmert, sondern nur die Vögel schützen wollen. Im Anschluss an eine Sitzung musste sie zudem von ihm geäußerte „persönliche Bedrohungen“ über sich ergehen lassen.²⁰³

Wie sehr in jenen Jahren Fragen des Landschaftsverbrauchs insbesondere von geschützten Flächen von Teilen der Bevölkerung kritisch kommentiert wurden, sei exemplarisch anhand der folgenden Beispiele demonstriert. Zunächst eine Entscheidung, die nur auf Ebene der politischen Eliten für Irritation sorgte und in der Bevölkerung auf wenig Resonanz stieß: Der Betreiber der Tennisanlage „Alpentennis“ am Nordufer des Zeller Sees beantragte 1992 eine deutliche Ausweitung seiner Anlage, wodurch ein Teil des ausgewiesenen Naturschutzgebietes in Prielau zerstört worden wäre. Naturschutzlandesrätin Gerheid Widrich lehnte das Projekt aus ökologischen Gründen strikt ab, denn das Areal liege im Seenschutz- und Landschaftsschutzbereich und zudem in einem Feuchtgebiet. Auch sei kein öffentliches Interesse nachgewiesen. Die Gegenargumentation der Befürworter zeigte, wie flexibel (oder sollte man besser sagen, beliebig?) mit der Formel vom „öffentlichen Interesse“ umgegangen werden konnte. Landesrat Dr. Karl Schnell (FPÖ) sprang dem Antragssteller (zufällig auch FPÖ-Stadtparteiobmann in Zell am See) zur Seite, indem er darauf hinwies, dass im Konflikt um die Erweiterung der Golfanlage in Salzburg Kleßheim (siehe dazu später) die Abwägung zwischen Naturschutzgedanken und wirtschaftlichen Interessen sehr wohl eine Rolle spiele und dass es in Zell – im Unterschied zur Stadt Salzburg – auch keinen Widerstand in der Bevölkerung gäbe und er erwarte sich daher, diese Rücksicht auch in diesem Falle. Auch Bürgermeister Walter Thaler (SPÖ) meinte, dass sich die Gemeinden Zell und Maishofen für das Vorhaben ausgesprochen hätten

und damit liege wohl ein „öffentliches Interesse“ vor. Nachdem die Bezirkshauptmannschaft negativ beschieden hatte, musste als nächsthöhere Instanz die Landesregierung entscheiden. Hier stimmten nur Katschthaler und Widrich gegen die Ausnahmegenehmigung und sie blieben damit in der Minderheit.²⁰⁴ (Die beiden anderen VP-Landesräte waren offenbar dafür oder enthielten sich der Stimme?) – Die Landesumweltanwaltschaft behielt es sich noch vor, die Causa vor dem Verwaltungsgerichtshof erneut aufzurollen.

Ungemein breite Emotionen weckten hingegen die bis in die 70er Jahre zurückreichenden Pläne des Golfclubs Kleßheim, die bestehende 9-Loch-Anlage auf 18 Loch zu erweitern. Gegen dieses Vorhaben traten vehement die Landesumweltanwaltschaft (Dr. Eberhard Stüber), der Österreichische Naturschutzbund (ÖNB) und eine (publizistisch von der Kronenzeitung unterstützte) Bürgerinitiative auf, die in wenigen Monaten – nach eigenen Angaben – mehrere Tausend Protestunterschriften gesammelt hatte. Die wichtigsten Einwände der Ablehner: durch diese Platzerweiterung gingen Teile des Landschaftsschutzgebietes „Siezenheimer Au“ verloren, das Land dürfe daher keinesfalls Flächen verpachten; Golf sei zudem „ein unsozialer Modersport auf Zerstörungsfeldzug in unserer Natur- und Kulturlandschaft“ (ÖNB), der nur einer Minderheit zugute komme und die Bewegungsfreiheit der Erholungssuchenden in Siezenheim würde eingengt.²⁰⁵ – Der Golfclub erwiderte, dass man nur minimale 20 Hektar des insgesamt 800 Hektar großen Landschaftsschutzgebietes als Erweiterungsgebiet benötige und dass das fragliche Gebiet gegenwärtig (weil aus Wiesenflächen bestehend) gar nicht öffentlich zugänglich sei und durch den Golfplatz qualitative aufgewertet würde.²⁰⁶ In seiner Antwort auf eine Landtagsanfrage (BL) räumte dann der Landeshauptmann ein, dass es schon im Frühsommer 1990 mit Vertretern des Golfclubs Gespräche gegeben habe, bei denen seitens des Landes „die grundsätzliche Bereitschaft einer Verpachtung von Landesgrundstücken“ geäußert worden sei.²⁰⁷

Die Golfplatzgegner heulten erneut auf, sahen sie doch darin ein vor-schnelles Entgegenkommen seitens des Landeshauptmannes. Im April 1991 legte dann der Golfclub – nach ausführlichen Gesprächen mit den Gegnern, wie betont wurde – ein radikal überarbeitetes Konzept vor, das zwischen Naherholung und Sport einen Kompromiss darstellen sollte. Wesentliche Punkte daraus: Die bisherige Übungswiese vor dem Schloss sollte verlegt und damit allgemein zugänglich gemacht werden, weitere Wege sollten angelegt und ein Bach renaturiert und eine störende Stromleitung verkabelt werden und anderes mehr.²⁰⁸ Überraschenderweise wurde dieses – durch die Änderungen qualitativ zweifelsohne aufgewertete – vom Amtssachverständigen für Naturschutz aber trotzdem abgelehnte („nicht genehmigungsfähig“) Projekt, von der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung doch genehmigt und zwar mit der Begründung, das ablehnende Gutachten sei „nicht schlüssig gewesen“ und das volkswirtschaftliche Interesse habe gegenüber dem des Naturschutzes überwogen.²⁰⁹

Nachdem der Landesumweltanwalt dagegen berief, landete der Streitfall auf dem Tisch der Regierung, wobei die frühere Festlegung des Landeshauptmannes (solange die Gemeinde Wals-Siezenheim gegen eine Erweiterung eingestellt sei, werde das Land keinen Grund verpachten) die verwickelte Sache noch weiter kompliziert haben dürfte.²¹⁰ Gerheid Widrich wurde dann von den Golfplatz-Gegnern genau beobachtet, ob sie das anhängige Verfahren irgendwie zu beeinflussen versuchte. Wir haben keine Hinweise, die dafür sprechen würden. Mit ihrer Sympathie für das neu konzipierte Projekt hielt sie aber offenbar nicht hinterm Berg. So fragte sie ihr Regierungskollege Karl Schnell per Brief, „aus welchen Gründen Sie bereits vor Beginn eines behördlichen Verfahrens Zusagen über die geplante Erweiterung machen konnten“. Ihn wundere das, habe sie doch im Falle des vorhin erwähnten Ansuchens in Zell am See erklärt, „dass für Sie wirtschaftliche Interessen keine Rolle spielen würden“.²¹¹ Sie erwiderte darauf, dass sie „prinzipiell in behördliche Verfahren nicht ein-

schreite oder Weisungen erteile...“²¹² – Widrich beeilte sich aber dann schon am Tag nach der mündlichen naturschutzrechtlichen Verhandlung mit Nachdruck zu betonen, dass die Genehmigung nur unter der Prämisse gegeben werden könne: „Strengste Auflagen und gleichzeitige Öffnung des Areals für die Bevölkerung“.²¹³ – Im ORF-Interview meinte sie – ebenfalls am 3.12.: „Ich kann mir vorstellen, dass das Verfahren in 2. Instanz, also beim Land, positiv ausgeht, weil ganz wesentliche Verbesserungen für die Bevölkerung ausgehandelt wurden...“²¹⁴



Mit dem Walser Bürgermeister Ludwig Bieringer und NR-Abg. Dr. Günter Stummvoll

Laut Kronenzeitung herrschte aber bei der Initiative gegen die Erweiterung des Golfplatzes Kleßheim über Widrichs Äußerungen „Empörung“, denn „jetzt `dachte´ die Chefin des Landes-Naturschutzes bereits vor dem Spruch der Landes-Behörde laut und – für ihre Untergebenen unüberhörbar – im ORF über die Bewilligung des Platzes auch in ihrer Instanz nach. Die

empörten Bürger: `So wird jedes Verfahren zum Kaspertheater´! Hier entscheiden die Politiker gegen den Willen von 6.000 Bürgern, die gegen das Projekt unterschrieben haben. Und zugunsten einer kleinen, aber einflussreichen Lobby von Golfern.“²¹⁵ – Massiv auch die Vorwürfe gegen LH Katschthaler, dem u.a. „Wortbruch“ und „Betrug“ vorgeworfen wurde²¹⁶, Anschuldigungen, die er in einem sechsseitigen Brief Ende Jänner mit soliden Argumenten zu entkräften suchte. Wahrscheinlich vergeblich...²¹⁷

Nachdem die für Naturschutz zuständige Landesrätin in der Folge also mehrfach für einen positiven Bescheid argumentiert hatte²¹⁸, genehmigte dann die Landesregierung den von der federführenden Abteilung 16 vorgelegten Bescheid-Entwurf für die Erweiterung des Golfplatzes Kleßheim mehrheitlich positiv (nur Karl Schnell hatte sich dagegen ausgesprochen). Folgende Gründe wurden dafür angeführt: Änderung des Projekts, wodurch wertvolle ökologische und landschaftsästhetische Bereiche geschont würden; Vorschreibung zahlreicher Auflagen; umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen wurden angeboten; öffentliches Interesse.²¹⁹ – Die gegen den Ausbau stets kritisch eingestellte Kronenzeitung reagierte auf diese Entscheidung mit der ebenso blumigen wie lakonischen Schlagzeile: „Neun neue Löcher für Kleßheim: Rückschlag für den Naturschutz“.²²⁰ Die Umweltanwaltschaft kündigte daraufhin prompt die Berufung beim Verwaltungsgerichtshof an. Ähnliches hatten die Golfplatzbetreiber für den Fall der Ablehnung ihrer Wünsche durch die Regierung in Aussicht gestellt.²²¹

Hohe Wellen schlugen auch die Pläne, in der Lungauer Gemeinde St. Michael einen Golfplatz zu errichten. Dieser sollte in unmittelbarer Nähe zum geschützten Landschaftsteil „Saumoos“ situiert werden. Nun waren im Sommer des Jahres 1990 die Fragen, ob und wie viele und wo man Golfplätze im Land Salzburg anlegen sollte, grundsätzlich heftig umstritten. Die Fremdenverkehrswirtschaft und auch die jeweils ihre Gründe verachtenden Bauern waren dafür eingestellt, während sich Umweltschützer

– wie wir am Beispiel Kleßheim beobachten konnten – reserviert bis kämpferisch ablehnend verhielten. Am schärfsten der Naturschutzbund, der – wie gezeigt – Golf als „unsozialen Modesport“ ablehnte und grundsätzliche Blockaden ankündigte.²²² Auch der Naturschutz-Landesrätin war dieser Boom nicht ganz geheuer. Die Genehmigung von Golfplätzen werde nach dem gerade in Begutachtung befindlichen neuen Naturschutzgesetz – anders als bisher – bewilligungspflichtig, wie sie Anfang August 1990 in einer Aussendung der Landeskorrespondenz mitteilte. Ein unkontrollierter Ausbau von Golfplätzen müsse gestoppt werden und man sollte ein Gesamtkonzept erstellen, in dem wirtschaftliche und ökologische Aspekte zu berücksichtigen wären.²²³ Auch der Umweltschützer und der Zeller Bürgermeister Walter Thaler forderten für die Übergangszeit bis zum Inkrafttreten des neuen Naturschutzgesetzes ein derartiges „Golfkonzept“ (das allerdings nie zustande kam), während der Sportsprecher der ÖVP Kammeramtsdirektor Wolfgang Gmahl vor einer undifferenzierten „Verteufelung der Golfplätze“ warnte.²²⁴ Vielsagend auch eine Schlagzeile in der Salzburger Wirtschaft: „Golf-Klassenkampf in Salzburg“.²²⁵

Für das „Saumoos“ schienen alle diese Ratschläge zu spät zu kommen, denn die Bezirkshauptmannschaft Tamsweg hatte dieses Vorhaben schon per Bescheid genehmigt, bzw. genauer gesagt – nachdem das noch gültige Naturschutzgesetz 1977 keine allgemeine Bewilligungspflicht vorsah –, bezog sich die Genehmigung nur auf 600 Quadratmeter des insgesamt 35 Hektar großen Geschützten Landschaftsteils. Als Kompensation dafür hatte der Golfplatzbetreiber angrenzende elf Hektar dazu gepachtet und für Naturschutzzwecke zur Verfügung gestellt und zusätzlich sollte noch ein alter Moormäander renaturiert werden. „Selbst die Landesumweltschutzbehörde, die in diesem Verfahren miteingebunden war und Parteienstellung hatte, hat nicht gegen den Bescheid...berufen“²²⁶, wie Widrich in einem Brief festhielt.

Die Golfplatzkritiker versuchten nun diese formalrechtlich offenbar abgeschlossene Causa mit inhaltlichen Argumenten und durch medialen Druck zu unterlaufen. Ohne hier alle Details und Wendungen im Verlauf des Jahres 1991 aufzeigen zu wollen, nur die wichtigsten Punkte: Ein Mitte 1990 erstelltes ornithologisches Gutachten kam zum Schluss, dass die Auswirkungen eines Golfplatzes auf die dortige Vogelwelt und dessen Brutgebiet in den umliegenden Wiesen eindeutig negativ einzuschätzen wären.²²⁷

Mitte Jänner 1991 wurden der Naturschutz-Landesrätin 2.252 Protestunterschriften überreicht (davon ca. 1.000 aus dem Lungau), worauf diese zwar einerseits den bekannten Rechtsstandpunkt wiederholte, aber versprach, prüfen zu lassen, ob es im Rahmen der Tierarten-Schutzverordnung eine Möglichkeit gebe, weitere schützende Maßnahmen zu setzen.²²⁸ – Ende Februar sprach sich auch die Landesgruppe Salzburg des Österreichischen Alpenvereins gegen das Golf-Projekt aus.²²⁹ – Landesumweltanwalt Stüber empfahl im Hinblick auf das erwähnte ornithologische Gutachten eine neuerliche Begehung des Geländes. Widrich wollte sich diesem Vorschlag nicht verschließen, ließ aber keinen Zweifel an der Rechtslage. Immerhin habe die Umweltschutzbehörde in dieser Sache nicht berufen, obwohl sie wusste, „dass ein Gutachten `Die Vogelwelt des Saumooses und seines angrenzenden Umlandes bei St. Michael im Lungau´ ausgearbeitet wird“.²³⁰ Ein überdeutlicher Hinweis auf Stübers folgenschweres Versäumnis! – Der von der Lungauer Bürgerinitiative als Rechtsbeistand engagierte Rechtsanwalt Dr. Gerhard Mory stellte in Aussicht, mit den Instrumentarien des Raumordnungsgesetzes die weit fortgeschrittenen Pläne noch durchkreuzen zu wollen.²³¹ – Bei der von Stüber angeregten gemeinsamen Begehung stellte sich dann heraus, dass der Projektbetreiber die ursprünglich beantragten 600 Quadratmeter aus dem geschützten Landschaftsteil gar nicht benötigt und damit hatte aber der Naturschutz formell jegliches Mitspracherecht verloren und auch die vorgeschriebenen Auflagen waren damit gegenstandslos geworden. Alle Wünsche und Ambitionen in Richtung Wiederaufnahme

waren damit hinfällig.²³² – Stüber legte dann ein von Experten des Naturhistorischen Museums in Wien verfasstes Gutachten vor, in dem die Unterschutzstellung des dem Saumoos vorgelagerten Wiesengeländes (von Oberbayrdorf in St. Margarethen bis zu den Baggerseen in St. Martin) als Naturschutzgebiet dringend empfohlen wurde²³³, woraus der Umweltschutzanwalt seine Forderung nach einer „Denkpause“ bzw. überhaupt dem Stopp der schon begonnenen Baumaßnahmen ableitete.²³⁴ – Diese Gedankenspiele wurden freilich ohne den „Wirt“, d.h. die dortigen Grundbesitzer gemacht, denn Ende Mai landete auf dem Tisch der Landesrätin ein geharnischter, von 34 betroffenen Grundbesitzern unterzeichneter Brief, der den oben genannten Plänen eine strikte Absage erteilte.²³⁵ – Am 4. Juni besetzte eine von Dr. Mory geführte (und von einem Kamerateam des ORF begleitete) Gruppe von Naturschützern vorübergehend das Büro der – nicht anwesenden – Landesrätin, um ihren Protest über den Verlauf der Causa „Saumoos“ öffentlich zu inszenieren.²³⁶ – Mit Schreiben und ausführlicher Begründung an Dr. Mory wurde schließlich von der Abteilung 16 mitgeteilt, dass der gewünschten Erweiterung des Schutzgebietes Saumoos nicht stattgegeben werden könne.²³⁷ – In einem Aktenvermerk an Widrich wurde festgehalten, dass bei einer Informationsveranstaltung über das Golf-Projekt vier Gegner ca. 200 Befürwortern gegenüber gestanden seien.²³⁸

Anfang November 1991 gab es erneut Aufregung und Protest, nachdem sich der Umweltschutzanwalt darüber bestürzt geäußert hatte, dass bei den laufenden Bauarbeiten unsensibel vorgegangen und die Bagger bis an die Grenze des geschützten Landschaftsteils und bis zum Grundwasser arbeiteten.²³⁹ Eine sofort angeordnete Begehung brachte aber zu Tage, dass diese Vorwürfe nicht zuträfen.²⁴⁰ – Am 18. November 1991 konnte dann endlich per Bescheid auch die noch ausstehende wasserrechtliche Bewilligung – versehen mit zahlreichen Auflagen – erteilt werden.²⁴¹ Dr. Mory hatte in diesem Verfahren in Vertretung zweier benachbarter Grundeigentümer ausführliche Stellungnahmen eingebracht. Nachdem seine

Mandanten aber die erteilten Vollmachten zurückzogen, liefen seine Einwendungen aus formalrechtlichen Gründen ins Leere.²⁴² – Im Juli 1993 war es dann endlich so weit. Das Pro-Golf-Camp Lungau-Katschberg (auf einer Fläche von ca. 70 Hektar) konnte feierlich eröffnet werden. „Wer sich den Golfplatz ansieht“ – so ein zufriedener Bürgermeister Reinhold Wahlhütter (SPÖ) – „muss zugeben, dass alles, was von den Gegnern in einer Art Schwarzmalerei prophezeit worden ist, letztlich nicht eingetreten ist“ und LHStv. Dr. Arno Gasteiger lobte die wichtige Infrastrukturverbesserung, welche die wirtschaftlich schwächere Region Lungau gut gebrauchen könne.²⁴³ Kritische Geister dürften das natürlich nicht so optimistisch gesehen haben...



*Mit Bundesministerin für
Umwelt, Jugend und Familie
Ruth Feldgrill-Zankel*

Zuletzt sei noch ein an sich quantitativ gesehen geringfügiger Konfliktfall beschrieben, anhand dessen aber gezeigt werden kann, wie zeitraubend und mühsam sich die Durchsetzung von naturschutzrechtlichen Vorgaben gelegentlich entwickeln konnte. Es geht um die in einer Interessengemeinschaft organisierten Dauercamper am Fenninger Spitz am Wallersee (Gemeinde Henndorf), bzw. genauer um die Frage, ob die ca. 180 Camper,

die sich dort in ihren Camping- und Wohnwägen dauerhaft und häuslich eingerichtet hatten, ihre Behausungen auch in den Wintermonaten dort belassen dürften. Der Streit darüber reichte mehrere Jahre zurück. Bereits im September 1985 war nämlich schon von der BH Salzburg-Umgebung ein ausführliches Gutachten in Auftrag gegeben worden, das den Behörden empfahl, „ein Verbleiben der Wohnwägen auf den Sommerstandplätzen des Campingplatzes Fenninger Spitz für die Zeit vom 1. November bis 31. März nicht zu bewilligen“.²⁴⁴ U.a. wurde damit argumentiert, dass der zwar im Sommer durch Pflanzenbewuchs (allerdings eben nur durch winterkahle Sträucher) gut verdeckte – übrigens zur Gänze in einem Landschaftsschutzgebiet liegende – Platz, im Winter voll einsehbar sei und das Landschaftsbild verschandle.

Die Wohnwägen sollten daher im Winter an einer uneinsehbaren Stelle zusammen geführt werden. – Der Sprecher der Interessengemeinschaft Kurt Steindl widersprach dem Gutachten zwar ausführlich²⁴⁵, jedoch ohne Konsequenzen. Das Problem rumorte aber weiter und beschäftigte auch den bis 1989 ressortzuständigen Landesrat Hans Katschthaler. Offenbar auf Drängen des Umweltanwalts kam es dann Ende September 1989 zu einer gemeinsamen Besichtigung (Teilnehmer neben Widrich und Stüber, Bürgermeister, Beamte und die Platzbetreiber) von drei Campingplätzen. Besucht wurden die Plätze Klampfer, Frauenlob und der am Fenninger Spitz, wobei letzterer aus der Sicht des Naturschutzes am problematischsten beurteilt wurde (zu dichte Stellplätze, zahlreiche feste Anlagen, Betonplatten am Boden, Zäune und verschiedenartige Bepflanzungen usw.).²⁴⁶ Aufgrund dieses Befundes dachte die Ressortverantwortliche offenbar daran, einen neuen Anlauf zur Sanierung dieses Problems zu wagen. „Durch das Abstellen von Campingwägen im Winter dürften keine Zweitwohngebiete entstehen“ – so teilte sie über die Landeskorespondenz mit – und erst wenn landschaftsästhetische und ökologische Gestaltungspläne für die Plätze umgesetzt würden, „könne sie dem Bestreben der Betreiber auf eine be-

fristete Abstellung der Campingwägen im Winter entgegenkommen“.²⁴⁷ Auch die Interessentengemeinschaft versprach ihre Mitwirkung in diesem Sinne.²⁴⁸ Die Wirklichkeit sah aber dann anders aus! Ein Mitarbeiter der Landesumweltanwaltschaft meldete nach einer Begehung am 21. November 1989, dass man sich bei den Campingplätzen in Zell am Wallersee und in Seekirchen an die Vorgaben gehalten hätte, der Platz am Fenninger Spitz aber vermittele nach wie vor „einen sehr unordentlichen Eindruck“ (verschiedenfärbige Plastikabdeckungen, vielfach noch Waschbetonplatten und Zäune usw.) und ein Großteil der Standplätze wäre – entgegen den am 29.9.1989 erteilten Auflagen – noch mit Campingwägen besetzt.²⁴⁹ Stüber drängte daher, man sollte „konsequent und hart durchgreifen“²⁵⁰, was aber offenbar nicht geschah.

Im Herbst des folgenden Jahres wiederholte sich das gleiche Spiel: Ende September sprach eine Abordnung der Dauercamper bei Widrich vor und erneuerte den Wunsch, die Wägen im Winter stehen lassen zu dürfen. Widrich gab sich überrascht, dass das Problem noch immer nicht gelöst sei und die Camper behaupteten, dass bisher weder mit ihnen noch mit den Betreibern eine „zielführende Besprechung“ (was auch immer das sein sollte) stattgefunden habe „und vor allem wurden bis jetzt keine schriftlichen Auflagen erteilt. Immer wurde uns nur mehr oder minder gerücheweise bekannt, dass einmal die Zäune, ein anderes Mal diverse Sträucher weggeräumt werden müssen.“ Widrich sicherte daraufhin eine neuerliche Begehung zu.²⁵¹ Im Spätherbst teilte die Landesrätin dann mit, dass die Wohnwägen – begrenzt auf zwei Jahre (um sicherzustellen, dass kein Zweitwohngebiet quasi ersessen würde) – im Winter stehen bleiben dürften, da bereits ca. 70% der „Verschandlungen“ entfernt worden seien und weitere Verbesserungen versprochen wurden. Dieses Einlenken war aber an die Bedingung geknüpft, dass bis zum 10. Jänner des folgenden Jahres vom Platzbetreiber ein neuer Stellplan eingereicht werde (der Platz war nämlich bisher hoffnungslos überfüllt), der naturschutzbehördlich zu ver-

handeln wäre und die neue Bepflanzung müsse bis zum 31. Mai realisiert sein.²⁵² – Im Herbst des folgenden Jahres (21.10.1991) kamen die Dauer-camper wieder zu Widrich und es erfolgte eine neuerliche Begehung, bei der festgestellt werden musste, dass „die anlässlich mehrerer von der Naturschutzbehörde verlangten Maßnahmen... in wesentlichen Teilen noch nicht erfüllt“ sind. Widrich wollte daher kein weiteres Entgegenkommen zeigen.²⁵³ Das weitere Agieren der Behörden können wir hier nicht rekonstruieren, ganz offenbar war aber vor allem der Betreiber des Campingplatzes – an ihn richteten sich ja die Auflagen – aus Kalkül nicht willens oder nicht in der Lage, die Realisierung der behördlichen Anweisungen in Angriff zu nehmen und durchzusetzen und dabei nahm er offenbar die aufgebrachten Camper quasi in „Geiselhaft“.

Im Herbst 1992 teilte der Betreiber dann den Campern immerhin mit, dass die Behörde die bisherige Kulanzlösung im Winter nicht mehr genehmige und man daher „entsprechend unserer vertraglichen Vereinbarung“ die Campingwagen entfernen müsse, „da andererseits mit der Einleitung von Verwaltungsstrafverfahren gegen Sie zu rechnen ist.“ Wer damit nicht einverstanden sei, solle sich an Widrich direkt wenden.²⁵⁴ Prompt bekam diese zahlreiche einschlägige Briefe, in denen u.a. ausgeführt wurde, dass man den Campern früher schon versprochen hätte, „dass allen Campern die Auflagen mitgeteilt werden, unter deren Voraussetzungen ein Stehenbleiben möglich ist. Dies ist bis heute nicht geschehen!“ Zahlreiche Auflagen wären seitdem erfüllt worden und man sei daher der Ansicht, dass „die Voraussetzungen für das `STEHENBLEIBEN´ gegeben sind!“²⁵⁵ – Widrich antwortete postwendend und zählte ihre bisherigen zahlreichen Bemühungen um einen Kompromiss auf. Eine gewisse Zahl an Wohnwägen könne ja im Winter an einer nicht einsehbaren Stelle am Campingplatz verbleiben, wenn der Betreiber ein entsprechendes Ansuchen stelle und die Naturschutzbehörde zustimmt. Nachdem aber kein Ansuchen gestellt worden sei, wären die Wohnwägen im Winter zu entfernen.²⁵⁶

Das Katz'- und Maus-Spiel setzte sich offenbar fort und kulminierte dann im Februar 1994 darin, dass die BH Salzburg-Umgebung per Bescheid vorschrieb, dass die Wohnwägen von ihren Sommerstellplätzen unverzüglich entfernt werden müssten, andernfalls Ersatzvornahmen angedroht wurden. Widrich bedauerte diese Eskalation, denn sie hätte sich in den vergangenen Jahren sehr um eine verträgliche Lösung bemüht und sei damit leider gescheitert. Über rechtskräftige Bescheide könne auch sie sich nicht hinwegsetzen. Diese richteten sich ja – wie ausdrücklich betont wurde – gegen den Betreiber des Campingplatzes (ihm allein gebühre der sprichwörtliche „Schwarze Peter“) und nicht gegen die Camper.²⁵⁷ Die Dauercamper zeigten aber an derart diffizilen juristischen Präzisierungen und der Frage nach den wahren „Schuldigen“ wenig Interesse und wischten diese einfach weg. Ihre pragmatische Position: „Nachdem zwischen der Naturschutzbehörde und den Campingplatzbetreibern Unstimmigkeiten bestehen, sollten diese nicht auf dem Rücken der Camper ausgetragen werden“.²⁵⁸ Sollte die BH mit der angedrohten Zwangsräumung ernst machen, würden „vor dem Sitz der Salzburger Landesregierung hundert Wohnmobile auffahren“, für die Landesregierung in Zeiten des gerade laufenden Landtagwahlkampfes eine alles andere als erstrebenswerte Perspektive...²⁵⁹

Bei einer Protestversammlung wurde dann einstimmig beschlossen, „dass die Wohnwägen am Standplatz verbleiben, weil die uns bekannten – schriftlich liegt nichts vor – Auflagen nahezu vollständig erfüllt wurden.“ An den künftigen Landtag werde man eine Petition richten, „dass alle notwendigen Maßnahmen bis hin zu einer allfälligen Gesetzesänderung getroffen werden, damit das unsinnige und naturzerstörende Wegschleppen der Wohnwägen entfallen kann.“²⁶⁰ Und ewig grüßt das Murmeltier...? Vorläufig zumindest ein Zwischensieg der Dauercamper.

Frauenpolitik

Funktionierende Demokratien zeichnen sich u.a. dadurch aus, dass sie imstande sind, neu auftauchende Themen und gesellschaftliche Problemlagen aufzunehmen, zu „bearbeiten“ und – im besten Falle – auch zu lösen bzw. in politisches Handeln umzusetzen. Die politisch-administrativen Systeme vor allem in repräsentativen Demokratien zeigen dabei freilich eine gewisse Trägheit, reagieren sie doch meist verzögert. Die Karriere des Themas „Frau in Politik und Gesellschaft“ kann als Musterbeispiel für das eben Gesagte gelten. Teile der öffentlichen Debatte in Medien, Literatur und auch in der Wissenschaft hatten sich schon seit den frühen 60er-Jahren mit dieser vielschichtigen Thematik auseinander gesetzt, während die Politik – sieht man von mehr oder weniger unverbindlichen Sonntagsreden ab – institutionell mit beträchtlicher Verzögerung reagierte. Die Bundespolitik 1979 mit der Einrichtung von gleich zwei Staatssekretariaten (ab 1990 zu einem Ministerium aufgewertet) und auf Ebene der Länder blieb es Salzburg vorbehalten, das Frauenthema erstmals in der Geschäftseinteilung einer Regierung festzuschreiben.

Die – obzwar verspätete – institutionelle Etablierung des Themas „Frau“ ist mit Recht als Erbe bzw. als Erfolg der sog. „Neuen Frauenbewegung“ anzusehen.²⁶¹ Erst die Einrichtung von Frauenreferaten/Frauenbüros u.ä. machte es dann möglich, weibliche Lebenszusammenhänge nachhaltiger und vor allem öffentlich zu thematisieren, denn „in Umkehrung der traditionellen Perspektive begannen sich Frauen nicht mehr als *Objekt*, sondern als *Subjekt* der Frauenfrage zu sehen. Nicht sie selbst sind das Problem – formuliert und öffentlich eingebracht wird vielmehr, welche Probleme die *Gesellschaft* den Frauen macht“.²⁶² Genau diesen Perspektivenwechsel suchte Widrich als für Frauenfragen in Salzburg verantwortliche Landesrätin – in *moderater Form* – an die Gesellschaft bzw. an die „Männer“-Politik heranzubringen.

Das Referat 3/03 – bisher nur mit „Familienpolitik“ befasst – wurde also in Salzburg ab Mai 1989 um das Thema „Frauenangelegenheiten (Gleichbehandlung, Förderung)“ erweitert. Damit wurde politisches Neuland betreten und entsprechend vorsichtig auch Widrichs erste tastende Schritte, wenn sie etwa gegenüber der bisher nur für Familienfragen zuständigen Hofrätin Dr. Elisabeth Gollhammer Mitte Juli anregte, man möge per Fragebogen erheben, welche Frauenorganisationen es in Salzburg überhaupt gäbe und man könnte diese Infos dann in einer eigenen Publikation zusammenfassen.²⁶³ Widrich trat ja dieses Segment ihrer Ressortverantwortung unter der von Katschthaler in seiner Regierungserklärung recht allgemein formulierten Vorgabe an, die Stellung der Frau in der Gesellschaft und ihre Einbeziehung in den politischen Gestaltungsprozess zu verbessern. Entsprechend pragmatisch und betont unideologisch umschrieb Widrich daher bei ihrer ersten Pressekonferenz ihre Sicht der Frauenpolitik: Diese müsse sich darum bemühen, „die Diskrepanz zwischen der in der Verfassung festgelegten Gleichberechtigung der Frauen und der tatsächlich gelebten Gleichberechtigung zu verringern. Politik für Frauen muss den gesellschaftlichen Rahmen für die Anerkennung ihrer Leistungen schaffen und flexible Möglichkeiten anbieten, die dem Wechsel in den Interessen und Lebensaufgaben der Frauen gerecht werden.“²⁶⁴

In den folgenden Monaten und Jahren wurde eine Vielzahl an Initiativen, organisatorischen Innovationen und gesetzlichen Regelungen angeregt und durchgesetzt, von denen wir im Folgenden nur die prominentesten und wichtigsten skizzieren können. Widrich wurde dabei tatkräftig unterstützt von ihrer zuständigen Referentin Dr. Rosmarie Drexler und den Frauen im kurze Zeit später geschaffenen Büro für Frauenfragen. Alle diese Initiativen konnten auch mit dem immer wieder demonstrativ geäußerten politischen „Wohlwollen“ des Landeshauptmannes rechnen (für die Wirkung nach außen, aber auch bei gelegentlichen Holprigkeiten in der Administration nach innen eine nicht zu unterschätzende Hilfe). So betonte er z.B. in seiner

Radiorede am 6. Jänner 1991 durchaus selbstkritisch, eine Politik für Frauen sei notwendig, „weil wir zu lange auf die Gestaltungskraft der Frau außerhalb der Familie verzichtet haben und es keine Gesellschaft verantworten kann, mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder aus den Mitwirkungsprozessen im öffentlichen Zusammenleben zu verdrängen.“ Frauen sollten daher nicht allein in der Familie, sondern auch gleichwertig und gleich bezahlt im Beruf präsent sein können.²⁶⁵

Mit dem vorhin zitierten pragmatischen Ansatz dürfte Widrich auch beim Großteil der engagierten Politikerinnen im Lande zumindest grundsätzlich auf breite Zustimmung gestoßen sein. Differenzen ergaben sich – wie wir noch sehen werden – in der Analyse und der Bewertung der gesellschaftlichen Ursachen und in Fragen der konkreten institutionellen Umsetzung (mehr oder weniger weit reichend, mehr oder weniger rasch, mehr oder weniger weit gehende finanzielle Forderungen usw.). Unterschiedliche Ansichten gab es z.B. schon in der Frage, ob man auch fürs Land eine eigene Frauenbeauftragte installieren sollte. Für die Stadt wurde die Schaffung einer derartigen Position schon Mitte 1989 beschlossen (wobei Fragen der Finanzen und der Kompetenzen noch offen waren), für das Land hingegen lehnte Widrich im Rahmen einer öffentlichen Diskussion dieses Modell rundweg ab. Als einziges weibliches Mitglied der Landesregierung verstehe sie sich nämlich selber klar als Frauenbeauftragte, eine weitere wäre daher „nicht nötig“.²⁶⁶ Eine Position, die sie auch in einem Brief an die BM für Frauenfragen Johanna Dohnal im Mai 1991 wieder bekräftigte.²⁶⁷ Dahinter stand natürlich die nicht offen angesprochene Problematik, dass eine eigene Frauenbeauftragte ohne Kompetenzen und Finanzen überflüssig wäre und eine Variante mit inhaltlichen und finanziellen Kompetenzen den Spielraum der ressortzuständigen Landesrätin deutlich eingengt oder zumindest verkompliziert hätte. Eine Entscheidung fiel dann im Rahmen eines Gesprächs aller Parteiobermänner am 14. Dezember 1989. Dort beschlossen ÖVP und FPÖ, dass in Widrichs Ressort ein „Büro für Frauenfragen“ einge-

richtet werden sollte (SPÖ und BL hatten hingegen für eine „Frauenbeauftragte“ plädiert), deren beide Sachbearbeiterinnen (eine Juristin und eine Publizistin) mit besonderen Vollmachten auszustatten wären, um Überparteilichkeit und Unabhängigkeit zu gewährleisten und Widrich versprach, dass sie keine Weisungen erteilen werde.²⁶⁸ Die Diskussion im Landtag zum Thema Frauenbüro zeigte dann einmal mehr die verschiedenen Ansätze und Erwartungen: Während die BL-Mandatarin Karoline Hochreiter die für ihren Geschmack zu allgemeinen Zielsetzungen und die ungenügende personelle Ausstattung für das neue Büro kritisierte und auch Ricky Veichtlbauer – trotz grundsätzlichem Wohlwollen – konkrete Pläne einforderte, machte Widrich in Optimismus und plädierte für Offenheit. „Wir fangen an“ – so ihr pragmatischer Zugang – „wir versuchen etwas aus der Sache zu machen..... Ich denke, dass viele Dinge bei Frauenangelegenheiten ganz über den Parteien stehen. Es sind Probleme, die alle Frauen betreffen, egal, welcher Partei sie angehören“.²⁶⁹ Und ein Jahr später Widrich ähnlich in einer erstmals der „Frauenpolitik“ gewidmeten Aktuellen Stunde im Landtag, dass man in der Frauenpolitik nicht „Gräben aufreißen, nicht Geschlechterkampf“ inszenieren solle, sondern „Partnerschaft“ und Hilfe an die Salzburger Frauen wären gefragt, worauf die SPÖ-Klubchefin Ricky Veichtlbauer reserviert erwiderte, man müsse noch viel mehr tun als bisher und sie – Widrich – werde „in Zukunft von der sozialistischen Fraktion... auch frauenpolitisch gefordert werden...“²⁷⁰

Passend, am Internationalen Tag der Frau (8. März), konnte dann bereits 1990 das „Büro für Frauenfragen“ (BFF) eröffnet werden. Es sollte sich – nach den Vorgaben und Erwartungen der ressortzuständigen Landesrätin – vor allem mit folgenden Aufgaben befassen: Begutachtung von Gesetzen, Erstellung von Expertisen für den Landtag, Ausarbeitung eines Frauenförderungsprogramms (in Anlehnung an das Bundesförderungsprogramm), Förderung und Koordinierung von Frauenprojekten, Öffentlichkeitsarbeit, Service für ratsuchende Frauen und Frauengruppen, Erstellung statistischer

Daten, Angebot von persönlichkeitsbildenden Kursen und Seminaren usw..²⁷¹ Ein Riesenaufgabengebiet also, dem sich aber die Mitarbeiterinnen des neuen Büros (unter Einbindung zahlreicher projektorientierter Mitarbeiterinnen) in den folgenden Jahren mit Verve und Optimismus widmeten. Zwei Jahre später konnte daher schon ein beeindruckendes Zwischeneresümee gezogen werden. So wies Widrich auf folgende Aktivitäten hin: Entwicklung eines regelmäßig erscheinenden informativen Frauenfolders „IF“ (ab 1992 gemeinsam mit Tirol, Vorarlberg und Kärnten), Organisation von Vernissagen mit Künstlerinnen, Vorarbeiten zum Frauenbericht, Selbsterfahrungsgruppen, zahlreiche Begutachtungen von Bundes- und Landesgesetzen, Erarbeitung von Vorschlägen für das bereits 1991 verabschiedete Frauenförderungsprogramm, in 13 von 19 Abteilungen Benennung von Kontaktfrauen usw. Der Blick auf die Statistik zeige aber, wie Widrich eingestehen musste, dass sich etwa bei Postenbesetzungen im Landesdienst (trotz „positiver Diskriminierung“) die Erhöhung des Frauenanteils nur im niederen einstelligen Prozentbereich bewegte.²⁷²

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt hatte Gerheid Widrich die ausdrückliche Anerkennung und verbindliche Verwendung von weiblichen Amtstiteln angestoßen. Dieses war zwar in verschiedenen Bundesgesetzen schon bisher vorgesehen, aber noch in keinem Bundesland realisiert. So hieß es etwa im Art. 1 Abs. 2 der Änderung des Beamtendienstrechtsgesetzes 1979 vom 26. Mai 1988: „Beamtinnen führen die Amtstitel und die Verwendungsbezeichnungen, soweit dies sprachlich möglich ist, in der weiblichen Form.“ Widrich schlug daher vor, das Salzburger Landesbeamtengesetz 1987 entsprechend zu novellieren²⁷³ und die Landesregierung billigte dieses Vorhaben am 12. März 1990 einstimmig und leitete diesen Vorschlag an den Landtag weiter, wo er ebenfalls einhellige Zustimmung fand. Interessant ist das dahinter stehende Motiv dieses Vorschlags (der übrigens bei weitem nicht überall ernst genommen wurde), das in den Erläuterungen zu dieser Novelle folgendermaßen umschrieben wurde: „An sich sind Landes-

beamtinnen schon derzeit berechtigt gewesen, den jeweiligen Amtstitel in der weiblichen Form zu führen, und die Dienstbehörden verpflichtet, die Amtstitel Frauen gegenüber zu verwenden. Trotzdem werden die weiblichen Amtstitelformen im *Sinne eines demonstrativen Aktes der Gleichstellung* (Hervorhebung H.D.) der Beamtinnen im Landesdienst in das Landesbeamtengesetz aufgenommen²⁷⁴ – Damit erfüllte Salzburg – wie Widrich betonte – als erstes Bundesland in Österreich „eine langjährige Forderung verschiedener Frauengruppen“²⁷⁵



„Frauenangelegenheiten“: Romana Rotschopf, Ute Krivanec, Hofrätin Elisabeth Gollhammer und Landesrätin Gerheid Widrich (von Links)

Im Lauf der Debatten um Frauenpolitik in Salzburg stellte sich als ein von allen Landtagsfraktionen unterstütztes Anliegen bald der Wunsch nach einem Landesfrauenförderungsprogramm für weibliche Landesbedienstete heraus. Eine Zuspitzung und Konkretisierung erfuhr dieses Thema durch einen Antrag der beiden BL-Mandatare Hochreiter und Burtscher im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss, wonach die Landesregierung bis zur Erreichung der Geschlechter-Parität in allen Dienststufen nach dem Prinzip

der „positiven Diskriminierung“ vorzugehen hätte (d.h. Frauen sollten bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden). Nach längerer Debatte kam man aber zum einhelligen Beschluss, die Landesregierung zu ersuchen, „umgehend ein Landesförderungsprogramm für weibliche Landesbedienstete in Anlehnung an die entsprechende Regelung auf Bundesebene (Bundesfrauenförderungsprogramm) auszuarbeiten und dem Landtag bis längstens Ende 1990 vorzulegen.“²⁷⁶ Das zu Widrich ressortierende Büro für Frauenfragen sollte das Gesetz vorbereiten und bereits am 11. März des folgenden Jahres war es so weit: Die Landesregierung verabschiedete einstimmig ein Landesförderungsprogramm für weibliche Landesbedienstete und Salzburg hatte im Vergleich zu den anderen Bundesländern wieder einmal die Nase vorn (worauf immer wieder stolz hingewiesen wurde). Festgelegt wurden darin u.a. die schon erwähnte sog. „positive Diskriminierung“, mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen (vor allem auch in der Karenzzeit), flexiblere Arbeitszeiten, ein Wiedereinstiegsprogramm nach der Karenzzeit, Kontaktfrauen in jeder Abteilung, geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen, Frauen in Auswahlkommissionen und Ähnliches mehr. Dieses Förderungsprogramm brachte tatsächlich eine erhebliche Verbesserung für Frauen im Landesdienst. Die Landesrätin hoffte zudem, dass damit das Land eine Vorreiterrolle auch für halbstaatliche Institutionen oder gar auch für private Betriebe spielen könnte.²⁷⁷

Die von Widrich, dem Büro für Frauenfragen und – zumindest in den Grundzügen – auch von den Frauen in den Landtagsfraktionen unterstützte Frauenpolitik war anfangs von einem gewissen optimistischen Elan getragen. Bald dürfte man aber realisiert haben, dass es sich hier um das Bohren sehr vieler und sehr harter Bretter handelte. Das Frauenförderungsprogramm des Landes war ja auf drei Jahre befristet und dann sollte evaluiert und bilanziert werden. Die Landesrätin für Frauenfragen präsentierte daher schon im November 1992 eine von drei Sozialwissenschaftlerinnen (Birgit Haller, Karin Liebhart, Sieglinde Rosenberger) erstellte Untersuchung, in

der zwar Salzburg nach wie vor eine Vorreiterrolle unter den Bundesländern attestiert wurde, andererseits wurden aber nur wenige positive Fortschritte gefunden. „Noch sind die bürokratischen und politischen Strukturen hartnäckig und männlich“, so eine Autorin. Maß aller Dinge seien nach wie vor die „von Männern idealtypisch verlangten und gelebten Lebensmuster und Karriereverläufe“.²⁷⁸ – Trotzdem – beharrte Widrich – sei das vor knapp zweieinhalb Jahren in Kraft getretene Frauenförderungsprogramm „trotz der noch nicht deutlichen sichtbaren Erfolge unverzichtbar, um Mechanismen der Diskriminierung aufzubrechen“.²⁷⁹ Sie war sich der relativen Schwäche der bisherigen Regelungen natürlich bewusst, denn die Frauenförderung z.B. hatte rechtlich die schwache Qualität eines Erlasses (ohne Sanktionsmöglichkeiten). Sie hatte daher schon im Mai 1993 in einem Brief an den für Personalangelegenheiten zuständigen Landeshauptmann auf die Verabschiedung eines Gleichbehandlungs-Gesetzes für Salzburg gedrängt. Seit dem Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (1. März 1993) seien nämlich Frauen im Bundesdienst besser gestellt als die im Landesdienst, auch gäbe es dort Sanktionsmöglichkeiten. Man sollte daher umgehend ein entsprechendes Gesetz erarbeiten.²⁸⁰ Dazu sollte es aber in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr kommen. Katschthaler signalisierte zwar, dass er dieses Vorhaben für wichtig halte, es könne aber erst in der nächsten Regierungsperiode behandelt werden.²⁸¹

Seit Gründung des Büros für Frauenfragen war immer wieder die Idee ventiliert worden, dass man eigentlich eine umfassende wissenschaftliche Erhebung über die Ist-Situation der Frauen im Bundesland Salzburg benötigen würde. Klar war auch – Wissenschaft und objektive Daten hin oder her –, dass bei einem solchen Bericht, seinen Methoden und Fragestellungen, auch eine politische Qualität mitschwingen würde und dass es daher nicht unwichtig wäre, wer dabei das Heft in der Hand behält. Die Initiative in dem folgenden Poker ergriff zunächst die im „Institut für Alltagskultur“ angesiedelte feministische Forschungsgruppe FEMIAK, die Ende März 1990 an

Widrich einen entsprechenden Projektantrag sandte (Erstellung eines „Berichts über die Lage der Frauen im Bundesland Salzburg“) und gleichzeitig vorschlug, dass dieser Bericht zu gleichen Teilen gemeinsam mit der Frauenbeauftragten der Stadt Salzburg organisiert und auch finanziert werden sollte, denn – so der Projektantrag – es dürfte im Interesse der künftigen Frauenpolitik liegen, „dass die Erstellung von Grunddaten für weitere politische Schwerpunktsetzungen von möglichst vielen unterschiedlichen politischen Kräften getragen wird.“²⁸² Widrich antwortete dann – nach interner Abstimmung mit dem Referat 3/03 (Gollhammer) und dem Referat für Statistik –, dass man die versprochenen Daten und Fakten selber sammeln werde und über die Frage, wie man diese themenspezifisch aufbereitet und wer dazu eventuell zur Mitarbeit eingeladen werden sollte, wäre später zu entscheiden. Dabei könne durchaus auch das „Institut für Alltagskultur“ eingebunden werden. Koordinieren werde die Erstellung eines Frauenberichts „zu einem späteren Zeitpunkt“ das Büro für Frauenfragen. „In unmittelbarer Zukunft ist von Seiten des Landes ein Frauenbericht nicht realisierbar.“²⁸³

Die hinter dieser Projekt-Idee stehende – wohl durchwegs politisch links positionierte – Frauenlobby wollte sich damit aber nicht zufrieden geben. Ein eben erst in der Stadt zur Beratung der Frauenbeauftragten Mag. Ingrid Pointner-Jallitsch (SPÖ) geschaffener „Salzburger Frauenrat“ (mit Postfach 63 im Schloss Mirabell) warb mit einem Brief im Juli noch einmal massiv für den IAK-Antrag. Argumentiert wurde u.a. damit, dass es sich bei FEMIAK „um die einzige, in Salzburg existierende sozialwissenschaftliche Forscherinnengruppe“ handle. Unter den zahlreichen Unterzeichnerinnen pikanterweise auch eine prominente Mitarbeiterin des Büros für Frauenfragen (Mag. Romana Rotschopf).²⁸⁴

Schließlich landete die politisch brisante Causa im Landtag. In einem gemeinsamen Antrag von SPÖ und Bürgerliste wurde vorgeschlagen, den Bericht von FEMIAK gemeinsam mit der Stadt erarbeiten zu lassen.²⁸⁵

Dieser Antrag wurde im November 1990 im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt. Begründet wurde diese Ablehnung mit den bekannten Argumenten, dass die ressortzuständige Landesrätin bis Juli nächsten Jahres gemeinsam mit dem Büro für Frauenfragen und dem Statistischen Amt einen Zahlenspiegel über frauenrelevante Daten erarbeiten würde und ein zweiter Teil sollte empirisch fundierten Analysen mit Vorschlägen für die politische Umsetzung vorbehalten sein. „Für diese Tätigkeit sollen dann Frauen sowie verschiedene Institute und Kommissionen zur Mitarbeit eingebunden werden“. Mit dieser salomonischen Lösung hatte Widrich das Heft sozusagen in der Hand behalten und eine allenfalls drohende Instrumentalisierung oder Fremdbestimmung vermieden und doch die Möglichkeit für verschiedene interessierte Mitgestalterinnen offen gehalten. Grundsätzlich – so Widrich – müsse ein Frauenbericht „gesamtpolitisch, objektiv und auf einer breiten Basis“ die Situation der Frauen im Lande erfassen und er könne daher nicht von einer einzigen Forschungsgruppe allein erstellt werden. Es müssten vielmehr auch Institutionen wie die Gewerkschaft, die Familienberatung, die Sozialpartner, das Arbeitsamt und die Salzburg Kommissionen eingebunden werden.²⁸⁶

Nach diesem Drehbuch wurde dann der erste Salzburger Frauenbericht erarbeitet. Ende 1991 konnte der erste Teil unter dem Titel „Frauen-Zahlen `91“ präsentiert werden. Die darin enthaltenen Daten und statistischen Angaben, die man künftig alle zwei Jahre zu aktualisieren gedachte, sollten der Salzburger Frauenpolitik neue Impulse geben und die Politik sozusagen „untermauern“ – wie Widrich versprach.²⁸⁷ Der zweite Teil des Frauenberichts (präsentiert am 17.12.1992) konnte sich ob seiner Qualität und seines imponierenden Materialreichtums wahrlich sehen lassen: Teil A enthielt Auswertungen umfangreicher qualitativer und quantitativer Interviews (Motto: „Frauen kommen selbst zu Wort“), Teil B resümierte die Ergebnisse und zog daraus mögliche Folgerungen für weitere politische Initiativen und in Teil C schließlich wurde die Salzburger Frauenszene anhand von 23

Einrichtungen exemplarisch vorgestellt. Im Kreis der zahlreich mitarbeitenden Frauenforscherinnen waren auch Mitglieder des IAK prominent eingebunden.²⁸⁸ Dieser ungeschminkte Bericht über die Lage von Frauen im Bundesland Salzburg zeige – so eine von Widrichs allgemeinen Schlussfolgerungen bei der Präsentation –, dass man sich in der Frauenpolitik wegen der Vielfältigkeit der Probleme, um eine Vielfalt von Denk- und Lösungsansätzen bemühen müsse und letztlich sehe man überall als Grundproblem, „die mangelnde Akzeptanz der für Frauen und Männer gemeinsam zu bewältigenden Aufgabe der Kindererziehung und die noch sehr schlecht entwickelte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen. Es zeigt sich, dass die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Partnerschaft noch vielfach nicht vorhanden sind, dass auch noch viele Rahmenbedingungen zur Entfaltung der Frauen ungenügend sind.“²⁸⁹ Couragierte Aussagen, welche in den Ohren von Männern, die Frauenprobleme bestenfalls als machtpolitisch vernachlässigbare „Nebenwidersprüche“ einzustufen gewohnt waren, alles andere als wohlklingend empfunden worden sein dürften!

Dass diese „Frauenaktivitäten“ mit Argusaugen beobachtet und durchaus nicht von allen beklatscht wurden, zeigte eine eher brachiale Reaktion aus der Fremdenverkehrswirtschaft. Ein – wie Widrich betonte – „willkürlicher und zufälliger Auszug“ aus der 250-Seiten Studie und ein „extrem verkürztes“ Zitat im Rundfunk provozierte den Bundessektionsobmann des Fremdenverkehrs Dkfm. Dr. Günter Putteringer (ÖVP) zu einer rüden Attacke gegen seine Parteifreundin Widrich. Ihre Aussagen im Rundfunk – so der Fremdenverkehrsfunktionär – „über die angeblich so ungesunde Fremdenverkehrswirtschaft sind eine schallende Ohrfeige für alle in dieser Branche tätigen Menschen“ und müssten „auf das entschiedenste“ zurückgewiesen werden. Es sei „äußerst bedauerlich, dass auch Politiker wie Widrich nun in den gefährlichen Chor der Vernachlässigung der Dienstleistungsgesinnung einstimmen.“ Immerhin Sorge der Fremdenverkehr für Wohlstand und Einkommen, insbesondere auch in den Gebirgstälern.²⁹⁰

Gerheid Widrich konnte sich freilich nicht erinnern, die unterstellten pauschalen Urteile geäußert zu haben. Sie hatte lediglich aktuelle Umfragedaten aus dem Frauenbericht zitiert, wonach im Fremdenverkehr von Frauen (aber auch von Männern) vielfach bis zu 100 Stunden in der Woche gearbeitet werden müssten. Zwar fänden es 71% der Frauen interessant, fremde Menschen in ihrer Umgebung zu sehen und 86% sehen den Fremdenverkehr als notwendige Einnahmequelle, doch wurden auch Grenzen der Akzeptanz sichtbar (85% wollen mehr Qualitätstourismus, 24% fühlen sich bereits teilweise „durch den Tourismus in ihrem Lebensraum beeinträchtigt“ und 57% stimmen der Aussage zu, „Einheimische werden Touristen oft hintangestellt“).²⁹¹ Dem vielfältigen Stress im Fremdenverkehr, unter dem vor allem Frauen zu leiden hätten, könnte man durch einen flexibleren Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und generell durch eine bessere Schul- und Berufsausbildung der Frauen begegnen, so Widrich in ihrer Antwort an Putteringer.²⁹² – Ähnliche Einstellungen und Daten hätte übrigens zuvor schon der Arbeitskreis für Vorsorgemedizin erhoben, wie Widrichs Mitarbeiterin Rosmarie Drexler betonte: „Das sind Fakten, da steckt kein bisschen Polemik dahinter!“²⁹³ – Das Ganze ein sachpolitisch überzogener und für die Profilierung des Fremdenverkehrs nicht unwillkommener Theaterdonner also? Mag sein. Widrichs virtuelle „Fan-Gemeinde“ in der Wirtschaftskammer dürfte dadurch aber vermutlich nicht größer geworden sein...

Von Widrichs Ressort wurden in jenen Jahren – neben den schon genannten – noch zahlreiche weitere Initiativen gesetzt, die aber hier nicht im Einzelnen behandelt werden können. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien genannt: Auf Widrichs Anregung hin jährliche Konferenzen der Länderfrauenreferentinnen (erstes Treffen im Oktober 1991 in Anif, organisiert von der Verbindungsstelle der Bundesländer); Einsetzung einer Arbeitsgruppe „Frauen-Maßnahmen zur Chancengleichheit“ im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria²⁹⁴; Symposium zum Thema „Die Frau als Hauptdarstellerin, Subjekt oder Objekt der Medien – Frauen im In-

formationswesen – Frauen in der Politik“, gemeinsam mit dem Regionalrat der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien (3./4. 10. 1991 in Salzburg)²⁹⁵; 9. Landessymposion in Salzburg zum Thema „Frau sein in Salzburg“(17.11.1990).²⁹⁶

Familienpolitik

In diesem Kapitel wollen wir uns etwas kürzer halten. Damit soll keine Geringschätzung dieser wichtigen und facettenreichen Materie ausgedrückt werden. Wir halten uns nur an unser oben formuliertes Kriterium, aus den vielfältigen Aktivitäten und Kompetenzen von Widrichs Ressort diejenigen auszuwählen, in denen Reformen und Innovationen notwendig waren und daher die verschiedenen Interessens-Standpunkte sichtbar gemacht werden können. Dass man die Familien materiell und ideell stützen sollte, darin waren sich ja alle Landtagsparteien einig. Auch hier gab es aber über das *Wie* und das *Ausmaß* der Unterstützung gelegentlich heftige Debatten und die ressortzuständige Landesrätin versuchte dann jeweils kalmierend und ausgleichend zu agieren. Das Thema Familie spielte zudem im Selbstverständnis der ÖVP eine besondere Rolle. Ihr war es ja seit jeher darum zu tun, sich als *die* Familienpartei zu profilieren, welche den Schutz und die Unterstützung dieser so wichtigen gesellschaftlichen Institution mit besonderem Nachdruck zu betreiben versprach. Widrichs Frauenpolitik, die naturgemäß *auch* wesentlich auf das Ideal der selbstbestimmten gleichberechtigten Frau abstellte, der man – wenn sie es wünschte – Beruf und Familie gleichermaßen ermöglichen sollte, dürfte nicht bei allen Mitgliedern und Wählern der ÖVP auf einhellige Zustimmung gestoßen sein. Umso wichtiger das beruhigende, in gewohnten Bahnen verlaufende Eintreten für die Familien.

Als einer der wenigen, in jenen Jahren aber zwischen den Parteien umso heftiger umkämpfte Streitpunkte im Bereich Familie und Kinderbetreuung sollte sich das am 8. Juli 1992 mit VP/FP-Mehrheit beschlossene Gesetz über die Tagesbetreuung von Kleinkindern herausstellen. Demnach stand den Gemeinden die Entscheidung frei, ab wann sie für Kinder unter drei Jahren eigene Krabbelstuben einrichten wollten. Während SP und BL vehement dafür eintraten, dass es eine freie Wahl zwischen Tagesmüttern und

Krabbelstube geben müsse, sah das Gesetz die Tagesmutter als Regel vor und erst wenn damit der Bedarf nicht gedeckt werden könnte, wären private Kinderbetreuungseinrichtungen zu fördern. Besonders umstritten dabei der § 5, der vorsah, dass die Feststellung des Bedarfs vom Bürgermeister zu treffen war. Dagegen wurde kritisch eingewendet, dass vor allem die betroffenen Alleinerzieherinnen damit in die Rolle von Bittstellerinnen gedrängt würden und dass bei diesen Entscheidungen das Frauen- bzw. Familienbild der Gemeindepolitiker über das erlaubte Maß mit einfließen könnte.²⁹⁷ Der Landtagsabgeordnete Dr. Klaus Firlei (SPÖ) kündigte daher in der bewegten Debatte um dieses Gesetz drohend an: „Wir werden dieses Thema immer wieder aufrollen und wir werden genau schauen, wie die Entwicklung der Kinderbetreuungseinrichtung und der Tagesbetreuung in diesem Bundesland läuft.“²⁹⁸ LHStv. Gerhard Buchleitner hat sich jedenfalls im Herbst 1993 daran insofern „erinnert“, als er wegen dieses Gesetzes (so zumindest seine Begründung) die Reorganisation der Landeskrankenanstalten platzen ließ. – Reißerische Schlagzeilen wie z.B. die im Februar 1994 in der Kronen Zeitung hielten die Emotionen jedenfalls am Kochen: „Tagesbetreuungsgesetz: Mütter als Bittsteller, Bürgermeister in der `Pascha´-Rolle. `Frauen stehen vor einer Wand´“.²⁹⁹

Schon im Dezember 1992 war es im Landtag zu einer lautstarken Demonstration von Müttern gekommen, die beklagten, dass wegen des erwähnten Gesetzes die Elternbeiträge für Krabbelstuben in unleistbare Höhen zu steigen drohten und man müsse daher das Tagesbetreuungsgesetz sofort novellieren. In einem entsprechenden Antrag von Veichtlbauer/Hödlmoser (SP) und Hochreiter (BL) hieß es, wenn das Gesetz nicht geändert werde, „dann hat die Ideologie der konservativen Mehrheit dieses Hauses gesiegt, die sich hervorragend mit den Wünschen des Finanzreferenten deckt.“³⁰⁰ – Landesrätin Widrich versuchte zu beruhigen, verwahrte sich gegen eine vorzeitige Novellierung, lehnte die Forderungen als überzogen ab (stellte aber Erhöhungen in Aussicht), und verwies auf noch ausstehende Gespräche.

Ob die Ressortchefin über den § 5 im Tagesbetreuungsgesetz wunschlos glücklich gewesen ist, wissen wir nicht. Noch im Februar 1993 hat sie diese Bestimmungen bei einer Frauenplattform im Lungau ausdrücklich verteidigt. Die Bedarfsfeststellung in den Gemeinden – so Widrich – finde sie „sehr wesentlich“, weil kleine Einheiten überschaubarer seien, so dass „hier der Bedarf besser festgestellt werden kann. Es gibt ja fast in jeder Gemeinde Gemeindevertreterinnen, und die werden sich sicher für die Frauen einsetzen“.³⁰¹ – Bereits wenige Wochen später schien dieser Optimismus zumindest etwas gedämpft. Zwar verteidigte Widrich nach wie vor das Modell „Tagesmütter“, und zwar aus pädagogischen Gründen (weil es für die Kinder eine „familienähnliche Situation“ biete) und weil es finanziell um ein Drittel billiger käme. Sie versuche, die Bürgermeister bei jeder sich bietenden Gelegenheit anzusprechen und zu motivieren, die Bedarfserhebung gesetzeskonform, d.h. ohne persönliche Wertung, durchzuführen.³⁰² – Offenbar haben sich aber diese optimistischen Erwartungen nicht erfüllt, denn Anfang September des gleichen Jahres formulierte sie bei einem Pressegespräch in Richtung Bürgermeister in – für Widrich – ungewöhnlicher Schärfe: „Die Herren Bürgermeister geht das gar nichts an, warum eine Frau berufstätig ist. Wenn ja, dann steht ihr eine Tagesmutter für ihr Kind zu. Auch wenn das einige Herren noch immer nicht verstanden haben. Es steht ihnen nicht zu, zu bestimmen, was eine Frau darf oder nicht“.³⁰³

Einhelligkeit zwischen den Fraktionen gab es hingegen am 24.4.1991 im Sozial- und Gesundheitsausschuss über einen FPÖ-Antrag, das Land solle eine spezielle Familienförderungsaktion in Gang setzen. Die Details sollte die Regierung festlegen.³⁰⁴ Dieser Plan war schon einige Wochen vorher in einem Gespräch zwischen Gasteiger und Widrich erörtert worden. Als Grundsatz sollte gelten: „Die Familienförderung soll die Mutter zu Hause und die Mutter im Beruf gleichwertig behandeln und damit den speziellen Wünschen der Frauen Rechnung tragen“.³⁰⁵ – In einer seiner monatlichen Radioreden gab LH Katschthaler am 4. August 1991 dann bekannt,

dass das Land („über meine Initiative beschlossen“) ab 1. Jänner 1992 Familien mit niedrigem Einkommen fördern werde (bzw. genauer Kinder im dritten Lebensjahr). Damit solle – neben dem materiellen Beitrag – „...die Wertschätzung und die Verantwortung der Gesellschaft für Familien zum Ausdruck kommen“. Familienanliegen seien nämlich „gesellschaftliche Aufgaben“ und „dieser Anerkennung der Familie als Keimzelle der Gesellschaft stellt sich das Land Salzburg!“ Familien seien schon bisher auf verschiedene Weise gefördert worden, nun stünden zusätzlich 40 Millionen Schilling zur Verfügung.³⁰⁶ – Nicht genug damit. Die Landesregierung erklärte dann noch das Jahr 1992 zum „Salzburger Jahr der Familie“ (im gewissen Sinne als Vorbereitung auf das von den Vereinten Nationen für 1994 proklamierte „Jahr der Familie“). In Aussicht gestellt wurden dafür – neben dem Start der Familienförderung – eine Unfallversicherung für den „haushaltführenden Elternteil“ im ersten Jahr nach der Geburt eines Kindes, das Anlaufen eines Projekts für beruflichen Wiedereinstieg für Frauen³⁰⁷, die Herausgabe eines informativen „Salzburger Familienhandbuchs“ und vielfältige Aktivitäten in den Gemeinden.³⁰⁸

Bereits im Jänner des Jahres der Familie wurden von SPÖ-Frauen Forderungen nach einer Ausweitung der vielgelobten Familienförderung erhoben. Kinder sollten demnach nicht nur im dritten Lebensjahr gefördert werden, sondern von Geburt an, auch sollten die Bemessungsgrenzen deutlich angehoben werden. Das alles würde anstatt der geplanten 40 Millionen eben 60 Millionen Schilling kosten. Das sollte verkraftbar sein – so die Argumentation –, über die Anhebung der Viehabsatzförderung um 15 Millionen im Vorjahr sei ja auch nicht diskutiert worden.³⁰⁹

Die mit viel Optimismus angekündigte Familienförderung lief dann tatsächlich eher holprig an. Ohne auf Details eingehen zu können, so viel: Zunächst waren offenbar die Einkommensgrenzen, die eine Familie nicht überschreiten durfte, unrealistisch niedrig angesetzt worden und die Förderaktion war zunächst zu wenig bekannt (Ende 1993 wurde daher eine

Informationskampagne gestartet³¹⁰). Ab 1. Jänner 1994 galten dann flexiblere Regelungen, höhere Einkommens-Obergrenzen und höhere Förderungen.³¹¹ Damit hoffte man die bisher eher niedrige Inanspruchnahme der Förderung (sie lag nur bei 40%) auf das z.B. in Vorarlberg erreichte Niveau von 60% anheben zu können.³¹²



Besuch im Kindergarten

Das Internationale Jahr der Familie 1994 stellte man in Salzburg unter das Motto „Miteinander leben – Miteinander reden“. Durch vielfältige Veranstaltungen und Initiativen wollte man zweierlei erreichen: „a) Förderung der Lebens- und Familienfreundlichkeit in den Salzburger Gemeinden; b) Förderung der Familienkultur im Sinne einer gewaltfreien Konfliktlösung, Stärkung der Paarbeziehung und der Eltern-Kind-Beziehung, Integration alter Menschen.“ Um bewusst zu machen, dass das Leben von Familien im Wesentlichen in den unmittelbar erlebten Gemeinden stattfindet, sollten besonders die Gemeinden eingebunden werden.³¹³ Die große Auftaktveranstaltung (27. Oktober 1993) stand unter dem Thema: „Gestaltung von Paarbeziehungen im Spannungsfeld zwischen Selbstentfaltung und Solidarität“. – Die Federführung für das ganze Projekt lag beim „Referat für Familienpolitik und Familienangelegenheiten“ (G. Widrich)

Ausklang und resümierende Schlussbemerkungen

Etwa ein Jahr vor der 1994er Landtagswahl setzte auch in der Salzburger ÖVP das bei Parteien übliche Drängeln, Taktieren und wohl auch Intrigieren um möglichst günstige Positionen in der Wahlwerbung und auf der Kandidatenliste ein. Die Salzburger ÖVP glaubte zudem im Frühjahr 1993 noch parteiinterne Vorwahlen durchführen zu sollen. Derartige Vorwahlen waren und sind ja hinsichtlich ihrer demokratischen Effizienz seit je umstritten. Stehen doch der positiven Erwartung einer breiteren demokratischen Legitimation und Mobilisierung der Kandidaten auch gewichtige skeptische Einwände der Realisten gegenüber, die vor desintegrierenden Effekten derartiger innerparteilicher „Wahlkämpfe“ warnen. Auch bildeten die Ergebnisse insbesondere in der ÖVP in der Regel nur die innerparteiliche Mobilisierungsmacht der Bünde ab, die mit den Erwartungen der Wählerschaft insgesamt oft wenig zu tun haben und die Wahlaussichten für die Partei nicht gerade verbesserten.

Gerheid Widrich kam jedenfalls gar nicht dazu, sich einer derartigen Vorwahl zu stellen. Zwar haben wir keine näheren Informationen über das damalige „Innenleben“ der Partei, in der Öffentlichkeit erschienen aber die Vorgänge um Widrich als eine Geschichte der Ausgrenzung (oder sollte man besser sagen: „Ausbremung“?). In einem großen Interview im Salzburger Fenster im Juli 1993³¹⁴ erzählte sie nämlich in schöner Offenheit, dass es in ihrer Partei eine „heftige Debatte“ über die Frage gegeben habe, „ob sich die Regierungsmitglieder zur Kandidatenauswahl stellen sollen“. Aufgrund verschiedener Überlegungen sei dann „einstimmig“ beschlossen worden, „dass sich Regierungsmitglieder dieser Vorwahl nicht stellen. Daran habe ich mich gehalten. Und ich habe dann mit Erstaunen festgestellt, dass sich die Kollegen doch der Vorwahl stellen. Dass ich nicht in den Landtag gehe,

habe ich allerdings dezidiert gesagt.“ – Ein Musterbeispiel für gezielte parteiinterne Nicht-Kommunikation? Wog Widrichs Desinteresse an einem Landtagssitz (weil sie dadurch ihren Anspruch auf eine Regierungspension verloren hätte, wie sie offen eingestand, „auch wenn es mir vielleicht schadet“) in der Partei als Ausschließungsgrund so schwer oder schätzte man ihren möglichen Werbewert als populäre Stimmenfängerin inzwischen geringer ein? Der ganze Vorgang erschien jedenfalls alles andere als „elegant“ oder transparent. Trotzdem präsentierte Gerheid Widrich im September in einer Pressekonferenz eine vielfältige und durchaus beeindruckende Bilanz über ihre viereinhalb Jahre Regierungsarbeit und sie ließ auch keinen Zweifel darüber, dass auch weiterhin eine Frau in der Regierung vertreten sein sollte, auch wenn das mit den Ansprüchen der anderen großen VP-Bünde kollidieren sollte.³¹⁵



Zum Abschluss: Überreichung des goldenen Ehrenzeichens des Landes Salzburg durch LH Hans Katschthaler, 1994

Schon einige Wochen zuvor hatte sie verlauten lassen, dass sie ursprünglich „ungefähr eineinhalb Jahre gebraucht“ hätte, bis sie alle politischen Interna in ihrem Ressort verstanden habe, jetzt aber „...wäre ich richtig in Schwung“, und daher würde sie gerne weitermachen. „Rudern werde ich nicht um irgendein Amt“.³¹⁶

Mit der deutlichen Wahlniederlage der ÖVP bei den Landtagswahlen im März wurden aber Widrichs Ambitionen ohnehin obsolet. Die bisher mit vier Regierungssitzen ausgestattete und nach wie vor klar stärkste Regierungspartei ÖVP verlor 5,4% an Stimmen und damit zwei Mandate im Landtag und einen Sitz in der Regierung.³¹⁷ Widrich schied dann – „ohne Groll“, wie sie sagte – aus der Regierung, sie sei eben auf dem zweiten (nun verlorenen) Wirtschaftsbund-Sitz gesessen, und sie „akzeptiert die Hierarchie“. Arno Gasteiger blieb in der Regierung.³¹⁸ Die Landesrätin Dr. Gerheid Widrich hatte damit politisch „ausgerudert“, um in dem von ihr selbst verwendeten Bild zu bleiben!

Nachdem wir nun Gerheid Widrichs politisches Agieren anhand *ausgewählter* Politikfelder nachgezeichnet und analysiert haben (ihr wesentlich breiter angelegter Kompetenz- und Tätigkeitsbereich kann im Anhang unter dem Titel „Vier Jahre Ressorttätigkeit“ nachgelesen werden), wollen wir abschließend noch versuchen, sie als politische Akteurin in etwas größere Kontexte einzuordnen und typologisch zu verorten. Nachdem wir unsere Analyse nur auf einen „Einzelfall“ stützen können, müssen wir mit weiterreichenden theoretischen Verallgemeinerungen freilich vorsichtig umgehen.

- Max Weber unterschied zwischen „zwei Arten, aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder: man lebt `für´ die Politik – oder aber: `von´ der Politik“. Gerheid Widrich zählte eindeutig zur erstgenannten Gruppe, denn sie strebte nicht danach, aus der Politik „eine dauernde Einnahmequelle zu machen“.³¹⁹ Damit erhielt sie sich die berufliche *Unabhängigkeit* und vermied es, von einer Partei oder deren Unterorganisationen

abhängig zu werden. Widrich war zuvor frei praktizierende Ärztin mit Kassenpraxis gewesen. Zwischen 1989 und 1994 ließ sie sich in dieser vertreten (ohne davon finanziell zu profitieren).³²⁰ 1994 übergab sie ihre Ordination dann endgültig an einen Nachfolger und übernahm den ehrenamtlichen Vorsitz des Arbeitskreises für Vorsorgemedizin (bis 2000).

- War die Politikerin Widrich als *Pragmatikerin* oder als *Puristin* einzustufen? Während Ersterer/-e bemüht ist, das *Mögliche* zu erreichen, nimmt der kompromisslose Purist eher eine Niederlage in Kauf, als von den eigenen Zielen und Grundsätzen *abzurücken*.³²¹ Als Politikerin war Widrich eindeutig als Pragmatikerin einzustufen. Das konnte man an ihrem zum Teil sehr flexiblen Verhalten in Konfliktsituationen ablesen (Krankenhausreform, erster Entwurf für Naturschutzgesetz) und so beurteilte sie sich auch selbst. Sie könne – so meinte sie gelegentlich – „relativ gut einschätzen...“, was machbar ist. Ich bin kein Kohlhaas-Typ“, denn aus Erfahrung wisse sie, „dass mit Gewalt und Zwang sehr wenig zu erreichen ist...“. Man könne „...Reformen nicht prinzipiell gegen alle Beteiligten machen“.³²²
- Gerheid Widrich wirkte in ihrem Auftreten als Landesrätin durchwegs *authentisch* und geradlinig. *Jeglicher Populismus war ihr fremd*. Sie war auch eine „fleißige“ Politikerin, d.h. sie bewältigte mit ihrem Team ein beachtliches Aufgabenspektrum und sie wich auch – couragiert – unangenehmen Konfrontationen nicht aus (z.B. bei Schwesterndemonstration, bei Treffen mit Betriebsräten oder Bürgerinitiativen) und legte zudem im Umgang mit rüden Kritikern und diversen untergriffigen Briefeschreibern hohe (vielleicht teilweise zu weit gehende) „Leidensfähigkeit“ und *Langmut* an den Tag.
- Widrich versuchte auch nach Möglichkeit – nicht zuletzt durch sog. „Begehungen“ – vor Ort präsent zu sein bzw. sich persönlich ein Bild von den Problemen zu verschaffen. Ihr Beispiel bestätigt ein funktio-

nales Legitimationsargument für Föderalismus, denn in Bundesländern sind wegen der Überschaubarkeit der politischen Territorien die Kommunikationswege zwischen Zentrum und Peripherie meist kurz, sodass ein rasches Reagieren der politischen Eliten möglich ist und man kann auftretende Probleme differenzierter, kostengünstiger, rascher und näher am Politikadressaten lösen, als in zentralistischen Einheitsstaaten.³²³ Widrichs politisches Agieren ist ein Beleg dafür.

- War Widrichs Politik nun eher auf *Bewahren* oder auf *Verändern* und *Reformieren* abgestellt? Wie wir gesehen haben, standen in ihrem Ressort eine Reihe von Problemen an, die nur durch inhaltliche und institutionelle Innovationen bewältigt werden konnten. Widrich profilierte sich daher nach einer gewissen Anlauf- und Lernzeit authentisch als *Reformerin*, die für ihre Ziele aber durch Argumente und weniger durch Druck und Überwältigung zu werben versuchte. Im Ton, in den Inhalten und in der Wahl der Mittel blieb sie stets *moderat*, was wohl einerseits ihrem persönlichen Temperament entsprach und andererseits auch von ihrem politischen Mentor Hans Katschthaler (einem Konkordanzpolitiker *par excellence*) vorgelebt und erwartet wurde. Demonstrative Härte zu zeigen, war also ihre Sache nicht (was im politischen Tagesgeschäft nicht nur Vorteile gebracht haben dürfte).
- Zwar hört es Gerheid Widrich nicht gerne, als politische „*Quereinsteigerin*“ eingestuft zu werden. Wir meinen aber doch, dass sie – mit gewissen Abstrichen – als eine solche bezeichnet werden kann. Der gängigen Definition nach handelt es sich ja dabei um Persönlichkeiten, die aus einer angesehenen beruflichen Position unmittelbar in die Politik wechseln, ohne längere parteipolitische Karriere oder Phasen spezifischer politischer Qualifizierungen davor.³²⁴ Trotz ihres Landtagsmandats ab 1984 galt sie 1989 als politisch noch so „unverbraucht“, dass man ihre Berufung in die Regierung als personalpolitische Innovation verkaufen konnte.

- Dem „Quereinsteiger“/der „Quereinsteigerin“ bleiben also per definitionem diverse mühsame Arten von „Ochsentouren“ erspart und man erwartet sich daher von ihm/ihr – weil durch die Kenntnis politischer Sachzwänge und Machtverhältnisse noch weniger desillusioniert und domestiziert – ein offeneres und couragierteres Herangehen an die politischen Probleme. Andererseits fehlen ihm/ ihr – und das traf sicher auf Gerheid Widrich zu – so etwas wie eine „Hausmacht“ in der Partei. Diese kann sachpolitischen Initiativen entscheidenden Nachdruck und Schubkraft verleihen und nebenbei auch das politische „Überleben“ sichern. Widrich fand vor allem bei ihrem politischen Mentor Hans Katschthaler Rückhalt. Er geriet dann allerdings selbst innerparteilich gehörig in die Kritik, was Widrichs Position sicher nicht aufwertete.³²⁵
- Wie Armin Wolf in seiner profunden Studie über „Image-Politik“³²⁶ zeigt, bekommen Quereinsteiger nur ganz selten in ihren Parteien *relevante Positionen* angeboten. In einer speziellen Befragung gaben fast alle an, ihre Hauptprobleme bestünden in der fehlenden Integration in die Parteiorganisation und der *mangelnden „Akzeptanz durch andere Politiker“*.³²⁷ Beides dürfte auch für Gerheid Widrich gegolten haben. Die Salzburger ÖVP blieb ihr fremd oder sollte man sagen, sie der ÖVP? Das ist keine Kritik, sondern ein nüchterner Befund. (Eine Legislaturperiode später sollte es übrigens Dr. Maria Haidinger – ebenfalls für Gesundheitsagenden zuständig – ähnlich ergehen).³²⁸ Andererseits machten es die ihr zugewiesenen und mit mancherlei Konfliktstoff verbundenen Kompetenzen auch nicht gerade einfach, mit der einen oder anderen gewichtigen Interessengruppe herzliche politische „Freundschaft“ zu schließen bzw. in dauerhafte „Tauschbeziehungen“ einzutreten. Das wichtige Geschäft des – weit über das von ihr bevorzugte sachliche Argumentieren hinaus bedeutsamen – „Dealens“ erlernte sie also nur in Ansätzen bzw. es blieb ihr fremd – was sie einerseits ehrt, andererseits dürfte dieses Manko im politisch Handwerklichen ihr politisches Gewicht nicht gerade erhöht haben.

- Jedes Regierungsamt ist – wie schon eingangs ausgeführt – zunächst durch genau definierte Kompetenzen und Rahmenbedingungen umschrieben. Die politikwissenschaftliche Regierungsforschung zeigt aber, dass modernes erfolgreiches Regieren darauf abzielen kann, den formal vorgefundenen „Handlungskorridor“ *auszuweiten* (etwa durch sog. „stilles Regieren“, durch Netzwerk-Pflege oder forciertes „Ideen-Management“).³²⁹ Gerheid Widrichs Bilanz fällt in dieser Hinsicht durchmischt aus: Im stark „vermachteten“, d.h. von zahlreichen Interessen- und Vetogruppen dominierten *Spitalsbereich* konnte sie sich als Politikerin – abgesehen von wichtigen Teilerfolgen – in wesentlichen Fragen nicht durchsetzen. – Im Bereich *Naturschutz* gelang es ihr – gestützt auf einen komfortabel breiten allgemeinen Konsens und das neue Gesetz – ihren Entscheidungsbereich im Wesentlichen auszufüllen (was Dissens im Einzelnen nicht ausschloss), während im Bereich *Frauenpolitik* organisatorisch und inhaltlich eine deutliche Ausweitung des Handlungsspielraums gelungen ist.
- Insgesamt war also Gerheid Widrich – und das verstehen wir mehr als Lob denn als Tadel – auch als Landesrätin mental und im guten Sinne sozusagen „Quereinsteigerin“ geblieben. Für die Salzburger Politik haben ihr Handeln und ihr Engagement in jenen Jahren ohne Zweifel *vielfältigen Fortschritt* und *Gewinn* gebracht.

Anmerkungen

- 1 Margit Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie.- München 1998, S. 11
- 2 Vgl. Jürgen Kocka: Struktur und Persönlichkeit als methodologisches Problem der Geschichtswissenschaft.- In: M.Bosch(Hg.): Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte.- Düsseldorf 1977, S. 152-169, hier S. 162
- 3 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Was kennzeichnet modernes Regieren? Regierungshandeln von Staats- und Regierungschefs im Vergleich.- In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 5/2001, S.15-25
- 4 Gerheid Widrich: Der Weg in die Politik, masch. Manuskript, 8.6.2014
- 5 Archiv Widrich (weiter als :AW), Mappe 72, ohne Datum
- 6 Vgl. dazu Herbert Dachs: „Denkzettel“ oder Trend? Die Salzburger Landtagswahl vom 12. März 1989. - In: Ders./R.Floimair(Hg.): Salzburger Jahrbuch für Politik 1989.- Wien-Köln 1989, S. 9-31
- 7 Vgl. zu den geänderten landespolitischen Rahmenbedingungen Herbert Dachs: Salzburgs Parteien – Zwischen Berg und Tal.- In: Ders./Chr. Dirninger/R. Floimair (Hg.): Übergänge und Veränderungen. Salzburg vom Ende der 1980er Jahre bis ins neue Jahrtausend Wien-Köln 1913, S. 105-178, hier S. 117-121
- 8 Stenogr. Protokolle des Salzburger Landtags (weiter als: Landtagsprotokolle), 3.5.1989, S. 84 ff.
- 9 Vgl. dazu Herbert Dachs: Wolfgang Radlegger – ein Politiker „ohne Fehl und Tadel“? Vom Bemühen um Gestaltung und Differenz im Konkordanzmilieu.- In: Ders./R.Floimair u.a.(Hg.): Wolfgang Radlegger. Ein Mitgestalter seiner Zeit.- Wien-Köln 2007, S. 19-84, hier S. 68-78
- 10 AZ/Salzburger Tagblatt, 25.6.1990, S.6
- 11 Vgl. Herbert Dachs: Die Salzburger Parteienarena 1975-1989.- In: Ders./R.Floimair u.a. (Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den siebziger und achtziger Jahren.- Wien-Köln 2001, S.53-115, hier S.107-111
- 12 Franz Schausberger: Politischer Klimawandel in Salzburg. Die ÖVP im Salzburger Landtag 1989-1996.- In: Michael Neureiter (Hg.): Hans Katschthaler für Bildung, Kultur und Natur.- Salzburg 2013, S. 28-55, hier S. 28
- 13 Zitiert nach Salzburger Nachrichten (weiter als SN), 18.3.1989, S. 20
- 14 SN 15.3.1989
- 15 Vgl. Gerheid Widrich: Der Weg in die Politik, masch. Manuskript 8.6.2014
- 16 AZ/Tagblatt 14.3.1989, S. 13
- 17 SN 16.3.1989, S.15

- 18 Manfred Perterer: Die Salzburger ÖVP beschreitet einen neuen Weg.- In: SN 16.3.1989, S.1
- 19 AZ/Tagblatt 16.3.1989, S.11
- 20 SN 16.3.1989, S. 15
- 21 Vgl. zur Geschäftsordnung der Salzburger Landesregierung im Detail: Landesgesetzblatt für das Land Salzburg vom 3.Mai 1989, S. 61-64
- 22 Landtagsprotokolle 3.5.1989, S.36-58
- 23 SN 9.5.1989, S.13
- 24 SN 18.5.1989, S.17
- 25 Christian Graf von Krockow: Reform als politisches Prinzip.- München 1976, S. 20 f.
- 26 Ebda. S.119
- 27 Paper in AW, Mappe 47.4
- 28 Salzburger Wirtschaft, 26.7.1990
- 29 Brief vom 24.7.1990; Antwort Widrich 17.8.1990; beide AW 47.4
- 30 Presseausendung-Widrich,7.8.1990, AW, 47.4
- 31 Flugblatt LKA-Aktuell, 7.8.1990, AW Mappe 47.4
- 32 Wie FN 29; Brief Widrich 17.8.1990, AW 47.4
- 33 Aktenvermerk 12.9.1990, AW 47.4
- 34 Anfrage in AW 47.4
- 35 „SPÖ-Widerstand gegen Privatisierung des LKH“, in: SN 23.1.1991
- 36 Widrich Presseausendung, 23.1.1991, AW 47.4
- 37 Widrich an Katschthaler, 10.5.1991, AW 47.4
- 38 Amtsbericht zur Begründung des Regierungsbeschlusses, AW 47.4
- 39 Landeskorespondenz (weiter als: LK), 1.7.1991, S. 17 f.
- 40 LK 4.7.1991
- 41 Brief Brunner 17.7.1991; Brief Widrich 25.7.1991; beide AW 47.4
- 42 29.8.1991, AW 47.4
- 43 Handschriftliches Konzept, 23.9..1991, AW 47.4
- 44 Unterlagen für Klubberatung, AW 47.6
- 45 Endbericht, 73 Seiten, AW 47.6
- 46 LK 19.12.1991, S. 19 ff.
- 47 Brief 16.12. 1991, AW 47.4
- 48 SN 15.1.1992
- 49 Stellungnahme Widrich, AW 47.6
- 50 Widrich an Katschthaler,12.2.1992, AW 47.6
- 51 Schreiner an Widrich, 4.3.1992, AW 47.6
- 52 Brief Bittner an Widrich und Katschthaler, 17.1.1992, AW 47.6
- 53 Zitiert nach Salzburger Fenster, 29.1.1992
- 54 Brief der Primärärzte, 3.2.1992, AW 47.6
- 55 Brief Sr. Oberin F. Mohr, 4..2. 1992, AW 47.6
- 56 Brief vom 17.12.1992, AW 47.6

- 57 Brief an Widrich, 28.2.1992, AW 47.6
- 58 Vgl. FSG-Personalvertreter, März 1992, S. 4
- 59 Bericht 20.2.1992, AW 47.6
- 60 Brief an Widrich, 20.2.1992, AW 47.6
- 61 Amtsbericht mit Beilagen, 25.3.1992, AW 47.6
- 62 Überarbeiteter Endbericht, März 1992, S.2, AW 47.6
- 63 Vgl. Strukturreform der Salzburger Landeskrankenanstalten (Phase III). Offert; AW 47.6
- 64 Beschluss im Umlaufweg, 6.4.1992, AW 47.6
- 65 Expertengruppe Entwicklung der Landeskrankenhäuser, 30.4.1992, AW 47.6
- 66 Primärärztევorschlag, AW 47.6
- 67 16.Juli 1992, 34 Seiten, AW 47.6
- 68 Vgl. Martin Stricker: Spitalsreform: Festhalten an Einsparung der Direktoren.- SN 27.7.1992
- 69 Anfragebeantwortung 11. 8.1992
- 70 Exposé 26.8.1992 an Widrich, AW 47.6
- 71 25.8.1992 an Widrich, AW 47.6
- 72 Brief 3.8.1992, AW 47.6.
- 73 Brief 7.8.1992, AW 47.6
- 74 Brief am 12.8.1992, AW 47.6
- 75 Reforminfo Nr.1 am 27.8.1992, AW 47.6
- 76 Brief vom 20.8.1992, AW 47.6
- 77 Brief vom 9.7.1992, AW 47.6
- 78 Brief vom 17.9.1992, AW 47.6
- 79 Aktenvermerk Dr.M.Nake
- 80 Flugblatt der ÖAAB-FCG Betriebsgruppe 28.9.1992, AW 47.6
- 81 „Endlich Klarheit“, Flugblatt, AW 47.6
- 82 Brief an Katschthaler am 30.9.1992, AW 47.6
- 83 Pressemitteilung 30.9.1992, AW 47.6
- 84 Reforminfo Nr.2, 23.9.1992, AW 47.6
- 85 Aktennotiz-Widrich 13.10.1992, AW 47.6
- 86 Aktennotiz-Widrich 30.11.1992; vgl. ausführlicher: Humanomed: Kostenmäßige Implikationen der Ausgliederung.- November 1992; beide AW 47.6
- 87 Zusammenfassung Endbericht – Entwurf, 26.11.1992, AW 47.6
- 88 Brief Diemath 7.12.1992; Antwort Widrich 14.12.1992; beide AW 47.6
- 89 Brief Diemath, 19.12.1992, AW 47.6
- 90 Vgl. SN 22.12.1992
- 91 Vgl.u.a. Schreiben an Humanomed vom 11.1.1993, AW 47.6; SN 29.1.1993
- 92 LK 1.2.1993, S. 19-25
- 93 Brief Widrich an Buchleitner, 10.3.1993, AW 47.6

- 94 A.Wagner an M.Nake, 22.3. 1993, AW 47.6
95 Bittner an Schausberger, 28.1.1993, AW 47.6
96 Brief an Schausberger 26.1. 1993; vgl. SN 4.2.1993; AW 47.6
97 Vgl. SN 5.2. 1993LK 4.2.1993, S. 21
98 LK 4.2.1993, S.21
99 Widrich an Bittner, 18.2.1993, AW 47.6
100 Bittner an Widrich, 1.3.1993, AW 47.6
101 Bittner an Humanomed, 30.3.1993, AW 47.6
102 Brief Diemath/Unger an Widrich, 11.3.1993, AW 47.6
103 Diemath an Schreiner, 5.4.1993; Brief Projektgruppe (Konzept),
ohne Datum; beide AW 47.6
104 Widrich an Schnell, 29.6.1993, AW 47.6
105 LK 16.9.1993, S.3
106 Vgl. SN 30.10.1993; SVZ 30.10.1993
107 Vgl. SN 3.11.1993
108 Brief Diemath an Treschnitzer, 3.11.1993, AW 47.6
109 Briefkonzept, ohne Datum, AW 47.6
110 Brief Diemath an Widrich, 27.6.1990, AW 47.7
111 Brief Widrich an Diemath, 10.7.1990, AW 47.7
112 Diemath an Widrich, 16.7.1990, AW 47.7
113 18.2.1991, AW 62
114 Aktenvermerk Widrich, 19.2.1991, AW 62
115 Vgl. SN 27.3.1991
116 Vgl. SN 29.3.1991
117 Brief und Konzept, 10.4.1991, AW 62
118 Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 16.9.1991, 16.10.1991, AW 62
119 Vgl. Martin Stricker: LNK: Streit um Fortbildungsgelder.- In: SN 26.2.1992
120 SN 2.3.1992
121 Krohn an Widrich, 11.11. 1991; vgl. auch SN 14.11.1991; beide AW 62
122 Krohn an Widrich, 22.11. 1991, AW 62
123 Baumann an Widrich, 12.12. 1991, AW 62
124 Danzinger an Widrich, 24.2.1992, AW 62
125 Diemath an Danzinger, 24.2. 1992, AW 62
126 Danzinger an Diemath, 3.3.1992, AW 62
127 SN 6.3.1992
128 LK 20.3.1992, S.1
129 Brief an Widrich, 22.7. 1992; ähnlich Brief Rainer an Widrich
22.7.1992; alle AW 62
130 Brief Diemath an Schreiner, 24.7.1992, AW 62
131 Brief Diemath an Widrich, 10.7.1992, AW 62
132 Brief Diemath an Widrich, 27.7.1992, AW 62
133 Brief Widrich an Diemath, 3.8.1992, AW 62
134 Amtsbericht 27.7.1992, AW 62

- 135 Vgl. SN 4.8.1992; LK 5.8.1992, S.1 f.
136 Vgl. SN 6.8.1992
137 Bericht Widrich an Schreiner, 26.5.1993; Bericht Abtlg. 15,
10.5.1993; Danzinger an Diemath, 30.3.1993; alle AW 62
138 LK 25.5.1989, S.17
139 Menzel in LK 5.6.1989, S.13
140 Widrich, zitiert nach Kronenzeitung, 19.4. 1990
141 LK 8.6.1989, S. 15; vgl. Landeszeitung (1989), Nr. 18
142 LK 17.8.1989, S.6; SN 4.10.1989
143 Kronenzeitung 9.9.1989
144 Kronenzeitung 30.10.1989
145 Kronenzeitung 11.4.1990
146 LK 12.4.1990, S. 10
147 SN 21.4.1990; LK 10.4.1990, S.13
148 Vgl. SN 21.11.1989
149 Kronenzeitung 22.11.1989
150 LK 18.4.1990, S.15
151 Vgl. SN 19.4.1990
152 LK 2.5.1990, S. 13
153 Vgl. Kronenzeitung, 12.5.1990
154 Zit.nach Salzburger Tagblatt, 19.5.1990
155 Radiorede 17.6.1990, Manuskript, AW 47.9
156 LK 15.6.1990, S. 11
157 Zitiert nach Kronenzeitung 20.4.1990
158 Vgl. SN 23.8.1990
159 Vgl. SN 17.10.1990; Kronenzeitung(weiter als KZ) 17.10.1990;
Tagblatt 17.10.1990
160 LK 2.3.1993, S.1
161 SN 15.10. 1992
162 Vgl. Beantwortung der Anfrage der Abg. Hofer am 30.11.1992; LK
25.11. 1992; 20.12.1992;6.8.1993; Salzburger Landeszeitung 17.8.1993
163 Brief 16.5.1991, AW 47.9
164 Brief Hofer an Krohn, 27.6.1991, AW 47.9
165 Brief Widrich an Thaler 31.7.1991, AW 47.9; LK 1.8.1991, S. 14; SN
2.8. 1991
166 SN 2.8.1991; Brief Orthner an Widrich 14.8.1991, AW 47.9
167 Pinzgauer Nachrichten (weiter als:PN), 14.8.1991
168 PN, 26.9.1991
169 PN 10.10.1991
170 PN 24.10.1991
171 PN 10.10.1991
172 PN 1.7.1993
173 PN 8.7.1993

- 174 PN 2.9.1993
- 175 Vgl. Landesgesetzblatt für das Land Salzburg, 3.5.1989
- 176 Vgl. Karl-Werner Brand u.a.: Ökologische Kommunikation in Deutschland.- Opladen 1997
- 177 Vgl. ausführlich: Dieter Pesendorfer: Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik in der Ära Haslauer.- In: H.Dachs, E.Hanisch u.a.(Hg.): Die Ära Haslauer. Salzburg in den 70er und 80er Jahren.- Wien 2001, S. 331-385
- 178 Hans Katschthaler: „Ich suche das Gespräch mit den Menschen“. Antrittsrede.- In: R.Floimair(Hg.): Landtagswahl 1989.- Salzburg 1989, S. 131-148, hier S. 133 f.
- 179 Interview im Salzburger Fenster, 14.7.1993
- 180 Antrag vom 24.5.1989, Nr. 32 d. Beilagen zu den Landtagsprotokollen
- 181 Landesgesetzblatt für das Land Salzburg 17.10.1977
- 182 Vgl. SN 6.7.1990
- 183 Johann Staffl: Neues Naturschutzgesetz – noch mehr hoheitlicher Naturschutz? - In: Salzburger Bauer, 24.1.1991
- 184 Terminplan, AW 5; LK 10.7.1991, S.5; LK 12.7. 1991, S.5; LK 17.7.1991, S.6; LK 19.7.1991, S.4; LK 22.7.1991, S.7; Salzburger Bauer, 8.8.1991
- 185 Wermutstropfen.- In: SN 6.7.1990
- 186 Presseunterlage, 14.10.1991, AW 5; SN 15.10.1991
- 187 Vgl. LK 16.10.1991, S. 1 ff.
- 188 Vgl. LK 27.2.1992, S. 1 f.
- 189 Landesgesetzblatt für das Land Salzburg, vom 29.5. 1992
- 190 Landtagsprotokolle, 11.3.1992, S. 656 ff.
- 191 Ebda. S. 660 f.
- 192 Ebda. S.662
- 193 Ebda. S. 651-653
- 194 Erik Loos: Salzburger Naturschutzgesetz 1993. Kommentar.- Salzburg 1993, hier S. 9; vgl. auch ausführlich zur Vorgeschichte: Johannes Straubinger: Sehnsucht Natur.-Band 3: Naturkatastrophe Mensch-Ende oder Wende.- Salzburg 2009, hier S. 117-154
- 195 LK 29.5.1992,S.11; LK 1.7.1992,S.16
- 196 Vgl. Loos S. 21
- 197 Manfred Perterer: Ist die Natur in unserem Land käuflich? In: SN 20.1.1995
- 198 LK 2.11.1993, S. 4 f.
- 199 Unterlage „Rotsterniges Blaukehlchen – Hundsfeldmoor am Ober-tauern“, 15.3.1990, AW 9
- 200 Festrede Widrich zur Präsentation der Postkarte „Das Rotsternige Blaukehlchen“, 26..6.1992
- 201 Zit. nach SN 24.1.1991

- 202 Lungauer Nachrichten (LN), 9.1.1992; LK 18,12.1991
203 Widrich an Präsidentin Helga Rabl-Stadler, 8.2.1991, AW 1.4
204 Vgl. SN 28.10.1992; PN 5.11.1992;SVZ 5.1.1993
205 Vgl. SN 14.9.1990; KZ 12.10.1990, 29.10.1990; Flachgauer Nachrichten (weiter als: FN) 6.12.1990; SN 3.1.1991
206 FN 3.1.1991
207 Anfragebeantwortung, 17.12.1990
208 Vgl. SN 11.4.1991
209 Zit. nach SN 2.7.1991
210 LK 2.7.1991, S. 16
211 Schnell an Widrich, 30.10.1992
212 Widrich an Schnell, 17.11.1992
213 LK 3.12.1992, S.1 f.
214 ÖVP-Informationssdienst 3.12.1992
215 KZ 5.12.1992
216 Vgl. SN 5.12.1992; KZ 14.12.1992
217 Brief 25.1.1993, AW 1.4
218 Z.B. LK 7.5.1993
219 LK 10.5.1993, S. 18-22
220 KZ 11.5.1993
221 SN 11.5.1993, 12.5.1993
222 Vgl. SN 14.9.1990
223 LK 1.8.1990, S.4
224 Vgl. SN 2.8.1990; PN 9.8.1990; Lungauer Nachrichten (LN) 9.8.1990
225 20.9.1990
226 Widrich an Österreichische Gesellschaft für Vogelkunde 18.12.1990
227 Vgl. LN 20.9.1990
228 LK 18.1.1991, S.27
229 LN 28.2.1991
230 Stüber an Widrich, 18.2.1991; Widrich an Stüber 20.2.1991; AW 1.4
231 Mory an Widrich, 25.4.1991, 26.4.1991, AW 1.4; vgl. SN 2.5.1991; LN 8.5.1991
232 Widrich an Mory 8.4.1991
233 Gutachten Spitzberger/Bauer, 15.4.1991, AW 1.4
234 Stüber an Widrich 27.5.1991, AW 1.4; LN 27.7.1991; SN 20.6.1991
235 Brief Bezirksbauernkammer 28.5.1991, AW 1.4
236 Aktenvermerk 5.6.1991, AW 1.4
237 Schreiben 23.5.1991, AW 1.4
238 Aktenvermerk 24.5.1991, AW 1.4
239 Vgl. Presseaussendung Stüber o.D., AW 1.4; SN 4.11.1991, 5.11.1991
240 Aktenvermerk 5.11.1991, AW 1.4
241 Bescheid des Golfplatz Saumoos, wasserrechtliche Bewilligung, 18.11.1991, 38 Seiten; AW 1.4

- 242 Ebda. S. 9
- 243 Zit. nach LN 8.7.1993
- 244 Gutachten 11.9.1985, AW 1.4
- 245 Steindl an die BH Salzburg-Umgebung, 20.9.1985, AW 1.4
- 246 Aktenvermerk 29.9.1989, AW 9
- 247 LK 29.9.1989, S. 11; SN 30.9.1989; KZ 12.10.1989
- 248 Widrich an Interessentengemeinschaft, 6.10.1989, AW 1.4
- 249 Protokoll 21.11.1989, AW 1.4
- 250 Stüber an Widrich 14.12.1989, AW 1.4
- 251 Infoblatt Interessengemeinschaft der Dauercamper am Fenningerspitz, 24.9.1990, AW 9
- 252 Aktenvermerk an Widrich, 23.11.1990, AW 1.4; LK 26.11.1990
- 253 Widrich an Interessentengemeinschaft 11.11.1991, AW 1.4
- 254 Mitteilung, ohne Datum, AW 1.4
- 255 Hansjörg Rainer an Widrich, 15.10.1992, AW 1.4
- 256 Widrich an verschiedene Adressaten 29.10.1992, AW 1.4
- 257 LK 11.2.1994, S.16-18; Brief Widrich an Steindl 8.2.1994, AW 9
- 258 Rede K.Steindl bei Protestversammlung, Redemanuskript, 11.2.1994, AW 9
- 259 Zit. nach SN 9.2.1994
- 260 Presseinformation der Interessengemeinschaft der Dauercamper am Fenninger Spitz, 17.2.1994, AW 9
- 261 Vgl. als Beispiel: K.Kratz/L.N.Trallori (Hg.): Liebe, Macht und Abenteuer. Zur Geschichte der Neuen Frauenbewegung in Wien.- Wien 2013
- 262 Ingrid Bauer: „Zu früh auf die Welt gekommen....?“ Erfahrungen der ältesten noch lebenden Frauengeneration.- In: Frau sein in Salzburg. XI. Landes-Symposium am 17.November 1990.- Salzburg 1991, S.27-38, hier S. 28
- 263 Widrich an Gollhammer, 13.7.1989, AW 1.6
- 264 Frauenfragen (masch. Konzept), o.D.(1989), AW 1.3
- 265 Radiorede 6.1.1991 (masch. Manuskript), AW 1.1
- 266 Zit. nach SN 28.9.1989
- 267 Widrich an Dohnal, 2.5.1991, AW 1.6
- 268 SVZ 15.12.1989; SLZ 9.1.1990; Pressenotiz Widrich 15.12.1989, AW 1.3
- 269 Landtagsprotokolle, Sitzung 4.4.1990, S. 944-951
- 270 Ebda. 20.3.1991, S. 889-895
- 271 Widrich, Eröffnungsrede 8.3.1990, AW 1.3 (Manuskript)
- 272 Unterlagen Pressekonferenz(masch.) 5.3.1992, AW 1.1; LK 5.3.1992, S.16-18
- 273 Widrich an Herfried Hueber, 21.6.1989, AW 1.1
- 274 Beilagen zu Landtagsprotokollen (2. Session der 10.GP) (1992) (weiter als Beilagen) – Konzept, AW 1.1
- 275 LK 14.3.1990, S.13
- 276 Nr.193 der Beilagen, 2.Session, 10.GP 24.1.1990; LK 25.1.1990, S.8 f.

- 277 Widrich, Vortrag im Rotary-Club 23.9.1992, masch., AW 1.1; LK
11.3.1991, S.29 f; Widrich, Presseinfo 2.5.1991, AW 1.1
- 278 Zit. nach SN 27.11.1993
- 279 LK 26.11.1993, S. 1-2
- 280 Widrich an Katschthaler, 3.5.1993, AW 1.1
- 281 Widrich an Rotschopf, 5.11.1993, AW 1.1
- 282 Burgstaller (IAK) an Widrich, 30.3.1990, AW 1.1
- 283 Widrich an IAK, 29.5.1990, AW 1.1
- 284 Pointner-Jallitsch an Widrich, 11.7.1990, AW 1.1
- 285 Nr.484 der Beilagen, 2.Session 10.GP, 4.7.1990
- 286 Nr. 167 der Beilagen, 3.Session, 10.GP, 14.11. 1990; LK 14.11.1990, S.11 f.
- 287 Salzburger Landeszeitung, 3.12.1991
- 288 LK 17.12.1992; Redemanuskript Widrich (masch.), o.D. (Dez.1992), AW 1.1
- 289 Ebda.
- 290 Salzburger Wirtschaft, 23.12.1992
- 291 Zit. nach Redemanuskript Widrich (masch.), o.D. (Dez. 1992), AW 1.1
- 292 Widrich an Puttinger, 18.12.1992, AW 1.3
- 293 Zit. nach Kurier 19.12.1992
- 294 Widrich an Kiefer, 24.11.1992, AW 1.6
- 295 LK 1.10.1991, S. 9 f.
- 296 Salzburg 1991, 230 Seiten
- 297 Vgl. die ausführliche Debatte im Salzburger Landtag am 8.7. 1992
- 298 Ebda. S. 1041
- 299 KZ 10.2. 1994
- 300 Landtagsprotokolle, 15.12.1992, S. 259
- 301 Widrich: Frauenplattform Lungau (masch.), 18.2.1993, AW 1.3
- 302 Zit. nach Salzburger Fenster, 14.7.1993
- 303 Zit. nach SN 1.9.1993
- 304 Nr.486 der Beilagen zu den Landtagsprotokollen, 24.4.1991
- 305 Gasteiger, Aktenvermerk, 14.3.1991, AW 1.2
- 306 Radiorede, Manuskript, 4.8.1991, AW 1.2
- 307 Vgl. LK 9.7.1992, S.1-4; LK 18.8.1993, S. 4 f.; SLZ 21.9.1993; LK 7.1.1994, S. 1-3
- 308 Katschthaler: Radiorede (Manuskript), 5.1. 1992, AW 1.2; Widrich
Presseausendung, 26.6.1992, AW 1.2; SLZ 24.11.1992, 22.12.1992
- 309 SN 22.1.1992
- 310 Vgl. SVZ 4.8.1993
- 311 Vgl. Salzburger Fenster, 5.1. 1994
- 312 Familienpolitischer Beirat vom 29.9.1993, Protokoll, AW 1.2
- 313 Vgl. Familienpolitischer Beirat vom 2.4. und 29.9.1993, Protokolle, AW 1.2
- 314 „Jetzt wäre ich so richtig in Schwung“.- In: Salzburger Fenster, 14.7.1993
- 315 SN 1.9.1993
- 316 Zit. nach Salzburger Fenster, 14.7.1993

- 317 Vgl. dazu ausführlich Herbert Dachs: „Es wird kein Stein auf dem
anderen bleiben...“ Über politische Veränderungen im Land Salz-
burg 1993-1995.- In: H. Dachs/R. Floimair (Hg.): Salzburger Jahr-
buch für Politik 1995.- Salzburg-Wien 1995, S. 28-53
- 318 Zit. nach SN 15.3.1994
- 319 Max Weber: Politik als Beruf.- Berlin 1982, S. 15 f.
- 320 Vgl. Bestätigung der Salzburger Ärztekammer 14.7.1989, AW 72
- 321 Vgl. DeFelice/E.Gene: Separating Professionalism from Pragmatism.
In: American Journal of Political Science.- 25/Nr.4, zitiert nach
Wolfgang C.Müller: Persönlichkeit und Politik.- In: H. Dachs/ P. Gerlich/
W.C.Müller(Hg.): Die Politiker. Karrieren und Wirken bedeutender Re-
präsentanten der Zweiten Republik.- Wien 1995, Manz, S.15-25, hier S. 17
- 322 Salzburger Fenster, 14.7.1993
- 323 Vgl. dazu Herbert Dachs: Einleitung.- In: Ders. (Hg.): Der Bund und
die Länder. Über Dominanz, Kooperation und Konflikte im öster-
reichischen Bundesstaat.- Wien-Köln 2003, S. 7-15; ähnlich auch
Franz Lehner: Grenzen des Regierens.- Königstein a.T. 1979, S. 169
- 324 Vgl. Dietrich Herzog: Politische Karrieren. Selektion und Profession-
alisierung politischer Führungsgruppen.- Opladen 1975, S. 130
- 325 Vgl. Herbert Dachs: Salzburgs Parteien – Zwischen Berg und Tal.
Die Parteien-Arena Ende der 80er Jahre bis 2004.- In: Ders./ Chr.
Dirninger/R. Floimair(Hg.): Übergänge und Veränderungen.
Wien-Köln 2013, S. 105-178, hier S. 105-156
- 326 Prominente Quereinsteiger als Testimonials der Politik.
Baden-Baden 2007, S. 361
- 327 Ebda. S.362
- 328 Vgl. Walter Thaler: Sternschnuppen und Fixsterne in der Politik.
Quereinsteiger in Salzburg.- Wien 2008, S. 91-96
- 329 Vgl. dazu Korte, Was kennzeichnet modernes Regieren?, FN 3

Fünf Jahre bei Landesrätin Gerheid Widrich

Was gibt es zu erzählen und berichten über meine fünf Jahre dauernde Zusammenarbeit als politische Sekretärin mit Landesrätin Gerheid Widrich? Die wesentlichen Fakten zur Ressorttätigkeit von LR Widrich in der Regierungsperiode 1989-1994 hat bereits Univ.-Prof. Dr. Herbert Dachs umfassend in seinem Bericht „Die moderate Reformerin“ zusammengetragen und dort auch eine vorsichtige Einschätzung von ihr als politische Akteurin gegeben.

Ergänzend bleiben in erster Linie daher Erinnerungen und Eindrücke, durchaus auch persönlicher Art, vom Zentrum, aber auch vom Rande des Geschehens.

Das Team um Landesrätin Widrich

Das Team, das waren: Dr. Michael Nake, politischer Sekretär – zuständig für Gesundheit und Spitalswesen – und Dr. Rosmarie Drexler, politische Sekretärin und Büroleiterin – zuständig für Naturschutz, Frauen, Familien und Kinderbetreuung.

Die Termine verwaltete im Sekretariat stets bestorganisiert Gisela Bauer. Die gute Seele des Büros mit sehr viel Erfahrung war unsere Frau Bruckmoser, die oft schon um 7 Uhr und auch noch um 22 Uhr da war, und Herr Karl Meißnitzer lenkte zuverlässig den Dienstwagen der Landesrätin.

Als LR Widrich nach Sekretären für ihr Ressort suchte, kam ich zum Vorstellungsgespräch in ihre Ordination, ein Umfeld, das mir vertraut war, da ich

aus einem Arzthaushalt komme und neben meinem JUS-Studium auch eine Ausbildung als medizinisch technische Assistentin absolviert habe. In unseren Fähigkeiten ergänzten wir uns sehr gut, denn sie als Medizinerin war geschult, schnell eine Diagnose zu stellen und sofort zu handeln, ich als Juristin hatte in meiner Ausbildung vor allem strategisches Denken gelernt. Von Beginn an hatten wir daher wohl beide das Gefühl, gut miteinander zu können, und ich nahm die angebotene Stelle als ihre politische Sekretärin und Büroleiterin an.

Dass diese Entscheidung eine gute war, daran zweifle ich bis heute nicht. Denn zweierlei ist mir auch nach 20 Jahren noch in Erinnerung: 1. die positive Stimmung im Büro, wo es immer Platz gab für Lachen und Heiterkeit, und 2. die hohe Wertschätzung, die die Landesrätin unserer Arbeit entgegenbrachte.

Das Büro

Unser Büro war in der Sebastian-Stief-Gasse 2 im zweiten Stock gelegen, uns standen sechs Räume zur Verfügung – ein von verschiedenen Abteilungen genutzter Sitzungsraum, zwei Sekretariatsräume, je ein Raum für die politischen Sekretäre und ein Raum mit Blick in den begrünten Innenhof für die Landesrätin. Nicht zu vergessen die tischlose kleine Küche, in der man nur wie aufgefädelt an einem Wandbord sitzen konnte, die aber trotzdem regelmäßiger Besprechungs-Treffpunkt für uns war.

Der Büroraum von LR Widrich war sehr modern ausgestattet, u.a. mit einem damals sensationell ovalen Besprechungstisch und einem bequemen Sessel für kurze Erholungspausen zwischen durch. Die Bilder an den Wänden waren die einzigen persönlichen Gegenstände in ihrem Arbeitszimmer und als ich diese Malereien zum ersten Mal sah, war ich entsetzt. Aufgewachsen mit Bildern des 16. und 17. Jahrhunderts war es für mich ein Schock, Bilder

von Wolfgang Hollegga, Drago Prelog oder Jean Paul Chambas zu sehen. In den fünf Jahren im Büro von LR Widrich habe ich allerdings sehr viel über moderne Kunst erfahren und ich interessiere mich heute sehr für moderne Malerei und auch für moderne Musik.

Für Besprechungen saßen LR Widrich, Dr. Nake und ich meistens im vom vielen Zigaretten- und Zigarrenrauch vernebelten Büro meines Kollegen Dr. Nake zusammen, was aber der Klarheit unserer Gedanken keinen Abbruch tat, sondern uns vielmehr zu anregenden Diskussionen motivierte.

Eine meiner ersten Aufgaben als Büroleiterin war, zuerst einmal ein Büro einzurichten und für die richtigen Namensschilder zu sorgen. Dr. Widrich war schließlich die erste Frau in der Landesregierung und hatte den Bereich Frauenpolitik in ihrem Ressort, der wiederum zum ersten Mal als eigener Kompetenzbereich in der Landespolitik angeführt wurde. Da war es natürlich eine Verpflichtung, die Beschriftung der Schilder mit der weiblichen Form vorzunehmen. Zwar hat es etwas Überzeugungsarbeit bei den „Beamten“ gebraucht, um dies durchzusetzen. Es war aber in diesem Fall durchaus von Vorteil, in einem hierarchischen System zu agieren und zu erklären, dass die Landesrätin das eben so will...

Der Alltag

Im Regierungsbüro musste anfangs erst ein gewisser Rhythmus und Tagesablauf gestaltet werden. Der Arbeitstag für LR Widrich begann normalerweise damit, dass sie der Chauffeur um 8 Uhr von ihrem Zuhause auf dem Mönchsberg abholte. Wenn sie im Büro erschien, mussten mein Kollege Dr. Nake und ich die Zeitungen bereits durchgesehen und uns Reaktionen auf relevante Berichte überlegt haben. Daher trafen wir politischen Sekretäre uns schon um 7.30 Uhr zum ersten Austausch in der Küche, wo sich kurz nach acht schließlich das gesamte Büroteam mit LR Widrich versammelte.

Da gab es natürlich Kaffee für alle, nichtsdestoweniger waren diese Küchengespräche intensive Arbeitsgespräche, in denen die tagesaktuellen Medienberichte diskutiert wurden. Manche Zeitungsartikel ließen dabei dunkle Stimmungswolken aufziehen und die gute Morgenlaune der Landesrätin schwand gelegentlich. – Ungefähr um 8 Uhr 15 folgte die Postbesprechung mit LR Dr. Widrich, Dr. Nake, mir und der für die Terminkoordination zuständigen Sekretärin Gisela Bauer. In dieser halbstündigen Besprechung gingen wir die täglichen Termine durch, erledigten die Post und beschlossen dringende Maßnahmen.

Danach machte sich im Büro eine gewisse Hektik breit, da bis 10 Uhr Presseausendungen im Pressebüro des Amtes der Landesregierung eintreffen mussten. Diese wurden dort redaktionell überarbeitet und um 11 Uhr an die Medien verschickt. Dr. Nake und ich hatten also etwa eineinhalb Stunden Zeit zu recherchieren, einen Medientext zu entwerfen und eine politische Aussage zu formulieren.

Im weiteren Tagesverlauf ging es meist pausenlos von Termin zu Termin. Erst am späteren Nachmittag um ca. 17 Uhr trat dann langsam Ruhe ein und wir fanden Zeit, Briefe zu schreiben und die Büroarbeit zu erledigen. Es war aber auch Zeit, gemeinsam mit der Landesrätin den Tagesablauf zu reflektieren und in den verschiedensten Bereichen Maßnahmen zu entwickeln.

Anstrengende Abwechslung boten an Freitagen die Gemeindebesuche in den Bezirken Salzburgs. Wir starteten um 12 Uhr mittags und absolvierten dann ein im Vorfeld mit dem jeweiligen ÖVP-Bezirkssekretär abgesprochenes Programm. Bis alle Gespräche geführt, alle Initiativen gehört und alle Reden gehalten waren, wurde es aber oft sehr spät. Wenn uns dann gegen Mitternacht Herr Meißnitzer wieder heimchauffierte, mit Tempo 100 auf der Tauernautobahn, zog sich der Arbeitstag gleich noch mehr in die Länge. Doch Herr Meißnitzer – verantwortungsbewusster Fahrer, der er war – war durch nichts in der Welt dazu zu bewegen, das Tempolimit zu ignorieren.

Wöchentlicher Jour fixe beim Landeshauptmann

Montags gab es üblicherweise um 8 Uhr eine Sitzung bei LH Dr. Hans Katschthaler. Anwesend waren alle ÖVP-Regierungsmitglieder, der damalige Bürgermeister von Salzburg Dr. Josef Dechant, die Präsidentin der Wirtschaftskammer Dr. Helga Rabl-Stadler und die Sekretäre der einzelnen Regierungsbüros. Von diesen Sitzungen, in denen Strategien besprochen und Meinungen ausgetauscht wurden, profitierten alle Beteiligten, auch wir Sekretäre lernten dadurch, vernetzter für unsere Ressorts zu denken und zu arbeiten. – Der Kaffee bei diesen Sitzungen war allerdings nie der beste und wir freuten uns immer, wenn wir in unserem Büro wieder unseren eigenen Kaffee bekamen.

Naturschutz

Der Ressortbereich Naturschutz war von etlichen Konflikten mit der Wirtschaftskammer geprägt, trafen doch in der Person von LR Widrich als Vertreterin des Wirtschaftsbundes und als Ressortverantwortliche für Naturschutz zwei bekanntermaßen recht schwer kompatible Bereiche aufeinander.

Interessenskonflikte waren vorprogrammiert, denn die einen forderten von LR Widrich die Wirtschaft und deren Interessen zu vertreten, die Seite der Naturschützer verlangte klarerweise den Einsatz der Landesrätin für den Naturschutz.

Zum damaligen Zeitpunkt war es für Regierungsmitglieder üblich, 100 Tage nach Amtsantritt eine Pressekonferenz zu geben und dabei die zentralen Zielsetzungen des Ressorts sowie bereits geleistete Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen. Obwohl 100 Tage für eine umfassende Einarbeitung in die verschiedenen Bereiche natürlich zu kurz sind, präsentierten wir mutig und entschlossen die Grundzüge der geplanten Novelle des Salzburger Naturschutzgesetzes aus dem Jahr 1977, deren wesentliche Punkte die Einfüh-

zung einer Naturschutzabgabe von den Betreibern von Schottergruben, die Einführung des Vertragsnaturschutzes und ein gesetzlicher Schutz für ökologisch wertvolle Flächen waren.

Nach dieser Pressekonferenz liefen die Telefone heiß – die Vorschläge zur Novellierung schienen vor allem Vertretern der Wirtschaft und der Bauern zu wenig abgesprochen. Wobei das forsche Vorgehen unseres Ressorts den Vorteil hatte, dass zumindest einige elementare Aspekte 1992 umgesetzt werden konnten – der Bürgerliste war dieses Gesetz ja trotz allem noch viel zu lahm – und die Novelle nicht schon im Vorfeld an den Widerständen der Bünde völlig zerbröselte.

Familie

1992 wurde unter der Ressortführung von LR Widrich die Salzburger Familienförderung eingeführt. Das Land Salzburg hat dafür 40 Millionen Schilling in die Hand genommen. Der Umsetzung waren lange Verhandlungen mit Interessensgruppen und Parteien vorausgegangen, aber auch mühsame Gespräche mit der Statistik, die zahlreiche unterschiedliche Berechnungsmodelle zu Fördermöglichkeiten vorlegte.

LR Widrich setzte sich abseits von trockenen Zahlen und Statistiken aber auch sehr persönlich für Anliegen im Familienbereich ein. So kann ich mich an zahlreiche Telefonate und Gespräche mit Salzburger Banken erinnern, in denen sie Überzeugungsarbeit dahingehend leistete, einkommenslose Ehefrauen bei Kreditvergaben nicht haften zu lassen.

Den von Alt-Landeshauptmann Haslauer angedachten Familienpass setzte die Landesrätin um – in erweiterter Form gibt es ihn heute noch. Damals schien es uns schon eine große Innovation, dass der haushaltsführende Elternteil – zumeist ja Frauen – versichert war.

Im Internationalen Jahr der Familie 1994 startete das Familienreferat des Landes das Projekt Leitbildentwicklung zur Lebens- und Familienfreundlichkeit in den Salzburger Gemeinden. Daran nahmen im ersten Jahr sieben Salzburger Gemeinden als Pilotgemeinden teil.

In Referatsleiterin HR Dr. Elisabeth Gollhammer und LR Dr. Gerheid Widrich trafen zwei Persönlichkeiten aufeinander, die miteinander arbeiten sollten, was jedoch nicht friktionsfrei funktionierte. HR Dr. Gollhammer machte manchmal nicht, was sich LR Dr. Widrich vorgestellt hatte. Das konnte durchaus zu manch laut geführten Gesprächen führen.

Frauen

LR Dr. Gerheid Widrich war nicht nur das erste weibliche Regierungsmitglied in Salzburg, sie war auch diejenige, die als erste die Agenden des neu gegründeten Frauenressorts gestaltete. Dieses Ressort war vollkommenes Neuland – für die Landesrätin, für mich und auch für alle anderen. Wenn es um die Beschreibung des Aufgabenbereichs im Frauenreferat ging, wählte LR Widrich einen sehr moderaten Ton und auch ihre Sicht der Frauenpolitik war getragen von Pragmatismus. Bloße Appelle und sanktionsfreie Erlässe zur Gleichberechtigung, Gleichstellung und Förderung der Frauen helfen jedoch nicht viel. Ein Faktum, dem auch LR Widrich in gewissem Maße Rechnung zu tragen schien, indem sie beispielsweise bei der Präsentation des ersten Salzburger Frauenberichts Ende 1992 etwas kämpferischere Töne anschlug und *expressis verbis* auf die schlecht entwickelte Partnerschaft zwischen Männern und Frauen hinwies, was sich unter anderem bei der wenig funktionierenden Aufgabenteilung in der Kindererziehung und im Fehlen wesentlicher Voraussetzungen für die Entfaltung der Frauen zeigte.

Im Ressort der Landesrätin wurde am 8. März 1990, am Internationalen Frauentag, das „Büro für Frauenfragen“ eröffnet, geleitet von Mag. Romana

Rotschopf. Bei Organisation und Strukturierung hatten wir uns am Land Vorarlberg orientiert, wo es ein solches Büro bereits gab.

Es war wichtig, das Büro für Frauenfragen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und dafür eine breite Akzeptanz zu schaffen. Dazu sollten auch Vernissagen von Salzburger Künstlerinnen beitragen, veranstaltet vom Frauenbüro. Für die erste Vernissage schlug Mag. Rotschopf eine Künstlerin vor, bedachte dabei aber nicht, dass die Landesrätin eine Kunstkennerin ist und sich in der modernen Malerei sehr gut auskennt. Ich kann mich lebhaft an die Auseinandersetzung zwischen LR Widrich und Romana Rotschopf erinnern, in der es darum ging, ob diese „Künstlerin“ eine Künstlerin ist oder nicht. Tatsache war, dass das Büro für Frauenfragen in Zukunft die Zustimmung der Landesrätin einholen musste, bevor Künstlerinnen dort ausstellen konnten.

Die Einrichtung des Frauenbüros bildete die Basis für zahlreiche Aktivitäten und Initiativen wie zum Beispiel:

- Frauenförderungsprogramm für weibliche Landesbedienstete
- Salzburger Frauenbericht 1991/1992
- Bundesweite Konferenz der politischen Frauenreferentinnen, 1991, Anif
- Arbeitsgruppe „Frauen-Maßnahmen zur Chancengleichheit“, ARGE Alpe-Adria
- Symposion „Die Frau als Hauptdarstellerin, Subjekt oder Objekt der Medien – Frauen im Informationswesen – Frauen in der Politik“, 1991, Salzburg
- IX. Landessymposion „Frau sein in Salzburg“, 1990, Salzburg

Das Frauenressort unter LR Widrich ebnete auch die Wege für die Gründung des Frauengesundheitszentrums ISIS 1994 sowie für die Initiative „Frau & Arbeit“. Unter der Leitung von Mag. Daniela Diethör wurden im Bezirk

Pongau Forschungs- und Handlungsprojekte zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen durchgeführt. Aus diesen Projekten resultierte die Einrichtung von Beratungsstellen und 1995, unter Widrichs Nachfolger Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Buchleitner (SPÖ), wurde die Initiative „Frau & Arbeit“ als Verein implementiert.

Geschichten vom Rande des Geschehens

„Das Büro wurde besetzt!“ –LR Widrich und politischer Aktionismus

In Dürnstein in NÖ gab es im Juni 1991 eine österreichweite zweitägige Konferenz der Familien-Referenten, an der neben LR Widrich auch die spätere Bildungsministerin Elisabeth Gehrler als Landesrätin für Familie in Vorarlberg teilnahm. Am Abend führten die Landesrätinnen in einem Dürnstainer Weinlokal noch so manch intensive Diskussion, am nächsten Tag kam ein Anruf aus unserem Büro, die Büroräumlichkeiten der Landesrätin seien von Aktivisten besetzt. Dabei ging es um die umstrittenen Pläne zur Errichtung eines Golfplatzes in St. Michael im Lungau, in unmittelbarer Nähe zu einem geschützten Landschaftsteil. Die Aktivisten wollten auf diesem Weg eine Entscheidung von LR Widrich in ihrem Sinne erzwingen. Die Reaktion der Landesrätin war, bitte gebt ihnen Kaffee, Wasser und versorgt sie, ich komme morgen vorbei. Die Aktivisten räumten daraufhin einige Kaffees später das Büro wieder.

Dies ist nur ein Beispiel für die besonnene und unaufgeregte Art, wie die Landesrätin in schwierigen Situationen reagieren und so zu einer Deeskalation derselben beitragen konnte.

Glockenblume oder Enzian? Naturschutz und Naturkenntnis

Die Novelle des Salzburger Naturschutzgesetzes brachte auch die Umstellung von hoheitlichem Naturschutz auf Vertragsnaturschutz, bei dem

Landwirte für naturnahe Bewirtschaftung bzw. für Nutzungsverzicht Unterstützung erhalten, finanziert durch die Naturschutzabgabe. Ein solches Vorhaben kann nur gelingen, wenn die Betroffenen auch darüber Bescheid wissen, daher wurden in den Bezirken Podiumsdiskussionen zu diesem Thema durchgeführt. LR Widrich übernahm dabei die Aufgabe, mit einem von mir sorgfältig zusammengestellten Diavortrag auf die in den Regionen erhaltens- und schützenswerten Schönheiten der Natur aufmerksam zu machen. Hier zeigte sich dann, dass medizinische Fachkenntnisse nicht notwendig Kenntnisse der Flora nach sich ziehen, wurde bei diesem Vortrag doch aus einem Enzian manchmal eine Glockenblume – oder war es umgekehrt?

Politik, Poesie und Würstl – ein Beitrag von LH Dr. Hans Katschthaler

Bis es 1992 zur Vorlage eines neuen Naturschutzgesetzes im Landtag kam, waren viele und zum Teil sehr zähe Verhandlungsgespräche mit Landesumweltanwaltschaft, Bürgerliste, SPÖ, Arbeiterkammer sowie zahlreichen im Naturschutz tätigen Organisationen nötig.

Bei einem solchen Diskussionsmarathon mit u.a. LR Widrich und Landesumweltanwalt Eberhard Stüber schien die bekannt große Verhandlungsausdauer und Geduld von LH Katschthaler schier keine Ende nehmen zu wollen, als er plötzlich gegen Mitternacht mit dem Satz „Ist das Huhn flach wie ein Teller, war der Traktor wieder schneller“ die Gespräche beendete und als Abschluss für die Runde die legendären Würstl aus dem Büro Katschthaler bestellte.

Frauen sind keine Fraktion – Wie startet man ein Frauenförderungsprogramm?

1990 waren sich im Landtag die Frauen aller Fraktionen dahingehend einig, ein Frauenförderungsprogramm für das Amt der Salzburger Landesregierung beschließen zu wollen. Doch alle Einigkeit über Parteigrenzen hinweg half in diesem Fall den Frauen nichts – denn wie der damalige Prä-

sident des Landtags Dr. Helmut Schreiner (ÖVP) informierte, seien Frauen keine Fraktion und könnten daher im Landtag keinen Antrag stellen, auch nicht einen auf Förderung ihrer selbst eigenen Angelegenheiten – Als „Retter“, welch Ironie!, traten die Männer auf und stellten parteiübergreifend den Antrag auf Einführung des Frauenförderungsprogramms.

Johanna Dohnal und der Schlosswirt

1991 initiierte die Landesrätin die erste bundesweite Konferenz für die politischen Frauenreferentinnen der Länder in Anif beim traditionellen Schlosswirt. Auch Frauenministerin Johanna Dohnal (SPÖ) kam zur Tagung, sie musste uns allerdings noch vor dem Mittagessen verlassen. Wir ersuchten den damaligen Wirt Herrn Graf, er möge der Ministerin noch ein „Jausenpackerl“ mitgeben. Seine Antwort war entlarvend: „Ich gebe ihr ein Extrawurst-Semmerl, das muss für die Dohnal reichen.“

Hier kochte ich (manchmal)!

Mittagszeit, ein knurrender Magen und aus terminlichen Gründen kein Mittagessen in Sicht – das konnte schon dazu beitragen, LR Widrich grantig und ungeduldig werden zu lassen. Daher lief ich manchmal geschwind in die Pfeifergasse zum Frauscher und holte Hendl, Paprika, Reis und Erbsen, begab mich in unsere kleine Büroküche und kochte nebenbei ein Paprikahendl. So mancher Nachmittag ließ sich dadurch retten! Und möglicherweise rettete meine Kochpassion auch einmal den Haussegen bei der Landesrätin, als es zu einer ernsthaften Terminkollision kam: Festspielintendant Gerard Mortier war im Hause Widrich eingeladen und die Frau Landesrätin sollte ein Abendessen zubereiten, hatte jedoch zeitgleich einen unaufschiebbaren Termin. Angesichts ihrer Verzweiflung bot ich der Landesrätin an, das Essen bei ihr zu Hause vorzubereiten, sodass sie ruhigen Gewissens ihren Termin wahrnehmen konnte und Herr Mortier dennoch nicht durch einen Caterer abgespeist werden musste.

An der Seite von Landesrätin Gerheid Widrich

Blickwinkel

Bei den folgenden Ausführungen geht es dem Autor nicht so sehr darum, die politischen Geschehnisse in den Bereichen Gesundheitsplanung und Krankenanstalten darzustellen – dies erfolgt kompetent an anderer Stelle –, sondern den persönlichen Blickwinkel zu den wesentlichen Agendapunkten dieser 5 Jahre zur Verfügung zu stellen. Dies geschieht aus einer zeitlichen Distanz von fast einem Vierteljahrhundert und verschiedene Ereignisse bedurften einer Auffrischung, wofür ich vor allem Herrn Univ. Prof. Dr. Herbert Dachs danke. Die Betrachtung erfolgt freilich auch aus der Perspektive von Erfahrungen, die vom Autor in den letzten Jahrzehnten im Feld des Politischen und der Unternehmensberatung gemacht wurden. Natürlich ist man „im Nachhinein immer gscheiter“, aber der Wert vieler Dinge liegt auch darin, sie in Angriff genommen zu haben auch wenn sie nicht immer zu einem Ende gebracht werden konnten.

Wir verändern Gesellschaft durch Interventionen in diese Gesellschaft, deren Auswirkungen aus einer systemischen Betrachtungsweise zum Zeitpunkt der Aktion jedoch nicht klar vorherzusehen sind, so sehr man das als politischer Akteur auch möchte. Dies steht im Gegensatz zu weit verbreiteten Meinungen, die eine klare Ableitbarkeit der Wirkungen aus den Absichten und Handlungen unterstellen. Warum ist mir das wichtig: ich habe wenige Felder entdeckt, in denen das Verhältnis von Input und Output so schlecht ist, wie in der Politik. Vielfach sind für kleine Veränderungen gigantische Anstrengungen erforderlich, etwas das für Unternehmensführer völlig unverständlich ist, da diese andere Aktions- und Entscheidungsmöglichkeiten

gewohnt sind. Das scheint auch ein Grund für das Scheitern so mancher Bosse in der Politik zu sein. Die Anzahl, Verwobenheit und unterschiedliche Einflussstärke verschiedenster Stakeholder wird – und wurde auch vom Autor – deutlich unterschätzt. Das führt mich zum Thema der Ressourcen, also der Erfahrungen, des Wissens, der sozialen Kompetenzen, usw. mit denen das „Team Widrich“ im Mai 1989 gestartet ist.

„Akquise“ und Ressourcen

Ich selbst wurde wohl der frisch ausgewählten Landesrätin von Herrn Dr. Friess aus dem Büro des damaligen Landeshauptmannes Dr. Wilfried Haslauer sen. vorgeschlagen. Es wurde mein grundsätzliches Interesse abgefragt, welches gegeben war, denn meine bisherige Tätigkeit in der Gesundheits- und Sozialabteilung des Landes hatte wohl stets neue Aufgaben parat, die Karrieremöglichkeiten waren jedoch überschaubar.

Nach einem grundsätzlichen Telefongespräch wurde ein erstes Treffen in einem Salzburger Traditionscafehaus vereinbart, an welchem Gerheid Widrich und auch schon die spätere Büroleiterin Dr. Rosemarie Drexler teilnahmen. Neben den üblichen Vorstellungen und der Klärung der Arbeitsbedingungen, die sich vom Alltag eines Mitarbeiters im Amt der Landesregierung sowohl was Intensität, Dauer und Freiheit doch recht deutlich unterscheiden sollten, wurde meiner Erinnerung nach darauf geachtet, ob der Kandidat auch ins Team passt. Dies schien bejaht zu werden. Die Fähigkeit als Team zusammenzuarbeiten hat sich später als eine der großen Stärken in unserer Arbeit erwiesen. Dies hing natürlich v.a. an Gerheid Widrich, die stets an der Meinung ihrer Sekretäre interessiert war. Jedes Teammitglied wurde von ihr kraft ihrer Person anerkannt, Positionskämpfe und Eitelkeiten waren uns fremd. Das bedeutete volle Kraft in die Aufgaben. Gerheid Widrich brachte ihre Erfahrung als niedergelassene Ärztin mit, ein-

schließlich ihrer Erfahrungen im Salzburger Landtag und in der Landespolitik. Und v.a. auch das hier aufgebaute Netzwerk, das mir das stärkste und verlässlichste zu sein schien: Kollegen und Kolleginnen, die Mitarbeiter aus dem Arbeitskreis für Vorsorgemedizin, die Verbindungen in die Ärztekammer und zu deren Präsidenten Dr. Rainer Brettenthaler.

Darüber hinaus ihre Verbindungen vor allem in den Landtag mit der starken persönlichen Verbindung zu einigen Akteuren wie Gottfried Nindl, Johann Lienbacher, Hans Karl, Hedwig Wasserbauer und besonders Walter Vogl. Eine starke Verbindung bestand auch zu LH Dr. Hans Katschthaler, der sich oft Zeit für die Anliegen und Sorgen aus unseren Ressortbereichen nahm und der für Zurufe aus dem Lager derer, die unseren Plänen skeptisch gegenüberstanden eher unempfindlich war.

Die Verbindungen in den Wirtschaftsbund und die Landes- oder Bundesorganisation der ÖVP waren meiner Beobachtung nach jedoch nicht so ausgeprägt und tragfähig. Der stationäre Sektor, also die Spitäler und vor allem die Landeskliniken begegneten uns anfänglich mit einer gewissen Skepsis, was auch mit der klaren Präferenz „ambulant vor stationär“, die Gerheid Widrich aus tiefer Überzeugung äußerte, zusammenhängen mochte. Offiziell widersprach zwar niemand diesem Grundsatz, der stationäre Sektor kämpfte ungeachtet dessen (und das übrigens bis heute) um seinen Marktanteil.

Zu den persönlichen Ressourcen von Gerheid Widrich zählten neben ihren fachlichen Kenntnissen in der Medizin und in der Versorgungsplanung der Bevölkerung, ihr gesunder Hausverstand: sie war nicht bereit Dinge (v.a. von Experten) ungefragt bzw. unhinterfragt zu übernehmen. Sie war eine Frau, die nur für Dinge kämpfte, von denen sie wirklich überzeugt war. Sie konnte ihre Gesprächspartner oft durch ihr offenes Wesen und ihren kaum jemals zu bezwingenden Humor in eine vernünftige Sachargumentation führen und so dazu bringen vorgefasste Positionen doch zu relativieren.

Rosmarie Drexler und den Autor würde ich als Fachleute aus den Bereichen Naturschutz und Gesundheit bezeichnen. Im weiteren benenne ich vorwiegend meine Aufgabenbereiche, Gesundheit und Kinderbetreuung.

Wir brachten unsere Netzwerke in das Amt der Salzburger Landesregierung ein; dazu einen großen Drang zur Gestaltung von Gesellschaft; wir gehörten im Öffentlichen Dienst, aus dem wir beide kamen, der Gruppe der Erneuerer an und waren bzw. sind auch Gründungsmitglieder der Netzwerkstatt, einer Gruppe, die sich der Innovation in der öffentlichen Verwaltung verschrieben hatte. Unsere Kontakte in die Politik waren anfänglich kaum vorhanden, das gleiche gilt für die Kontakte in die ÖVP. Im Nachhinein muss ich das als ein Manko sehen, da uns auch die Bedeutung der Arbeit in der politischen Gruppierung, die als stützendes Netzwerk dienen kann, nicht ausreichend bewusst war. Unsere phantastischen Kolleginnen in der Organisation und Administration, Frau Bauer und Frau Bruckmoser waren ruhende Pole, in oft stürmischen Zeiten. Der landesrätliche Chauffeur Hr. Meißnitzer brachte mit seinen vielen Kontakten oft Volkes Stimme zur Geltung, was für Politik mit Bodenhaftung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Eine Ressource war zweifellos auch die große Einsatzbereitschaft des gesamten Teams, allen voran Gerheid Widrichs selbst, die kaum eine Erholungspause kannte. Diese zeitraubende Arbeit, die nahezu keinen Abend und kein Wochenende von Arbeit frei hielt, ist wohl einer der Gründe, warum die Rekrutierung für die politische Arbeit nicht mehr so leicht gelingt. Ich erinnere mich an viele Treffen an Sonntagnachmittagen, an denen wir uns auf die kommende Woche vorbereiteten. Gerheid Widrich verstand es immer, glänzend ihr Team zu motivieren, was neben der Fokussierung auf die Ziele auch durch bestes kulinarisches Angebot gelang, welches öfters von ihrem durch die zeitliche Inanspruchnahme sicherlich geprüften Ehemann Hans in hervorragender Weise angeboten wurde.

Zielsetzungen

Im Bereich der Gesundheitspolitik konnte man in der beschriebenen Periode schon von einer sehr gut ausgebauten Versorgung mit stationären und ambulanten Diensten ausgehen. Die Dichte an Spitälern und niedergelassenen Fachärzten war grosso modo als ausreichend zu bezeichnen. Die Besetzung von Positionen war zu dieser Zeit noch kein Problem, wenn man von temporären Schwierigkeiten im Krankenhaus Tamsweg absieht. Eine Standortgarantie war zwar damals von der Landespolitik noch nicht ausgesprochen worden, trotzdem galten die Bezirkskrankenhäuser als unantastbar, was ihre Existenz betraf. Auch war der Beitrag des Landes zu deren Kosten noch überschaubar, sodass sich die Zielsetzung, was die Bezirkskrankenhäuser betraf, darin erschöpfte, eine gute medizinische Leistung zu gewährleisten.

Anders wurde dies bei den landeseigenen Krankenanstalten gesehen. Die jährlichen Zuwachsraten, was die Budgets betraf, waren deutlich über der Inflationsrate. In Hochrechnungen wurde ermittelt, wann das Landesbudget beim Anhalten dieser Steigerungsraten nur mehr aus Sozial- und Krankenanstaltenbudget bestünde. Schon nach einem Jahr dieser Legislaturperiode wurde daher die Zielsetzung abgesprochen, in diesem Bereich durch Reformen zu einer deutlichen Kostenreduktion zu kommen. Dies sollte jedoch bei gleichbleibenden Leistungen für die Bevölkerung zu Wege gebracht werden. Zu erheblichen Kostensteigerungen trugen in diesen ersten Jahren dann auch noch die Folgen der Katastrophe von Lainz bei (Angehörige des Krankenpflegedienstes hatten Patienten getötet, was ursächlich deren Überforderung zugeschrieben wurde). Die Folge war eine hohe Aufmerksamkeit auf den Bereich Pflege im intramuralen Bereich, die Schaffung entsprechender Strukturen (Kollegiale Leitung), von Personalbedarfsplanungen und Personalschlüsseln etc., was zur Schaffung von Hunderten Pflegeposten in diesen Jahren mit entsprechenden zusätzlichen Kosten führte.

Ein großes Anliegen Gerheid Widrichs war von Anfang an die Prävention. Diesen Gedanken hat sie massiv in die Arbeit dieses Regierungsteams eingebracht und kontinuierlich vertreten. Es war ihr Ziel, diesen Bereich in der Legislaturperiode wesentlich voranzutreiben und so zu einer Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung maßgeblich beizutragen. Es sei mir gestattet, eine kleine Erinnerung in diesem Zusammenhang auszugraben: die erste Pressekonferenz sollte symbolisch das Thema der Vorsorge auch dadurch betonen, dass den Journalisten eine gesunde Jause geboten wurde: frisch gepresste Säfte, Vollkornbrot mit entsprechenden Aufstrichen, statt Kaffee, Wein und Weißbrot mit Schinken u.ä.. Alleine die anwesenden Medienvertreter wollten sich nicht solcherart zwangsbeglücken lassen und ließen uns die Jause zurück: dafür war die Berichterstattung noch relativ freundlich.

Im Bereich der Kindergärten sprach das Regierungsprogramm von deren weiteren Ausbau. Die Zielsetzungen, die die ÖVP damals verfolgte, stellten jedoch einen gewissen Zielkonflikt dar: Ausbau der Kinderbetreuung bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der traditionellen Familienstrukturen. Die Bedeutung, welche gut funktionierende Betreuungseinrichtungen für die Aufrechterhaltung eines lebenswerten ländlichen Raumes, für junge und anspruchsvolle Frauen haben, wurde bis dorthin noch kaum beachtet und mit der Mobilität dieser Bevölkerungsschichten nicht gerechnet.

Das Kindergartenwesen im Land Salzburg wurde hauptsächlich über das Kindergartengesetz selbst gesteuert, sowie über das sogenannte Kindergartenbauprogramm, durch welches den Rechtsträgern (überwiegend die Gemeinden) erhebliche Zuschüsse zu Ausbau, Neubau oder Umbau gewährt wurden. Die wenigen landeseigenen Kindergärten spielten im Ressort daher eine untergeordnete Rolle.

Ideologisch tat sich, was die Betreuung der unter Dreijährigen betraf, ein tiefer Graben zwischen linker und rechter Reichshälfte auf: die ÖVP forcierte das Modell Tagesmütter (familienähnlich), die SPÖ das Modell Krabbel-

stuben. Diese Fragen sollten durch ein neues Tagesbetreuungsgesetz geregelt werden, welches in dieser Periode entstand und auch eine nachhaltige Qualität zeigte. Eine Novität darin war die Möglichkeit der Schaffung sogenannter altersgemischter Gruppen, eine Betreuungsform mit hoher Personalintensität. Diese Neuerungen gingen ohne viel öffentliche Begleitmusik „über die Bühne“, hatten eine große und nachhaltige Wirkung und wurden, wie so manches, das wegen guter Vorbereitung (auch in Parteiengesprächen) auch rasch erledigt wird, nicht als entsprechende Leistung anerkannt. Regierungsinserate waren zu dieser Zeit noch nicht üblich und ich bezweifle auch, ob dies viel verändert hätte (außer vielleicht die Berichterstattung in gewissen Medien).

Reform der landeseigenen Krankenanstalten

Wie schon oben dargestellt, rückte dieses Vorhaben bald ins Zentrum der politischen Überlegungen im Gesundheitsbereich.

Das Interesse am Reformvorhaben wurde vom Ressort Widrich in gleicher Weise wie vom Finanzressort getragen. In Österreich waren zu diesem Zeitpunkt schon einige Reformen auf Landesebene gelaufen, so insbesondere in Vorarlberg, in der Steiermark und eine in Kärnten, die gerade umgesetzt wurde.

Die Überlegungen glichen sich insofern, als versucht wurde, die (landeseigenen) Spitäler „politikferner“ aufzustellen, sie von der Leitung her gesehen aus den Ämtern der Landesregierung in eigene Betriebsgesellschaften zu verlagern und dadurch auch ein einheitliches Management zu gewährleisten. Man muss wissen, dass zu diesem Zeitpunkt für die landeseigenen Spitäler, mit ca. 5000 Mitarbeitern einer der größten Betriebe im Land, drei Amtsabteilungen letztverantwortlich waren: die Abteilung 15 für den Betrieb, die Personalabteilung und die Bauabteilung. Das brachte entspre-

chend zu managende Schnittstellen mit sich. Durch diese Form des Managements sollten einheitliche und weitgehend selbständige Entscheidungen, definiert durch den Rahmen des Budgets, geschaffen werden.

Für dieses Projekt wurde ein Berater an Bord geholt, der den Prozess in Kärnten betreut hatte und sohin schon Erfahrung auf diesem Gebiet gesammelt hatte. Die Erfahrungen der anderen Bundesländer wurden ebenfalls durch Besuche etc. hereingeholt.

Die Ausgangslage kann zunächst als einigermaßen günstig beschrieben werden: Starke Unterstützung von der Personalabteilung und der Leitung des LKH, des ärztlichen Mittelbaues, eine indifferente Haltung der Bauabteilung und der Primärärzteschaft, eine skeptische Haltung der Abteilung 15 (jede Reform trägt den inhärenten Vorwurf das Bisherige betreffend in sich), der damaligen Landesnervenklinik (heute Christian Doppler Klinik). In der Politik starke Unterstützung durch das Finanzressort, ÖVP eher pro, SPÖ eher contra, Rest eher neutral.

Zwei Schlüsselfragen stellten sich bald: wie sollte das Personal gemanagt werden und sollten die Krankenanstalten selbständig verbleiben oder fusioniert werden?

Zur ersten Frage: dies ist eine Kernfrage insoweit, als bis heute alles Personal trotz Ausgliederung im Landesdienst verblieb und somit die wenig flexiblen Regelungen des Landespersonalrechtes gelten, was ein Management dieses Hauptkostenfaktors fast unmöglich macht. Dies betrifft vor allem die Möglichkeit der Auflösung von Dienstverhältnissen und der Bezahlung, die an ein striktes Gehaltsschema gebunden ist. Meines Erachtens ist jede Reform, ohne hier Veränderungen zu erreichen, Stückwerk, denn Personal macht den Hauptkostenfaktor aus und es ist ganz schwer, im Landesschema zu passenden Unterscheidungen zwischen hoch qualifizierten und minder qualifizierten Leistungen zu kommen und somit diesen in einem Dienstleistungsbetrieb wesentlichsten Faktor entsprechend zu beeinflussen.

Es dauerte nicht lange bis der Betriebsrat (ÖAAB/FCG) die Beibehaltung des Dienstrechtes als ultimative Forderung postulierte und zwar auch für neu aufgenommenes Personal. Dieser Forderung wurde bald auch durch den damaligen Landeshauptmann Dr. Katschthaler entsprochen – der Betriebsrat blieb an Board – eine wesentliche Agenda war dahin! Die Auswirkung dieser Entscheidung ist selbstverständlich bis heute massiv vorhanden – nie wieder konnte dieses Thema tiefgehend behandelt werden.

Zur zweiten Frage: diese ist vor allem eine der Struktur und Anzahl der Entscheidungsebenen. Im Projekt kam man damals zur Auffassung, dass unter einer Leitungsstruktur die bisherigen Krankenhausstrukturen obsolet seien und man daher zu einer Fusion der beiden großen Häuser und des Hauses in St.Veit kommen könnte. Bei der LNK handelte es damals um ein bettenmäßig mittleres Haus mit 5 Abteilungen. Dagegen entspann sich der massive Widerstand der Führung der LNK, die einen Schulterschluss mit der SPÖ einging. Die LNK galt damals als „Domaine“ der SPÖ, die den Betriebsrat dominierte und auch einige Primärärzte ihrer Sphäre zuzählte.

Allen voran stieg der damalige ärztliche Leiter der LNK in den Ring (Primar Diemath) und nahm die für das Projekt zuständige Landesrätin Gerheid Widrich aufs Korn. Obwohl dieser Direktor dem Ressort unterstellt war, musste man eine in Art und Intensität kaum zu überbietende Gegnerschaft feststellen, welche sich sowohl in mündlichen als auch schriftlichen Äußerungen manifestierte. An dieser Stelle fehlte leider die entschiedene Unterstützung aus der Regierung, denn durch deren Nichthandeln wurde diese Position selbstverständlich gestärkt. Man sagte also auch diesen wesentlichen Teil der Reform ab und legte dann ein Kompromisspapier vor, das den Weg bis in den Landtag fand, dort aber nicht mehr beschlossen wurde. (Über die Gründe vgl. H. Dachs i.d.B)

In der nächsten Periode setzte der dann für die landeseigenen Krankenanstalten und Finanzen zuständige LH-Stv. Dr. Arno Gasteiger ein Modell der Ausgliederung ohne Schaffung einer eigenen Rechtsperson durch (Holding

der Landeskliniken). Erst eine Periode später erfolgte dann die Verselbständigung, allerdings noch immer mit der erheblichen Einschränkung im Personalrecht.

Die breite Darstellung dieses Projektes erfolgt deshalb, weil daran sichtbar wird, wie wesentlich eine entsprechende Gefolgschaft in der eigenen Partei ist und wie wesentlich eine Gruppe von fest entschlossenen „Change Agents“ ist. Die Reform war sehr breit und damit demokratisch angelegt, was ein wesentliches Anliegen der Landesrätin war; dies ging natürlich zu Lasten der Geschwindigkeit und eröffnete schon zu Beginn die Möglichkeit zur Agitation. Trotz dieser nicht abgeschlossenen Umsetzung wurde durch dieses Projekt der Boden für die dann erfolgten weiteren Schritte geebnet, hinter den erzielten Konsens wollte und konnte man nicht mehr zurück.

Psychiatrie-Reform

Erfolgreich und, so wie die Reformen im Tagesbetreuungsgesetz, ohne breite öffentliche Diskussion, konnte die Psychiatriereform umgesetzt und zu Ende geführt werden. Neben den dafür besonders wichtigen Personalbesetzungen, wurden die Strukturen den modernen Erfordernissen und Erkenntnissen der Wissenschaft angepasst. Auch diese Reform erfreute sich des auch anspornend wirkenden Widerstandes des ärztlichen Direktors der LNK, die wesentlichen politischen Kräfte und Meinungsbildner waren jedoch von der Notwendigkeit des Wandels überzeugt und damit nicht zu verunsichern.

Vorsorgemedizin

Gerheid Widrich war dieser Ressortbereich von Anfang an besonders wichtig. In der Regierungsperiode gelang es, die vorhandenen Budgetmittel zu vervielfachen. Der Arbeitskreis für Vorsorgemedizin, mit Dr. Öhler und Dr.

Kofler an der Spitze, wirkte hier als wesentlicher Mitstreiter und Umsetzer der Vorhaben. Ob es sich um Schulaktionen wie Zahnvorsorge oder die gesunde Jause handelte oder das große Projekt der Gesunden Gemeinden, die nach steirischem Vorbild auch in Salzburg eingeführt wurden. Solche Initiativen wirken langfristig, ich denke, dass damals ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet wurde. Das Bewusstsein breiter Bevölkerungskreise hat sich in den Vorsorgefragen massiv geändert, was auch an entsprechenden Parametern verifiziert werden kann.

Schlussbemerkung

Wenn man die großen Erfolge im Bereich des Naturschutzes und die vielen Initiativen im Bereich der Gleichstellungspolitik noch mit heranzieht, so kann aus meiner Sicht ein durchaus zufriedenstellendes Resümee über diese fünf Jahre Gerheid Widrichs in der Landesregierung gezogen werden. Persönlich verdanke ich „meiner Landesrätin“ unheimlich intensive und lehrreiche Jahre, die für meine weitere berufliche Zukunft sehr prägend waren und die ich keinesfalls missen möchte. Aus unserer Arbeit dieser fünf Jahre hat sich ein meist blindes Verstehen und eine Freundschaft entwickelt, für die ich sehr dankbar bin.

Gerheid Widrichs Ressorts und Initiativen*

Familie und Kinderbetreuung

Ziele	Maßnahmen
<i>Imageverbesserung für Familie</i>	<ul style="list-style-type: none"> • FamilienansprechpartnerInnen in allen Gemeinden (in 80% eingerichtet) • Familienenquete am 30.4.1992 • verstärkte Öffentlichkeitsarbeit • Salzburger Jahr der Familie 1992 mit fördernden Maßnahmen siehe Pkt. 2
<i>Verbesserung der finanziellen Situation der Familie, sich leisten können, Kinder zu bekommen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Familienförderung ab 1.1.1992 (+ S 40 Mio.) • Unfallversicherung für haushaltsführenden Elternteil (gratis) • Verbesserung der Hausstandsgründungsförderung
<i>Familienpolitische Anliegen in die Gemeinden tragen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Herausgabe des Familienhandbuches mit Angeboten der Gemeinden (Animation für Gemeinden) • „Fliegendes Team“ - verstärkt Familienberatung im Pongau und Pinzgau • Aufbau einer Infoschiene Land - Gemeinden (FamilienansprechpartnerInnen) • Leitbildentwicklung der Lebens- und Familienfreundlichkeit in den Gemeinden: Gemeinden und ihre BürgerInnen entwickeln Programme und Maßnahmen modellhaft 93/94 zum „Internationalen Jahr der Familie
<i>„Hilfe zur Selbsthilfe“ Transparenz und Information über Angebote für Familien und Durchsetzung ihrer Ansprüche</i>	<p>Infofalter und Prospekte z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rechte zwischen Eltern und Kindern • Unterhaltsvorschuss/ Unterhaltsanspruch • „Babyprospekt“ (inkl. Beihilfen und Rechte) • materielle Förderung des Landes • Hausstandsgründungsförderung • Medienarbeit • Plakate und Flugblätter auch in türkischer und serbokroatischer Sprache
<i>Verbesserte Kinderbetreuung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • durch Kindergarten-Bauprogramm IV (1988 bis 1992) und V (1993 bis 1995) Schaffung von insgesamt 2000 Kindergartenplätzen; alle Gemeinden verfügen über Kindergärten (außer St. Martin/ Gömging) • kindergartenpädagogisch geeignete Räume durch Verbesserung der Baurichtlinien • verbesserte Betreuung durch kleinere Gruppen (Umsetzung der Kindergartenengesetz-Novelle 1988)
<i>Integration von Randgruppen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • AusländerInnen-Integration: Symposium 1991, internationale ExpertInnen Modell Taxham 1993 • erstmalig Ausbildung zur Sonderkindergärtner/in in Salzburg ab 1993 (Behindertenintegration)
<i>Verbesserung der Kinderbeförderung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Kinderbeförderung
<i>Verbesserte Unterbringung der 1-3 jährigen; Tagesbetreuung der bis 16-jährigen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Tagesbetreuungsgesetz (16 Mio. und Subvention 5 Mio.), Modellversuch Schanzlgasse seit März 1993 (Integration einer Krabbelgruppe im Betriebskindergarten des Landes)

*Quelle: „Landesrätin Dr. Gerheid Widrich - Vier Jahre Ressorttätigkeit“, Broschüre 1994

<i>Verbesserung der Situation der KindergärtnerInnen; Fort- und Weiterbildung für KindergärtnerInnen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Aufwertung und Ausbau des Zentrums für Kindergarten-Pädagogik • breites Fort- und Weiterbildungsprogramm • Supervisionen • Logopädie • Spezialprogramm Zahnhygiene und Ernährung • neues Gehaltsschema für KindergärtnerInnen (Ausbildung mit Matura)
--	--

Frauenangelegenheiten

Ziele	Maßnahmen
<i>Schaffung von Strukturen zur Durchsetzung der frauenpolitischen Ziele</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Einrichten des Büros für Frauenfragen • Vernetzung der Frauenpolitik • erste FrauenreferentInnenkonferenz der Bundesländer von mir einberufen • Wiedereinstiegsprojekt in St. Johann/Pg. in Sozialpartnerschaft mit Handelskammer, Arbeiterkammer und Arbeitsamt • Arbeitsgruppe „Frauen“ der Salzburg-Kommision
<i>Land Salzburg als Musterdienstgeber in frauenpolitischer Sicht</i>	<p>Erstes Bundesland mit Frauenförderprogramm für weibliche Landesbedienstete:</p> <ul style="list-style-type: none"> • positive Diskriminierung (bei gleicher Qualifikation wird Frau vorgezogen) • Kontaktfrauen in allen Abteilungen und Bezirkshauptmannschaften • jede Auswahlkommission ist mit einer Frau besetzt • Information, Vertretungs- und Fortbildungsmöglichkeit während der Karenzzeit • Wiedereinstiegskurs für Sekretärinnen • weibliche Amtstitel
<i>Situation der Frau im Land analysieren und verbessern</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Studie über die Situation der Frau in Salzburg (Salzburg weiblich - ein Frauenbericht) ein realistisches Bild der Meinungen, Ansichten und Probleme der Frauen Salzburgs, eine Grundlage für die weitere Arbeit der Frauenpolitik und ein Nachschlagewerk für Interessierte • Aktion qualifizierte Sommerjobs für Mädchen mit „Frau in der Wirtschaft“ • verschiedene Seminarangebote zur Stärkung des Selbstbewußtseins • Förderung weiblicher Kreativität: Lese- und Schreibwerkstatt in den Gauen • Ausstellungsmöglichkeit im Büro für Frauenfragen • Fortbildung über Rechte der Frau • „IF“-Folder - Information für die Frau, Herausgabe alle 6 Wochen, Vorarlberg, Kärnten und Tirol haben sich angeschlossen
<i>Frauenpolitik in den Gemeinden zum Thema machen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • frauenpolitische Plattform in den Gauen wurde gegründet • Förderung von Fraueninitiativen in den Gemeinden • Selbsterfahrungsgruppen in den Gemeinden • Wiedereinstiegsprojekt St. Johann/ Pg.
<i>Frauenpolitik als gesellschaftliches Anliegen etablieren</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Landessymposion „Weibliche Lebenswelten“ 1991 • ORF-Symposion 1993 • Frau und EG im Juni 1993 • Zusammenarbeit mit Uni - Anregung von Studien • Landesverfassung: erstmalig geschlechtsneutrale Formulierung „LandesbürgerInnen“ • jedes Landesgesetz wird durch das Büro für Frauenfragen begutachtet

Krankenanstalten (landeseigene)

Ziele	Maßnahmen
<p><i>Sicherstellung einer bestmöglichen Versorgung für die Bevölkerung</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verfestigen des Standards eines Zentralkrankenhauses mit universitärem Charakter durch Etablierung zahlreicher, kostenintensiver Diagnose- und Therapieformen z.B. In-vitro-Fertilisation, kardiologische Angiographie/Dilatation, Alkoholikerstation, Onkologiestation, Orthopädie Oberndorf (Dependance), Dialyseausweitung, Kinderkrebstation, Neurointensivstation • Gründung der Medizinischen Forschungsgesellschaft Salzburg: Zusammenfassung aller wissenschaftlichen Aktivitäten mit dem Ziel Medizinische Fakultät / Amerikastipendien mit der American Austrian Foundation • ständige Senkung der Verweildauer der PatientInnen
<p><i>Schaffung moderner Strukturen zur Hebung der Eigenverantwortlichkeit der MitarbeiterInnen und Wirtschaftlichkeit der Betriebe</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einbindung der Pflege auf Direktionsebene LKA • Einführung von Abteilungsbeiräten mit Mittelbau und Pflege • Etablierung der Tagesklinik auf Stationen • Bestellung von PrimärärztInnen: objektives Auswahlverfahren durch Einrichtung einer Fach- und Managementkommission • neues Psychiatriekonzept: Auflassung der Langzeitunterbringung - Humanisierung durch individuelle Unterbringung; Priorität für Reorganisation der Akutpsychiatrie; Institut für klinische Psychologie • Ausgliederung (Verselbständigung) und Strukturreform der landeseigenen Krankenanstalten: zweijährige Arbeit der Projektgruppe und vieler Arbeitsgruppen, einstimmiger Regierungsbeschluss zum Konzept. Landtagsumsetzung steht noch aus
<p><i>Aufrechterhaltung des Dienstleistungsbetriebes „Spital“ durch motiviertes, zufriedenes Personal</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Maßnahmenpaket Pflegepersonal: <ul style="list-style-type: none"> - 386 Posten neu - Verbesserung der Dienstzeiten (flexibler) - Verbesserung der Bezahlung: generelle Bezugserhöhung, Zulagen für mittleres Management und den Intensivsektor - Wiedereinstiegskurs - massive Verbesserung der Fort- und Weiterbildung - österreichweit einmaliges Supervisionsprojekt - mehr Schwestern/Pflegewohnungen (ca. 700) - Werbekampagne für Pflegeberufe - mehr Mitsprache: Pflegedirektion • Maßnahmenpaket Ärzte: <ul style="list-style-type: none"> - 114 Posten neu - verbesserte Turnusausbildung - Schaffung mehrerer Sonderaufträge - Verbesserung der Fortbildung (Ärztammer/ American Austrian Foundation) - Erweiterung der Betriebskindergärten • Ausbildung: <ul style="list-style-type: none"> - Kapazitätsausweitungen (Landesnervenklinik zusätzlich 20 Ausbildungsplätze für psychiatrische Pflege, Physiotherapie zusätzlich 15 Ausbildungsplätze) - verbesserte Personalausstattung beim Lehrpersonal - Pflegehelferausbildung - Einführung von Stipendien

<i>Moderne bauliche Standards für PatientInnen und MitarbeiterInnen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Lärmreduktion durch Gaswerksgassenüberdachung • Kinderchirurgie/Kinderspital • I. Medizin Umbau • Nuklearmedizin • Onkologiestation • HNO Projekt • Chirurgie West Projekt • unterirdisches Gangsystem Erweiterung • Modernisierung Landeskrankenhaus St. Veit
---	--

Krankenanstalten (nicht landeseigene)

Ziele	Maßnahmen
<i>Sicherstellung einer modernen Versorgung mit stationären Leistungen am Lande / Moderne bauliche Standards für PatientInnen und MitarbeiterInnen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Neu- und Umbau Krankenhaus Mittersill • Neu- und Umbau Krankenhaus Schwarzach • Neu- und Umbau Krankenhaus Tamsweg • Projekt Umbau Krankenhaus Hallein

Gesundheit allgemein

Ziele	Maßnahmen
<i>Med. Versorgung so patientennahe wie möglich</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Spitäler in den Bezirken, siehe oben • Mitgestaltung der Organisation des Ausbaues von Hauskrankenpflege und der Weiterführung des Haushalts • Sicherstellung des Rettungswesens durch Verdoppelung des Rettungsschillings • flächendeckendes Notarztwagen-System • Hubschrauberrettung: flächendeckend • verbessertes Fluggerät (zweimotorig)
<i>Krankheitsvermeidung durch Vorbeugung; Stärkung des Bewußtseins der Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit durch Vorsorgemaßnahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Schwerpunktaktion Cholesterin • Zahngesundheitsaktionen in Kindergärten und Schulen • Gesundheitsturnen (Rückenschulprojekt in Schulen) • Raucherberatung in den Spitälern • Mammographieaktion • Masern- und Mumpsimpfungen • Schlaganfallnachsorge-Projekt • Verbesserung der arbeitsmed. Versorgung durch Gründung der Überregionalen Arbeitsmed. Einrichtung
<i>Gesundheitspol. Anliegen in die Gemeinden tragen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Aktion „Gesunde Gemeinden“ • Ernährungsaufklärung in den Gemeinden

Schaffung von Grundlagen zur Planung einer mittel- und langfristigen Gesundheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Installierung eines EDV-gestützten Gesamtinfosystems mit dem vor allem der Personalbedarf (ÄrztInnen, Pflege,...), stationärer Bettenbedarf sowie ambulantes Versorgungsniveau bestimmt werden können
---	---

Naturschutz

Ziele	Maßnahmen
<i>Erhaltung einer lebensfähigen Natur als Lebensgrundlage für die Menschen dieses Landes. Vom Artenschutz zum Schutz der Lebensräume</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Naturschutzgebiete: Hundsfeldmoor am Obertauern (Rosterniges Blaukelchen) und Schuhflicker/Heukareck • Richtlinien für Beschneigungsanlagen Oktober 1991 • Eindämmung naturschädigender Sportarten (Verbot von Mountainbiking in der freien Landschaft) • Überarbeitung der Roten Liste der Pflanzenarten • Rote Liste der Schmetterlinge • Pilzschutzverordnung Herbst 1993 • Pflanzenschutzverordnung Herbst 1993
<i>GrundeigentümerInnen als Partner für Naturschutz gewinnen. Mehr Geld für die Erhaltung der Natur</i>	<p>Grundlegende Novellierung des Naturschutzgesetzes mit den Schwerpunkten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung des gesetzlichen Schutzes von ökologisch wertvollen Flächen (z.B. Moore, Sümpfe, Tümpel, Gletscher,...) • Einführung von Bewilligungsverfahren, z.B. für Schipisten, Seilbahnen, Wege, Sportanlagen (Golfplätze u.ä.) • Einführung des Vertragsnaturschutzes, Erarbeitung von Förderrichtlinien
<i>Gemeinden zu mehr Naturschutz anregen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung der Biotopkartierung als Planungsgrundlage mit Einbeziehung der betroffenen GrundeigentümerInnen und Gemeinden, Veranstaltungen in Gemeinden • Projektförderung in den Gemeinden aus der „Schotterabgabe“ • Kompetenzübertragung auf Gemeinden (Unterschutzstellung örtlicher Naturgebilde)
<i>Zusammenarbeit der Bundesländer im Naturschutz</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erste Österr. Länderkonferenz der NaturschutzreferentInnen von Widrich einberufen (seither regelmäßig) • Einrichtung einer Koordinationsstelle für internationale Naturschutzanliegen (KIN) initiiert
<i>Mehr Öffentlichkeit für die Natur</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung von Broschüren (z.B. Mountainbiking) • Erstellung von Faltern, Plakaten • landesweiter Wettbewerb für neues Naturschutz-Logo • Veranstaltungen in den Gemeinden

Lebenslauf

Gerheid Widrich (geboren am 9. September 1937 in Wien) war Ärztin in Salzburg, Politikerin der ÖVP und die erste Frau in der Salzburger Landesregierung.

Werdegang

Gerheid Widrich geb. Kupelwieser entstammt der im 19. Jahrhundert für die österreichische Industrie und Kultur bedeutenden Familie Kupelwieser. Kriegsbedingt erlebte sie eine unruhige Volksschulzeit in Wien, Hoheems und Serfaus in Tirol. Nach der 1947 erfolgten Übersiedlung in das Familienschlössl am Mönchsberg besuchte sie das Mädchengymnasium in Salzburg, an dem sie 1955 maturierte. Daneben studierte sie an der Universität Mozarteum Geige. Nach der Matura widmete sie sich ein Jahr lang ausschließlich der Musik. 1956 begann sie an der Universität Graz das Medizinstudium und promovierte 1964 zum Dr. med. univ. Ab dem 5. Semester finanzierte sie sich mit Rigorosantenkursen in Medizinischer Chemie das Studium vorwiegend selbst. 1963 heiratete sie den Journalisten Hans Widrich. Kinder: 1964: Theresa (Gynäkologin), 1967: Virgil (Filmregisseur), 1968: Mechtild (Kunsthistorikerin).

Berufsleben

Ab 1. November 1964 durchlief sie am Landeskrankenhaus Salzburg den Turnus und erhielt am 11. April 1968 das Diplom als Praktischer Arzt. Am 1. April 1970 eröffnete sie in der Salzburger Altstadt eine Praxis, im Jänner 1978 wurde sie auch Schulärztin. Mit dem Eintritt in die Landesregierung gab sie diese Aufgaben an Kolleginnen ab. Widrich hielt zahlreiche Vorträge zu den Themen Kindererziehung, Schüler- und Partnerprobleme und zur Gesundheitsvorsorge.

Ehrenamtliche Aufgaben

Jahre hindurch war Gerheid Widrich im Schulgemeinschaftsausschuss und im Schulforum des Akademischen Gymnasiums Salzburg, ferner Vorstandsmitglied des Salzburger Hilfswerkes, 1996 Delegierte des Salzburger Diözesanforums.

Ärztammerfunktionen

1973: Mitbegründung des gemeinnützigen Ärztevereines AVOS (Arbeitskreis für Vorsorgemedizin), den sie Jahre hindurch ehrenamtlich leitete und in dessen Rahmen sie vor allem auf die Melanom-Vorsorge und Schlaganfall-Nachsorge hinwirkte; 1974: Mitbegründung der Fraktion „Freie Ärzte“ und Wahl in die Ärztekammer; 1986: als erste Frau in den Vorstand der Ärztekammer gewählt.

Politische Funktionen

1984 lud Landeshauptmann Wilfried Haslauer die bis dahin parteiungebundene Ärztin ein, für den Salzburger Landtag zu kandidieren. Sie trat dem Wirtschaftsbund und der Frauenbewegung der ÖVP bei und kümmerte sich als Abgeordnete vor allem um sozial-, familien- und gesundheitspolitische Belange. Landeshauptmann Dr. Hans Katschthaler berief sie 1989 - als erste Frau - in die Salzburger Landesregierung. Bis 1994 leitete sie die Ressorts Familie, Frauen (neu eingerichtet), Kindergarten, Kleinkindbetreuung, Gesundheit und Naturschutz. Wesentliche Initiativen setzte sie in den Bereichen Landesfamilienförderung, mehr Kindergartenplätze, Tagesbetreuungsgesetz, Stärkung der Vorsorgemedizin und Gesundheitsförderung. Grundlegende Novellierung des Naturschutz-Gesetzes durch Einführung des Vertragsnaturschutzes mit Förderrichtlinien. Schließlich bereitete sie

die rechtlichen Grundlagen zur Ausgliederung der Landeskrankenanstalten vor und drängte zum Bau der Chirurgie West und zum Ausbau des Landeskrankenhauses St. Veit, die nach ihrem Abgang verwirklicht wurden.

Auszeichnungen

1992 Medizinalrätin

1994 Goldenes Ehrenzeichen des Landes Salzburg

1994 Goldenes Ehrenzeichen des Roten Kreuzes

1994 Goldenes Ehrenzeichen des Blauen Kreuzes

1994 Goldenes Verdienstzeichen der Salzburger Berg- und Naturwacht

1994 Goldenes Ehrenzeichen des Salzburger Fischereiverbandes

1995 Goldenes Ehrenzeichen der ÖVP Salzburg

1995 Julius-Raab-Medaille des Österreichischen Wirtschaftsbundes

2002 Goldene Ehrennadel des Österreichischen Hilfswerkes

2004 Bundes-Ehrenzeichen

2007 Goldenes Ehrenzeichen vom Hl. Rupert und Virgil der Erzdiözese Salzburg

2007 Ehrenmitglied des Arbeitskreises für Vorsorgemedizin

2013 St. Veit i.P.: Anbringung der Plakette "Dr. Gerheid Widrich, Gesundheitslandesrätin von 1989 bis 1994, förderte initiativ den Ausbau der Landeskrankenanstalten St. Veit i. P."

2014 Goldenes Doktordiplom (med. univ.) der Medizinischen Universität Graz

(Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Gerheid_Widrich / 18.09.2014)

Anhang

Die Autoren

Herbert DACHS, geb. 1943; Univ. Prof. für Politikwissenschaft (mit Schwerpunkt auf österreichischer Politik) an der Universität Salzburg; seit 2008 i.R.. Zahlreiche Arbeiten über österr. Zeitgeschichte, österr. Föderalismus, Ideologiekritik, politische Bildung und Erziehung in Österreich, politische Prozesse in den Bundesländern sowie Entwicklung der österreichischen Parteien.

Rosmarie DREXLER, geb. 1953; Dr. Jur.; Hofrätin, seit August 1994 Bezirkshauptfrau in Zell am See.

Michael NAKE, geb. 1956; Dr. Jur.; Referatsleiter i. d. Abteilung 6 (Gesundheitswesen und Anstaltenverwaltung; dzt. Kanzler der Paracelsus Medizinische Privatuniversität Salzburg (PMU) und stv. Vorsitzender der PMU-Privatstiftung.

Hans SPATZENEGGER, geb. 1939; Dr. Jur.; Leiter des Katholischen Bildungswerkes in Salzburg und anschliessend des Salzburger Diözesanarchivs; Abteilungsleiter Kultur und Wissenschaft im ORF-Landesstudio Salzburg; u.a. mit Heinz Dopsch Hg. der „Geschichte Salzburgs“ 1981/91.

Fotonachweis

S.45: Schaffler

Alle anderen Fotos: Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Veröffentlichungen der Dr. Hans Lechner-Forschungsgesellschaft

Nr. 1: Franz Schausberger (Hrsg.), Im Dienste Salzburgs. Zur Geschichte der Salzburger ÖVP.- Salzburg: IT-Verlag 1985. 440 Seiten, viele Fotos.

Nr. 2: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 1: 1.-6. Landesparteitag. 1945-1951.- Salzburg: IT-Verlag 1986. 180 Seiten.

Nr. 3: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 2: 7.-12. Landesparteitag. 1952-1957.- Salzburg: IT-Verlag 1988. 179 Seiten.

Nr. 4: Franz Schausberger, Eine Stadt lernt Demokratie. Bürgermeister Josef Preis und die Salzburger Kommunalpolitik 1919-1927.- Salzburg: IT-Verlag 1988. 226 Seiten, viele Fotos.

Nr. 5: Franz Schausberger, Josef Hauthaler. Salzburger Bauernführer in schwersten Zeiten. Salzburg: IT-Verlag 1990. 104 Seiten.

Nr. 6: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 3: 13.-16. Landesparteitag 1958-1961.- Salzburg: IT-Verlag 1990. 177 Seiten.

Nr. 7: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Politik, wie wir sie brauchen: offen, ehrlich konsequent. 31. a.o. Landesparteitag der Salzburger Volkspartei 19. November 1989.-Salzburg: IT-Verlag 1991. 133 Seiten.

Nr. 8: Carmen Kiefer, Die Geschichte der Salzburger Volkszeitung von 1945 bis 1990. Ein Beitrag zur Salzburger Zeitungsgeschichte.- Salzburg: IT-Verlag 1992. 251 Seiten.

Nr. 9: Robert Kriechbaumer, Zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz. Schule im autoritären und totalitären Staat, dargestellt am Beispiel der Pongauer Schulchroniken 1934-1945.- Salzburg: IT-Verlag 1993. 158 Seiten.

Nr. 10: Robert Kriechbaumer, Von der Lagerstraße zum Ballhausplatz. Quellen zur Gründungs- und Frühgeschichte der ÖVP 1938-1949.- Salzburg: IT-Verlag 1995. 440 Seiten.

Nr. 11: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Entschieden für Salzburg. Protokoll des 32. a.o. Landesparteitages der Salzburger Volkspartei 18. Jänner 1992.- Salzburg: IT-Verlag 1996. 183 Seiten.

Nr. 12: Hans Katschthaler, Der Föderalismusstreit zwischen Bund und Ländern in Österreich. Portio statt Pars.- Salzburg: IT-Verlag 1998. 129 Seiten.

Nr. 13: Franz Schausberger, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Miteinander die Nummer 1. 34. o. Landeskongress der Salzburger Volkspartei 18. November 2000.- Salzburg: IT-Verlag 2002. 95 Seiten.

Nr. 14: Hans Katschthaler, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 4: 17.-20. Landesparteitag 1964-1968.- Salzburg: IT-Verlag 2003. 237 Seiten.

Nr. 15: Hans Katschthaler, Friedrich Steinkellner (Hrsg.), Protokolle der Landesparteitage der Salzburger Volkspartei. Bd. 5: 21.-24. Landesparteitag 1969-1975.-Salzburg: Eigendruck 2009. 280 Seiten.

Nr. 16: Michael Neureiter (Hrsg.), Hans Katschthaler für Bildung, Kultur und Natur. Salzburg 2013, 156 Seiten.

„...man kann Reformen nicht prinzipiell gegen alle Beteiligten machen...Ich bin kein Kohlhaas-Typ. Aus meiner Erziehungsarbeit weiß ich, dass mit Gewalt und Zwang sehr wenig zu erreichen ist... sondern dass Motivation und Erklären notwendig sind...Ich überfahre andere ungern und respektiere auch Andersgläubige.“

Gerheid Widrich. Landesrätin in Salzburg 1989-1994

